14/ZTG/0

H 8040 F
Nummer 53
Juli/August 98
3,- Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

In diesem Heft

Rechtsradikale Sammlungsversuche +++ Neonaziaktionen +++ Neofaschisten vertreten Unternehmerprogramme +++ Revanchismus floriert +++ Katholikentag im rechten Licht +++ Anthroposophie und Reinkarnation

Lockruf des Goldes:

Die neue Einheit der Rechten?

Allianz der Extremisten

Die Deutsche Volksunion und die französische Nationale Front wollen im Fall eines Einzugs ins Europaparlament eine Fraktionsgemeinschaft ...

Schönhuber kandidiert

Ex-Rep-Chef als DVU-„Integrator“?

München (dpa) – Der frühere Republikaner-Chef Franz Schönhuber wird als Unabhängiger auf der Liste der rechtsextremen ... Seine früheren, zum T... gen Auseinandersetzun... DVU-Chef Frey sind na... ben Schönhubers als „S...

Schönhuber: Warum ich für die DVU kandidiere

DVU DEUTSCHE VOLKSUNION

Reps und DVU auf einer Liste

München (Reuters/ND). Die Republikaner in Sachsen-Anhalt wollen bei der Bundestagswahl am 27. September auf der Landesliste der rechtsextremen Deutschen Volksunion antreten, teilte die DVU am Freitag in München mit. Die DVU rechne ...

... seine Kandidatur ... Bundestagswahl ... Er werde sich, im Einv... mit dem DVU-Bundesvorsi... Dr. Gerhard Frey, als Parteil... den Spitzenplatz auf einer d... Landeslisten zur Wahl d... Deutschen Bundestages ...

NPD-Bundesvorsitzender Udo Voigt traf sich kürzlich mit DVU-Chef Frey – in frostiger Atmosphäre

Inhalt

Impressum

Postanschrift: DER RECHTE RAND
Postfach 1324 • 30013 Hannover
Hausanschrift: Rolandstraße 16
30161 Hannover • Tel.: 0511 / 33 60 209
Postgiro Hannover
Nr. 44 55 86 - 301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P.: Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Lockruf des Goldes: So könnte der Titel des Vorwahlkampftheaters der Neofaschisten lauten. Trotz massiver Konkurrenz laufen alle „Führer" bei Gerhard Frey auf und versuchen, um gut Wetter zu bitten. Schließlich waren sie schon immer scharf auf lukrative Parlamentsposten.

Auf jeden Fall wird es im Vorfeld der diesjährigen Land- und Bundestagswahlen für AntifaschistInnen viel zu tun geben. Also: die Sommerpause nicht zu lange ausdehnen!

Das nächste Heft des Rechten Randes erscheint Anfang September.

Redaktionsschluß ist am 19. August 1998.

Richtigstellung

In dem Artikel „Tödliches Spiel" (DRR, Nr. 52, S. 5-6) wurde fälschlicherweise berichtet: „Aber auch die faschistischen 'Grauen Wölfe' konnten Ende April eine Werbeveranstaltung im 'Anker' abhalten und dafür in der 'Ostthüringischen Zeitung' werben, die ihrerseits ein Mietverhältnis mit Heger hat." AntifaschistInnen aus Saalfeld entschuldigten sich für ihre Fehlinformationen und machten jetzt darauf aufmerksam, daß es sich nicht um die „Grauen Wölfe", sondern um die „Grauen Panther" gehandelt habe. Inzwischen hat **Hartmut Heger** seine geschäftlichen Aktivitäten auf Quedlinburg ausgeweitet, wo ihm seit 1997 am historischen Marktplatz das „Hotel zum Bär" und weitere Geschäfte gehören.

Andreas Speit

Streitgespräch? Nein Danke!

Steiners Jünger ließen Podiumsdiskussion um Antisemitismus und Anthroposophie platzen

„Wir möchten nicht mit einem Streitgespräch beginnen", verkündete Donald Vollen als Sprecher der „Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft" (AAG) und sagte die Beteiligung der Vertreter der Geisteswissenschaft Rudolf Steiners zum „ersten Streitgespräch" zum Thema „Antisemitismus und Anthroposophie" mit christlichen und jüdischen Religions- und GeisteswissenschaftlerInnen ab.

Für den 9. Juni hatte die „Aktion Kinder des Holocaust" zu einem Gespräch nach Basel geladen. „Ausgehend von der aktuellen Debatte um 'Das Rätsel des Judentums' von Ludwig Thieben" (DRR, Nr. 52: „Semitische Zersetzungsfermente"), so Samuel Althof von der „Aktion", „sollte die Debatte geführt werden, was mit allen Gesprächspartnern besprochen war".

Donald Vollen erklärte seinerseits weiter: „Wir möchten erst mit den interessierten Beteiligten die Rahmenbedingungen für ein konstruktives Gespräch gemeinsam erarbeiten". Zudem halte es die AAG „nicht für einen sinnvollen Einstieg", von Thiebens Buch auszugehen. Es sei der AAG aber ein wichtiges Anliegen, das Verständnis für das Judentum zu fördern, und „sie will mithelfen, daß anti-jüdische Klischees in- und außerhalb der anthroposophischen Bewegung abgebaut werden".

Die sechs christlichen und jüdischen PodiumsteilnehmerInnen erklärten ihrerseits: „Wir bedauern diese Absage (...) Dieses Gespräch war im Detail mit der AAG abgesprochen worden. Wir stellen jedoch auch fest, daß uns die Begründung seitens der AAG nicht einleuchtet". Denn der Begriff „Streitgespräch" sei ein durchaus üblicher für eine intellektuelle Auseinandersetzung. Im übrigen identifiziere man die AAG nicht mit Thiebens Aussagen, sondern betrachte diese bloß als Auslöser für ein konstruktives Gespräch. „Angesichts der genannten Gründe für die Absage erscheint es fraglich, ob die AAG wirklich an einem Gespräch interessiert ist".

Prof. Ekkehard Stegemann von der Baseler Theologischen Fakultät hielt darüber hinaus fest, man sei weiterhin offen für ein Gespräch. Man habe auch nicht als „Oberrichter" auftreten wollen: „Wir von der christlichen Seite kommen ja selber aus einer Tradition, in der Antisemitismus zum kulturellen Kot gehört".

Gegenüber der Presse begründete Vollen die späte Absage anders. Angeblich sei am 27. Mai in Zürich ein Podium, das von jüdischer Seite geleitet worden war, gewaltsam gestört worden. Vorgesehen war eine Diskussion mit Barbro Karlén, die behauptet die Reinkarnation Anne Franks zu sein (siehe Seite 53: „Auschwitzrelativierung per Reinkarnationsphantasmen"). Die „Aktion" hatte dagegen protestiert, ob sie die „Gewalt" organisiert hatte, ist für Vollen zumindest „eine offene, ungeklärte Frage". Zu Karlén selbst sagte er nichts. Warum auch: „Die Reinkarnation gehört zum Herzstück der anthroposophischen Weltanschauung", wie es der Anthroposoph Adolf Baumann im „Wörterbuch der Anthroposophie" ausdrückt.

„Wir wollen aber gediegene Gesprächspartner haben", versicherte indes Vollen. Welche Maßstäbe dafür angelegt werden, verriet er aber nicht. Vorurteile gegenüber den Organisatoren reichen anscheinend aus, auch gleich die „Gediegenheit" und Fachlichkeit der jüdischen und christlichen Religions- und GeisteswissenschaftlerInnen in Frage zu stellen, die als Gesprächspartner gedacht waren.

Lars Kohn & Sebastian Schwarz

Gemeinsamkeiten verbinden

Wird die DVU zur Sammlungsbewegung?

Der Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt ist noch nicht lange her, da stehen schon mehr oder auch weniger prominente Rechtsradikale aller Coleur in der Münchener Parteizentrale Schlange, um einen der vermeintlich lukrativen Listenplätze für die Bundestagswahl im September zu ergattern. Die DVU scheint, zumindest im diesen Jahr, das werden zu können, was sich Neo- und Altfaschisten seit Jahrzehnten erträumen: die rechte Sammlungspartei.

Schönhuber: Warum ich für die DVU kandidiere

Mit großem bundesweiten Medienecho hat Franz Schönhuber bei einer Pressekonferenz in München seine Kandidatur für die DVU zur Bundestagswahl bekanntgegeben. Er werde sich, im Einvernehmen mit dem DVU-Bundesvorsitzenden Dr. Gerhard Frey, als Parteiloser um den Spitzenplatz auf einer der DVU-Landeslisten zur Wahl des 14. Deutschen Bundestages am 2[illegible] September [illegible] Bereitschaft, als unabhängiger Spitzenkandidat der DVU zur Europawahl 1999 zur Verfügung zu stehen. Er rechnet „mit allergrößter Wahrscheinlichkeit" mit dem Einzug einer starken DVU-Fraktion in den Bundestag und „mit Sicherheit" auch mit einem DVU-Erfolg bei der Europawahl. Jüngste Meinungsumfragen veranschlagen d[illegible] DVU-Potential [illegible] Bundestag[illegible]

Ran an die Fleischtöpfe: Die „Nationalzeitung" stellt Schönhuber als Bundestagskandidat vor.

Wenn am 27. September die Bundestagswahl ansteht, möchte **Franz Schönhuber** gern als Führer der deutschen Nazis in den Bundestag einziehen. Daß er sich dafür mit einem zusammentun muß, den er vor Jahren verächtlich machte, ist dem Ex-Vorsitzenden der „Republikaner" (REP) egal. Und auch DVU-Chef **Gerhard Frey**, den Schönhuber einst als „NS-Devotionalienhändler" bezeichnete, mit dem es keine Zusammenarbeit geben könne, stört sich nicht an alten Geschichten. Schönhuber will die „nationalen Kräfte" Deutschlands einen, zu denen er „alle politikfähigen Menschen" bei den „Republikanern, bei der DVU und auch bei der NPD" zählt, wie er dem rechtsradikalen Pressedienst „Politische Hintergrundinformationen" (PHI) in einem Interview erklärte. „Alle haben denselben Feind", so Schönhuber, und das seien „die Etablierten". Über sein persönliches Verhältnis zu Gerhard Frey sagt er heute, er wehre sich dagegen, den vormals Beschimpften „zu verteufeln". Denn Frey habe jahrelang versucht, „zumindest einen Teil der deutschen Geschichte anders darzustellen, als es die Etablierten gemacht haben. Jeder hatte eine andere Methode." Außerdem habe Frey, berichtet Schönhuber, mit dem Vertrieb seiner Bücher wie „Ich war dabei" - Schönhubers verklärtem Blick zurück auf seine 1942 begonnene Aktivität in der Waffen-SS - „weit über 200 000 Mark" erwirtschaftet.

Bereits im November 1997 hatte Schönhuber angekündigt, bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 1999 als Spitzenkandidat einer neuen rechten Sammlungsbewegung, die unter anderem aus REP und DVU bestehen sollte, zur Verfügung zu stehen. Schönhuber hatte 1994 auf Druck unter anderem des heutigen REP-Vorsitzenden **Rolf Schlierer** zurücktreten müssen, nachdem er sich mit dem DVU-Parteivorsitzenden Gerhard Frey getroffen hatte. Den Abschied von den REP konnte der Parteigründer aber nie wirklich verkraften, weil sich für ihn damit die angestrebte Führung der deutschen Neofaschisten verband, die er nun mittels der DVU zu erlangen strebt: Mittlerweile steht fest, daß er bei der Europawahl für die DVU kandidieren wird. Und auch bei der Bundestagswahl wird er als unabhängiger Kandidat für die DVU antreten. Schönhuber erklärte Ende Mai, daß er sich voraussichtlich als Kandidat aus Bayern zur Wahl stellen werde, sein Wahlkreis aber noch nicht feststünde. Die unbestrittene Nummer eins bei der Bundestagswahl, so Schönhuber weiter, sei DVU-Chef Gerhard Frey. Letzteres mag man ihm glauben oder auch nicht.

Als nächster Kandidat klopfte **Alfred Mechtersheimer** bei Frey an. Dieser hatte noch im Januar dieses Jahres auf das falsche Pferd gesetzt, als er sich für eine offizielle Zusammenarbeit mit den REP stark machte. Eine Hintertür ließ er sich allerdings auch offen, als er die Auffassung vertrat, gegenüber „NPD und DVU auf allzu deutliche Worte zu verzichten, weil es in deren Reihen positive Menschen gebe". Seine Anbiederung an die REP sorgte für einen erheblichen Krach im „Friedenskomitee 2000". Infolgedessen verließen u.a. **Rolf Stolz** und **Johannes Döring** die Pseudo-Friedenstruppe. Mechtersheimer handelte anschließend getreu seines Mottos: „Und da gibt es das Konzept der Konzentration auf die erfolgsversprechendste Partei, ein anderes Konzept kenne ich nicht". Insofern überrascht eine mögliche Kandidatur für die DVU nicht wirklich, weil es ihm völlig gleichgültig scheint, vor welchem parteipolitischen Backround er seine dumpfen nationalen und rassistischen Parolen unters Volk bringen kann. Ein Blick auf seine politische Biographie (erst in der CSU, danach Ghaddafi-Fan, daraufhin ermöglichten ihm die „Grünen" in Baden-Württemberg auf ihrer Liste den Einzug in den Bundestag, zuletzt engagierte er sich in zahlreichen rechtskonservativen Vereinigungen) bestätigt dies. Meriten verdiente sich Mechtersheimer auch schon im neofaschistischen Lager, als er die Anti-Antifa-Kampagne gegen Anton Maegerle mitinitiierte und dessen vermeintliche Wohnanschrift veröffentlichte. Sein jetziger Schmusekurs in Richtung DVU mag zwar innerhalb des „Friedenskomitee 2000" den einen oder anderen verärgern, der Unterstützung der Basis kann sich Mechtersheimer jedoch gewiß sein. In der sich so gern „konservativ" gebenden Wochenzeitung „Junge Freiheit" (JF), äußerten sich dazu gleich mehrere Mitglieder der „Deutschland-Bewegung" positiv in Leserbriefen. Auch Schönhuber nutzt das Forum der JF, um Animosität gegen die Mechtersheimer-Kandidatur auf der DVU-Liste zu bestreiten.

Das Konzept für die rechte Verbrüderung, bei der noch nicht abzusehen ist, wer sich ihr noch alles anschließen wird, gab das neofaschistische Strategieorgan „Nation & Europa" (NE) übrigens bereits im März aus. **Harald Neubauer**, NE-Mitherausgeber und Ex-REP sowie Ex-DVU-Funktionär, schrieb programmatisch: "Die deutsche Rechte braucht nicht mehr, sondern weniger Parteien. Am besten nur noch eine. Welche, darüber muß man sprechen. Gemeinsam. Ohne Berührungsängste." Doch da ist sich die neofaschistische Rechte Deutschlands nicht so ganz einig. Die REP zum Beispiel mußten einen für den 20. Juni in Berlin geplanten Programmparteitag mit dem Hinweis absagen, die Veranstaltung wäre zu teuer gewesen. Das Programm für die Bundestagswahl soll nun ohne Debatte veröffentlicht werden.

Der stellvertretende REP-Vorsitzende **Christian Käs** hat angekündigt, ein „Alternativprogramm" vorzulegen; er stellt sich damit immer deutlicher gegen die Führungslinie von Schlierer: Die Abgrenzung der REP gegen die offen nazistisch agierenden Parteien wie die NPD und die DVU sind parteiintern stark umstritten. In „Nation & Europa" werden die Streitigkeiten bei den REP wie folgt umrissen: Es gehe nicht „um den Kurs der Partei, nicht um politische Inhalte", sondern um „persönli-

IMMER MEHR: Korrupte Politiker, Asylbetrüger, Kriminelle
IMMER MEHR: Diäten-Fresser, EU-Bonzen, Ausländische Banditen
LASS' DICH NICHT ZUR SAU MACHEN!
DVU
DER PROTEST BEI DER WAHL GEGEN SCHWEINEREIEN VON OBEN
SACHSEN-ANHALT '98

Die DVU bietet alle Standardressentiments der Neofaschisten.

che Empfindlichkeiten und Ängste". So hat beispielsweise der rheinland-pfälzische REP-Landesvorsitzende **Gerhard Meyer**, als bekannt geworden war, daß sein Parteivorsitzender, der Rechtsanwalt Schlierer, einen wegen „Kindesmordes verurteilten Türken" verteidigt hatte, wütend an ihn geschrieben: „Der Wahlkampf in Rheinland-Pfalz ist gelaufen, bevor er begonnen hat". Gelitten hat das Image der „Saubermann"-Partei auch in Sachsen-Anhalt. Der dortige stellvertretende Landesvorsitzende **Andreas Kraus** wurde im Frühjahr bei der Geldübergabe geschnappt, nachdem er einen Lebensmittelkonzern erpreßt hatte. Mittlerweile deuteten REP-Funktionäre in Sachsen-Anhalt an, auf eine eigene Kandidatur bei der Bundestagswahl zu verzichten und auf der Landesliste der DVU zu kandidieren. Anders sehen es die „Republikaner" in Bezug auf die bayrischen Landtagswahlen, denn hier werden sich nach Eigenangaben „reale Chancen" ausgerechnet. Zwei Wochen vor der Bundestagswahl will man über fünf Prozent der Stimmen erzielen und dafür sowohl die „personellen Ressourcen" wie auch die „finanziellen Mittel auf Bayern konzentrieren": In allen 108 Wahlkreisen im Freistaat treten die „Republikaner" mit Direktkandidaten an. Der wohl letzte Versuch der REP ein anständiges Wahlergebnis zu erreichen. Scheitert dies auch in Bayern, ist die Spaltung der Partei vorprogrammiert. Den Anfang hierfür machten bereits **Rudolf Krause**, ehemaliger CDU-Bundestagsabgeordneter mit Intermezzo als stellvertretender REP-Bundesvorsitzender und **Otmar Wallner**, der ebenfalls auf einen ehemaligen stellvertretenden REP-Bundesvorsitz zurückblicken kann: Beide sind zur DVU übergelaufen und kandidieren bei der Bundestagswahl auf den vorderen Listenplätzen der Partei.

Dafür will **Bernd Bernhard**, REP-Landesvorsitzender in Mecklenburg-Vorpommern, das Feld nicht der „Phantompartei DVU" überlassen. Denn Bernhard fürchtet sich davor, daß es so aussehen könnte, als hätte es „hinter den Kulissen" Absprachen „über Gebietsaufteilungen zwischen den Republikanern und der DVU" gegeben. Diesen Eindruck nährt allerdings der Beschluß des DVU-Bundesvorstands, nicht zur bayerischen Landtagswahl antreten zu wollen. Begründet wurde dieser Schritt allerdings nicht mit der Konkurrenz durch die REP, sondern durch die CSU: „Nach der Rechtswende der CSU" habe in Bayern „keine rechte Partei mehr Aussicht auf Erfolg."

"Republikaner" und "Vlaams Blok"

Einig gegen den Euro

Zu Pfingsten wollten die deutschen "Republikaner", der belgische "Vlaams Blok" und der französische "Front National" gemeinsam in Saarbrücken auf die Straße gehen, um die Einigkeit der europäischen Rechten gegen die Einführung des Euro zu demonstrieren. Die Demonstration an der Grenze zwischen Frankreich und Deutschland wurde aus "Sicherheitsbedenken" zuerst von der Stadt Saarbrücken und auch von der französischen Nachbargemeinde Spicheren verboten.

Die Stadt Saarbrücken begründete ihr Verbot auch damit, daß der geplante Demonstrationsmarsch an einer Gedenkstätte für ein Konzentrationslager und einem jüdischen Friedhof vorbei zu einem deutsch-französischen Mahnmal führen sollte.

Als Verbotsbegründung mußte herhalten, daß die Polizei die Sicherheit der von den "Republikanern" erwarteten 2.000 Teilnehmer nicht gewährleisten könne. Aus dem gleichen Grund waren auf deutscher Seite auch vier geplante Gegenkundgebungen verboten worden. Unter anderem hatten autonome AntifaschistInnen, der DGB, die französische Gewerkschaft CFDT sowie die französischen "Grünen" "Les Verts" zu Gegendemonstrationen aufgerufen.

Dieses Verbot wurde vom Verwaltungsgericht Saarlouis teilweise aufgehoben, der Marsch über die französische Grenze blieb untersagt.

Einen Tag vor der Kundgebung in Saarbrükken sagte dann überraschenderweise der "Front National" (FN) seine Teilnahme ab. Um Zwischenfälle zu vermeiden und wegen der "willkürlich beschlossenen Verbote der französischen und deutschen Behörden" sei beschlossen worden, auf die Teilnahme zu verzichten, erklärte die Partei von **Jean-Marie Le Pen**.

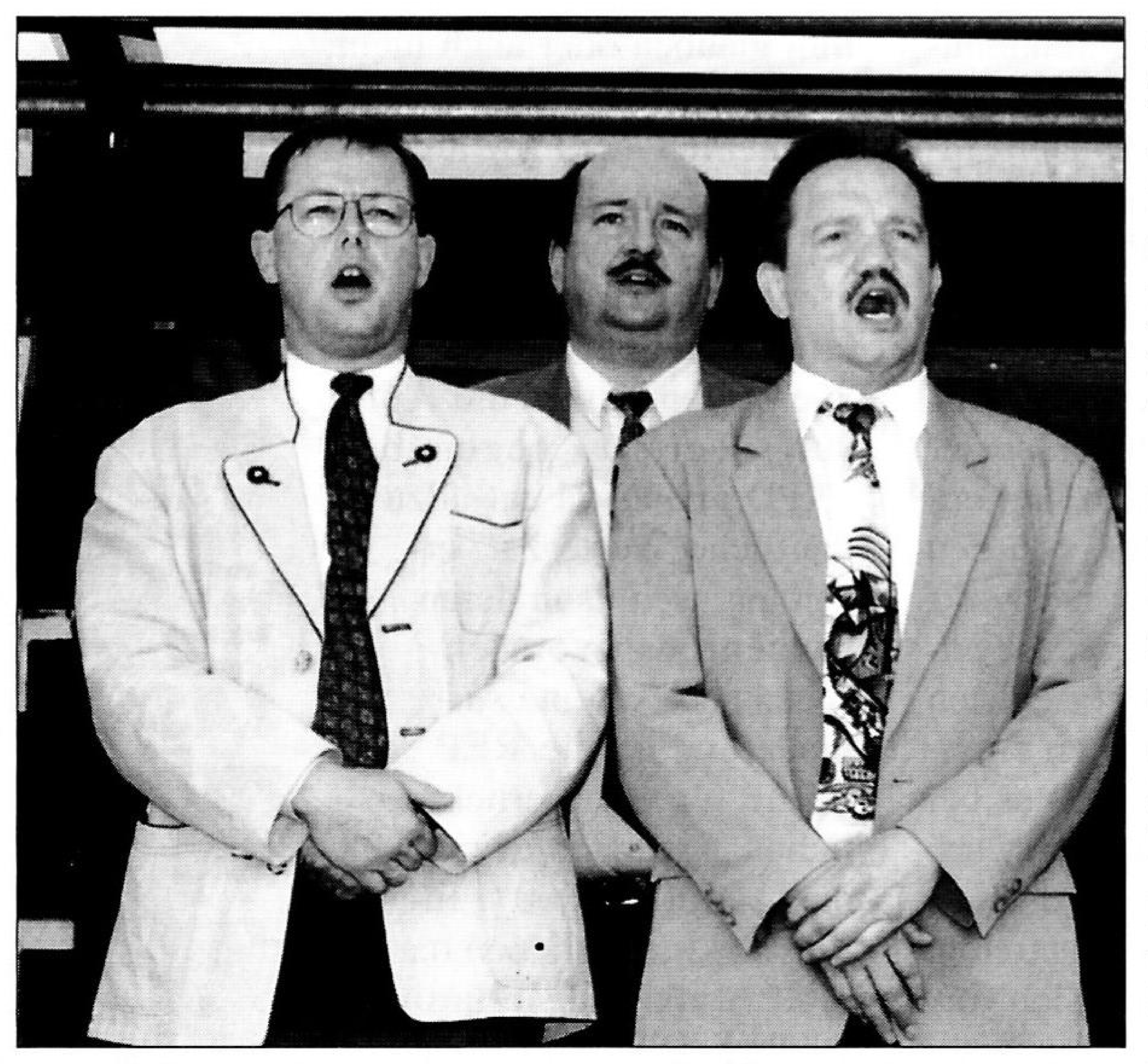
3.000 bis 4.000 AntifaschistInnen demonstrierten dann am 30. Mai gegen den Aufmarsch der etwa 300 "Republikaner"- und "Vlaams Blok"-Anhänger. Hauptredner der rechten Euro-Gegner war der Rep-Vorsitzende **Rolf Schlierer**. Angemeldet hatte die Kundgebung **Karl-Werner Weiss**, Vorsitzender der saarländischen "Republikaner". ***(Grö)***

Alfred Schobert

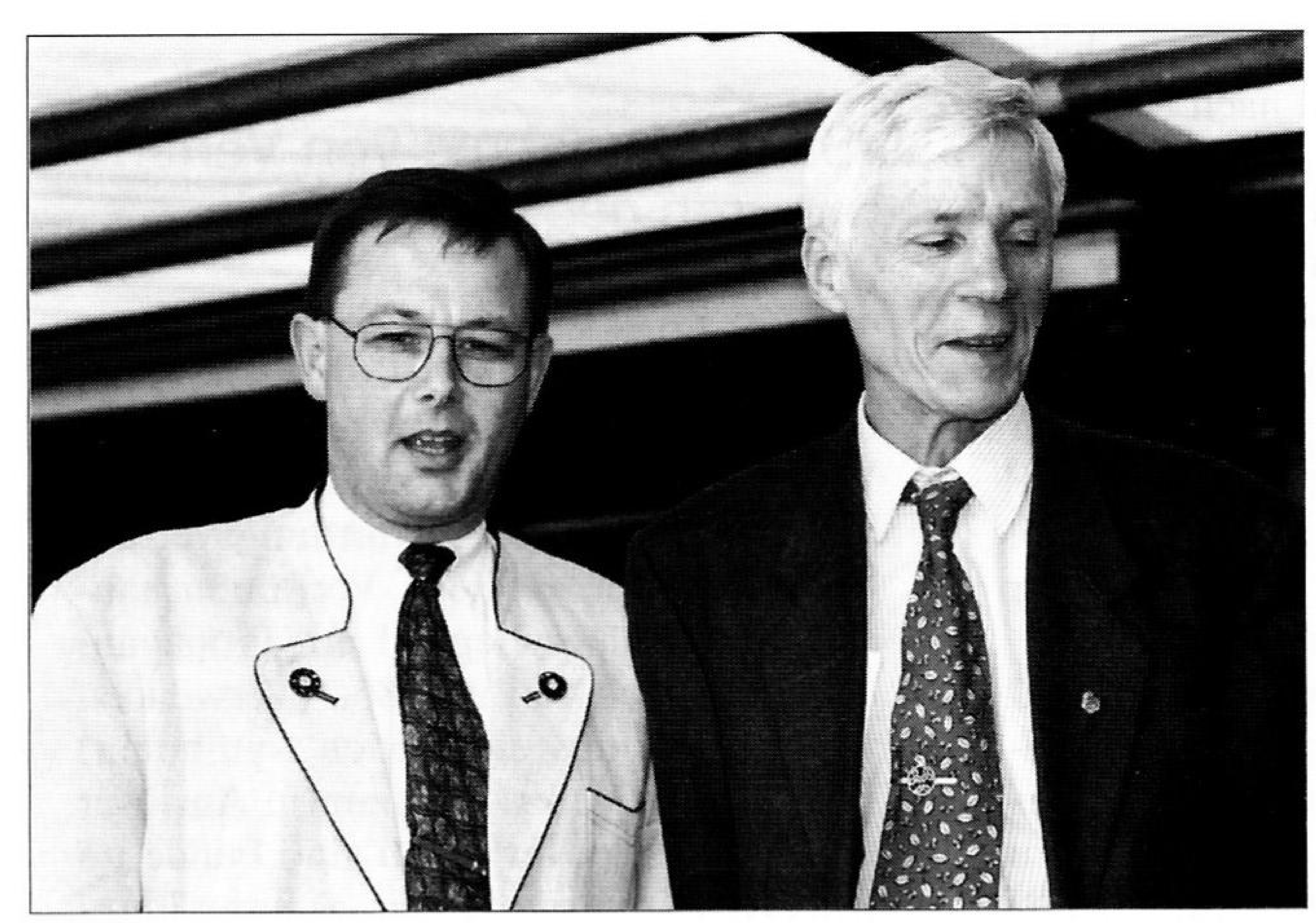
„Vlaams Blok" als Bündnispartner der deutschen Rechten

Hinsichtlich der Euro-Rechten konzentriert sich die Aufmerksamkeit hierzulande kontinuierlich auf Frankreich und Österreich, gelegentlich auf Italien. Belgien hingegen gilt als zu vernachlässigende Größe und bleibt meist ein weißer Fleck auf der analytischen Landkarte. Das kleine Land wirkt unbedeutend, die Verhältnisse des 1830 gegründeten Königreiches, von manchen Belgiern liebevoll ironisch „Absurdistan" getauft, wirken undurchschaubar - Sprachprobleme tun ein übriges.

Der „Vlaams Blok" (VB), 1978 als Abspaltung von der als zu bürgerlich empfundenen flämischen „Volksunie" gegründet, wird - ganz richtig - als rassistisch erkannt, doch fälschlich auf einen folkloristischen Traditionsverein von nur regionaler Bedeutung reduziert. So wird dreierlei übersehen: Erstens ist diese Nichtbeachtung merkwürdig geschichtsblind, denn der flämische Nationalismus war in diesem Jahrhundert ein gefragter und geförderter Bündnispartner des (staatlich organisierten) Pangermanismus. Zweitens gilt Belgien nach seiner zunehmenden Föderalisierung und aufgrund der ethnisierbaren und tatsächlich ethnisierten ökonomischen Disparitäten zwischen Flandern und der Wallonie vielen Euro-Rechten als weit fortgeschrittenes Versuchsfeld der anstehenden völkischen Neuordnung Europas. „Der belgische Staat befindet sich schon seit geraumer Zeit in Verwesung", zitiert das „Ostpreußenblatt" hocherfreut den Brüsseler Professor **Claude Javeau** und setzt auf ethnische Parzellierung. Zumal das deutschsprachige Ostbelgien mit 68.000 Einwohnern der „Heimholung" harrt - „Sehnsucht nach Deutschland in Ostbelgien" titelte die „Deutsche National-Zeitung" im Februar 1997, was viele Ostbelgier wohl doch anders sehen. Drittens genießt der VB wegen seiner



Der REP-Bundesvorsitzender Rolf Schlierer (links) und sein saarländischer Landesvorsitzender Karl-Werner Weiss (rechts). Hinten Mitte, stellv. Bundesvorsitzender, Christian Käs.



Der REP-Bundesvorsitzende Dr. Rolf Schlierer und Wim Verreycken, Senats-Fraktionsführer des rechtsextremen Vlaams Blok in Belgien.

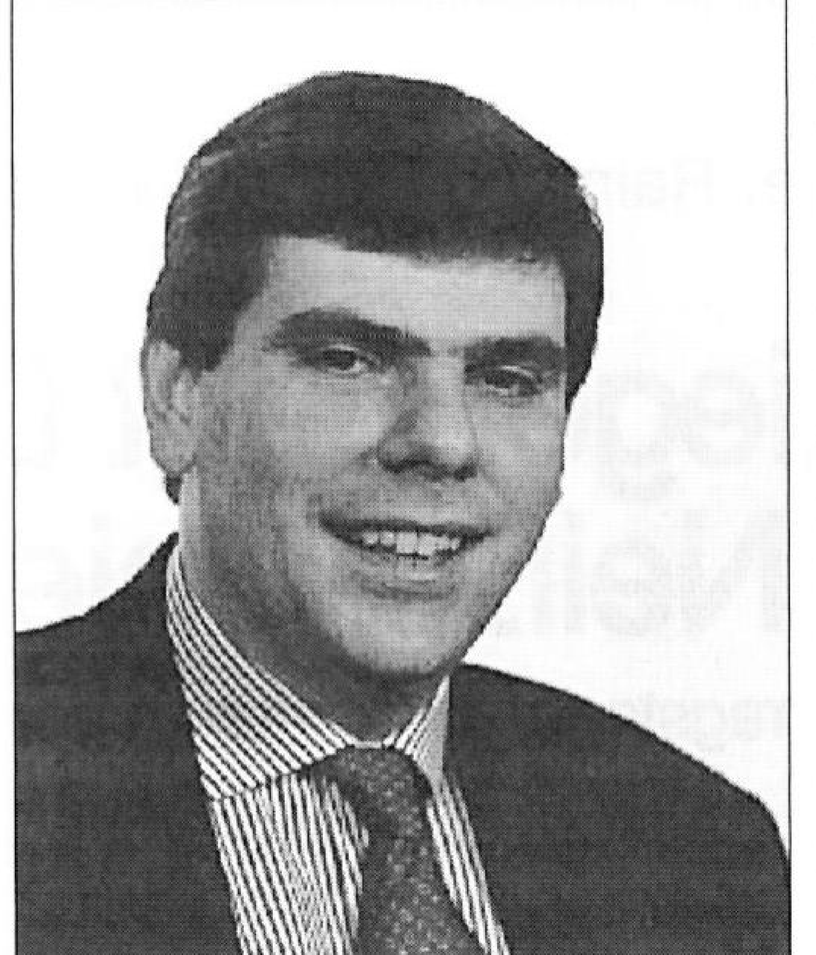
Erfolge hohes Ansehen bei der Euro-Rechten und mischt selber europaweit mit, so insbesondere zugunsten des kroatischen Nationalismus.

Schon im Ersten Weltkrieg begannen die Deutschen, die das neutrale Belgien überrollt hatten, den flämischen Separatismus zu schüren und zu instrumentalisieren. Viele Aktivisten der flämischen Bewegung lebten später in Deutschland, da sie in Belgien wegen Kollaboration zu langjährigen Zuchthausstrafen oder zum Tode verurteilt worden waren. Der bekannteste Fall ist wohl **Ralf Verhulst** (1866-1941), der im deutschen „Exil" von 1921 bis 1931 als Lektor für Niederländisch an der Universität Göttingen arbeitete. Ab 1933 gab er von Aachen aus flämische Zeitungen heraus. So zum Beispiel von 1935-1939 die Zeitschrift „Het Vlaamsche Land", die bald darauf ein wichtiges Kollaborationsorgan wurde. („Het Vlaamsche Land" erwarb später traurige Berühmtheit, weil **Paul de Man**, damals ein junger Nachwuchsjournalist und Protégé seines Onkels **Hendrik de Man**, später Literaturtheoretiker von internationalem Ruf, hier einige Artikel veröffentlichte, die 1988, nach de Mans Tod, wiederentdeckt wurden.) 1941 wurde Verhulst, ein großer Bewunderer Hitlers, in Antwerpen für die Verleihung des Rembrandtpreises der Universität Hamburg groß gefeiert. Verliehen wurde dieser 1935 gestiftete und dem „deutschen Volkstum in Holland, Flandern und Nordfrankreich" gewidmete Preis im Rahmen der „Hanse-Stiftung", einer Unterstiftung der - bis heute in pangermanischem Sinne aktiven - „Alfred-Toepfer-Stiftung F.V.S."

Der „Vlaams Blok" stellt sich bis heute bewußt in diese Tradition. **Karel Dillen** konnte im März 1992 als VB-Abgeordneter im Europaparlament und Vizepräsident der Technischen Fraktion der Eurorechten den flämischen Nationalismus im Strategieorgan „Nation & Europa" entsprechend empfehlen: „Während des Zweitens Weltkriegs stand ein großer Teil der flämischen Nationalisten auf Seiten des Deutschen Reiches." Und rückblickend auf seine Karriere im belgischen Parlament erzählte er „mit einem gewissen Stolz", daß seine „ersten Worte im belgischen Parlament **Rudolf Heß** galten".

Das hört die deutsche Rechte, für deren neonazistischen Flügel Heß *die* Symbolfigur darstellt, gerne. Regelmäßig wird sie in „Nation & Europa", „Europa Vorn" und der „Jungen Freiheit" (JF) von der Altnazisse **Ilse-Carola Salm** über die Entwicklung in Belgien auf dem Laufenden gehalten; in **Manfred Rouhs** Verlag erschien kürzlich Salms Buch über Flandern. Salm, frühere (und treu gebliebene) BDM-Führerin und seit kurzem Mitglied des „Witiko-Bundes", nimmt seit 1972 an der „Ijzerbedevaart" teil und organisierte durch Inserate in „Nation & Europa" deutsche Reisegruppen für diese „Wallfahrt an die Ijzer". Wenn Diksmuide so Pilgerstätte auch deutscher Neonazis wurde (erinnert sei an die Krawalle 1995), ist das auch Salms Verdienst.

Auch im deutschsprachigen Ostbelgien kennt sich Salm aus. In der JF legte sie sich publizistisch für die wegen zahlreicher Affären, so der illegalen Parteienfinanzierung zugunsten der „Partei der deutschsprachigen Belgier" (PDB), in die Kritik geratene pangermanistische Düsseldorfer „Hermann-Niermann-Stiftung" ins Zeug. Über den verstorbenen **Hubert Funk**, altgedienter Kontaktmann des staatlich organisierten Pangermanismus und hoher ostbelgischer Funktionär der „Niermann-Stiftung", unterhielt das von der offiziell als rechtsextremistisch eingestuften „Deutsch-europäischen Studiengesellschaft" (DESG) herausgegebene „Junge Forum" Belgien im Visier. Im „Jungen Forum" erschienen mehrere Abhandlungen des Völkerrechts-„Experten" **Yvo J. D. Peeters** zu Fragen von (völkisch definierten) Minderheiten in Europa. Peeters erwarb sich u.a. völkische Verdienste, als er für die „Schwarzen Wölfe", eine unter anderem für den Anschlag auf die KZ-Gedenkstätte Natzweiler-Struthoff (wegen der dort 1943 installierten Gaskammer auch „Auschwitz en France" genannt) verantwortliche separatistische Terrorgruppe in Elsaß-Lothringen, vor Gericht auftrat. Sein Credo brachte Peeters im Mai 1997 im Gespräch mit der „Jungen Freiheit" auf den Punkt: „Der erste Schritt zur Revolution" war sein Interview „über die Notwendigkeit einer Neugliederung Gesamteuropas" überschrieben.



In weitgehender Übereinstimmung mit der faschistischen HOS: VB-Abgeordneter Filip Dewinter.

Die hier angepeilte ethnische Parzellierung Europas, bei der allein Deutschlands territoriale Einheit Bestand haben würde (bzw. noch wachsen dürfte), ist keineswegs bloß das Programm einflußloser Spinner. Wenn beispielsweise die JF im Sommer 1996 fragt: „Was wird aus Eupen und St. Vith?", so ist das nicht ein Anschlußtraum vereinzelter Jungrecken, die Mühe haben, wöchentlich ihr Kampforgan vollzuschreiben. Solche dreisten Spekulationen über die Zerstückelung eines offiziell ja „befreundeten" Nachbarstaates finden auch in offiziellen Bonner Kreisen Unterstützung, sie sind Teil einer Art Nebenaußenpolitik. Das Organ des aus Bundesmitteln reichlich geförderten „Bundes der Vertriebenen" (BdV), der „Deutsche Ostdienst" (DOD), wußte zum 3. Oktober 1997 die Antwort auf die Frage der Kameraden von der JF: Eupen wird Nordrhein-Westfalen, St. Vith Rheinland Pfalz zugeschlagen. Der „Vlaams Blok" kann sich bei solchen Angriffen auf den territorialen Zusammenhalt Belgiens die Hände reiben: die deutschsprachigen Autonomiegebiete sind der verhaßten Wallonie zugeordnet.

Sehr aktiv war der „Vlaams Blok" bei der Unterstützung des kroatischen Nationalismus. Michel Collon, Journalist bei der linken Wochenzeitung „Solidaire", hat in seinem Buch „Lügenpoker" (*Poker Menteur. Les grandes puissances, la Yougoslavie et les prochaines guerres*, Brüssel 1998) diese Aktivitäten resümiert „Wird Europa jugoslawisiert?" lautete seine alarmistische Frage. Zumindest in „Jugobelgien", wie Dirk Schümer in der FAZ mit Worten spielte, besteht Grund zur Sorge über wachsenden separatistischen Wahn, der durch fortschreitende ökonomische Disparitäten zwischen Flandern und der zunehmend zur Industriebrache werdenden Wallonie verschärft wird. Haushaltsdebatten und Streit um die Sozialkassen im hochverschuldeten Belgien sind ein Musterbeispiel für Ethnisierung des Sozialen. Korruption und Vetternwirtschaft, um von der in der Dutroux-Affäre deutlich werdenden Chaotisierung des Staatsapparats zu schweigen, tun ein übriges, daß das Auseinanderfallen des belgischen Staates als Möglichkeit gedacht werden muß. Der VB wirkt dabei als Scharfmacher und verbuchte im Juni 1998 im flämischen Parlament wieder einen symbolischen Erfolg, als er als Teil der Parlamentsmehrheit zugunsten der Rehabilitierung flämischer Kollaborateure fungieren konnte.

Die Verankerung in der Tradition europäischer Faschismen zeigt sich deutlich in der Kroatien-Politik des „Vlaams Blok". **Karel Dillen**, einst zum Parteichef auf Lebenszeit ernannt und im Juni 1996 auf eigenen Wunsch von **Frank Vanhecke** abgelöst, macht aus seiner Bewunderung für das faschistische kroatische Regime des **Ante Pavelic** keinen Hehl: „Die offizielle Geschichte hat aus Pavelic ein Monster gemacht. Nichts ist weniger wahr. Niemand kann bestreiten, daß er von einer tiefen Liebe für sein Volk erfüllt war, und daß er während all dieser extrem schwierigen Jahre solch große persönliche Anstrengungen gemacht hat, die Interessen seines Volkes zu sichern." Auf solchen Geschichtslügen kann die Zusammenarbeit zwischen VB und kroatischen nationalistischen Ultras bestens gedeihen. Im Dezember 1991 beginnt die Kampagne „SOS Kroatien" der dem VB verbundenen flämischen Studentenorganisation NSV. Einen Monat später startet in Begleitung eines VB-Abgeordneten ein Wagen mit „humanitären Hilfeleistungen", wie es heißt, nach Zagreb. Auf Einladung des



Starke Rechte in Deutschland = Europäischer Normalfall

Das Beispiel der Le-Pen-Bewegung in Frankreich

„Was soll nur das Ausland von uns ...ken?" So lautete die bange bzw. ...gemachende Frage in vielen Orga... der bundesdeutschen Meinungs...lustrie nach den sensationellen 13 ...zent für die DVU in Sachsen-Anhalt. ...lun, was soll das Ausland schon ...en! Tatsache ist: Außerhalb ...chlands ist völlig normal, was in...alb der Bundesrepublik als unnor... gilt: Daß sich etablierte Politiker mit ...olz zu Volk und Vaterland bekennen ...d daß solche Bewegungen, die von ...r hiesigen Meinungsmache als ...chtsextrem" bezeichnet werden, ...rk in den Volksvertretungen präsent ...d. Mit einer dauerhaft starken Rech... würde Deutschland nicht aus der ...ihe tanzen. Es wäre ganz im Gegen... ein Stück europäischer Normalisie...ung.

„Schlüsselstellung erreicht"

Das beste Beispiel ist Frankreich. ...ort marschiert Le Pens Front National ...on Wahltriumph zu Wahltriumph. Die... Tage nun hat das Ludwigsburger

Franz Schönhuber
LE PEN
DER REBELL
Front National
Modell für Deutschland

Volkstribun Jean-Marie Le Pen. Titelseite des aufschlußreichen Buches von Franz Schönhuber über den erfolgreichen französischen Rechtspolitiker, dem er freundschaftlich verbunden ist.

Und die Linken? Den entscheidenden Durchbruch konnte Le Pen dadurch erzielen, daß er nicht nur in der Jugend, sondern vor allem auch in der Arbeiterschaft, in traditionell linken Hochburgen, große Zugewinne erreichte. Heute ist der FN in weiten Teilen Frankreichs die stärkste Arbeiterpartei. Weshalb, so der Analytiker des „Deutsch-Französischen Instituts" im neuen Heft der Schriftenreihe, „sogar Vertreter der Linken, wie etwa der Ex-Premierminister Laurent Fabius von den Sozialisten, Le Pen bescheinigten, ,die richtigen Fragen' zu stellen".

So sei es der Le-Pen-Bewegung gelungen, die Themen der politischen Tagesordnung „zunehmend mitzubestimmen".

Wichtige weiterführende Literatur: Schönhuber: „Le Pen – Der Rebell", 200 Seiten, DM 48,–.

Bubis-Hetze gegen DVU

Fortsetzung von Seite 1

sie sich mit Fragen der Juden...

Das Interesse an internationalen Kontakten, insbesondere zum FN wächst auch bei der DVU - hier ein Ausschnitt aus der Nationalzeitung

kroatischen Präsidenten **Franjo Tudjmans** besuchen die VB-Abgeordneten **Filip Dewinter**, **Wim Verreycken** und **Francis Van den Eynde** Kroatien. Sie besuchen auch die faschistischen HOS-Milizen. Dewinter erklärt sich mit ihnen „in weitgehender Übereinstimmung". Der Vorsitzende der VB-Jugendorganisation erklärt im April 1992 der Presse, man habe acht junge Flamen zum Kampf nach Kroatien geschickt. In Anvers wird im Oktober 1992 eine kroatisch-flämische Handelsvertretung gegründet; ihr Direktor, **Amand Geschier**, ein guter Freund Dewinters, war Mitglied des von der Justiz verbotenen faschistischen „Vlaams Militante Orden". Im Juli 1993 schickt der VB ein Grußwort an die faschistische HSP und ihren Führer **Dobroslav Paraga**. 1995, nach der Slawonienoffensive, organisiert der VB seine „Sommeruniversität" in Kroatien.

Diese Solidaritätsarbeit wirkt ansteckend und inspirierend. „Wir müssen uns organisieren wie in Jugoslawien, wo die Menschen es für notwendig hielten, ethnische Staaten zu bilden", zitiert Collon den VB-Hardliner Filip Dewinter. Ginge es nach den Zielen des VB, müßte man sich die Zukunft Brüssels, zwischen Flamen und Wallonen umstritten, nach dem Vorbild Sarajewos vorstellen.

Literaturhinweis:
Weitere Texte zum Thema sind auf der Hompage des DISS abrufbar:
http://members.aol.com/dissdui

Starke Zunahme von Verfahren gegen Neonazis

Eine Prozeßlawine gegen Neonazis rollt derzeit in Frankfurt/Main. Im Laufe des letzten Jahres hat sich die Anzahl der Verfahren nahezu verzehnfacht. Monatlich werden 70 neue Ermittlungsverfahren eingeleitet. Bei den Verfahren handelt es sich überwiegend um Propagandadelikte nach §86 und 86a (Verwenden von verfassungsfeindlichen Symbolen) sowie §130 (Volksverhetzung). Auslöser für die meisten Verfahren sind Funde im Briefverteilzentrum des Frankfurter Flughafens. Offensichtlich wird die Post aus USA und Dänemark mittlerweile verstärkt auf neonazistische Propaganda überwacht und anschließend Hausdurchsuchungen bei den Adressaten durchgeführt. Laut Polizei fände sich bei den meisten der Durchsuchungen ausreichend Material für Strafverfahren.

Bettina Böhme, Raimund Hethey & Peter Hildebrandt

Nazi-Rieger geht über die Neiße-Linie

„1. Mitteldeutschen Vortragstage" in Ostritz an der polnischen Grenze

Noch während das Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe über zwei Verfassungsbeschwerden von ihm verhandelte, machte Jürgen Rieger deutlich, daß er weiterhin auf seine völkisch-germanisch ausgerichteten Faschisten-Treffen nicht verzichten will.

Das niedersächsische Oberverwaltungsgericht hat in Sachen „Hetendorf 13" einen vorläufigen Rechtsschutz abgelehnt. Sowohl der Träger, als auch der Förderverein des Tagungszentrums „Heideheim" bleiben weiterhin verboten, das Vereinsvermögen wie das Gelände beschlagnahmt. Als Grund für die Verbotsverfügung wurde angegeben, daß die Vereine gezielt Treff- und Veranstaltungsmöglichkeiten für andere rechtsextremistische Gruppen zur Verfügung stellen und selbst Treffen veranstalten würden. Auf diese Einschätzung des niedersächsischen Innenministeriums hat sich auch das sächsische Innenministerium bezogen und den Zittauer Landrat Volker Stange (CDU) angewiesen, die Veranstaltung in Ostritz zu unterbinden. Dagegen konnte Rieger mit Erfolg Widerspruch einlegen. Nicht durchsetzen konnte er sich beim BVG. Als das oberste Gericht der Bundesrepublik seine ablehnenden Bescheide bekannt gab, waren die „1. Mitteldeutschen Vortragstage" im sächsischen Ostritz schon voll im Gange. Die kleine Grenzgemeinde, auch bekannt durch ihre internationale Begegnungsstätte im Zisterzienser-Kloster Marienthal, könnte sich in den nächsten Jahren zum neuen Sammelpunkt heidnischer Deutschgläubiger, rassistischer AusländerhasserInnen und militanter FaschistInnen entwickeln.

Dieses Jahr waren Riegers Ruf an die Neiße 50 TeilnehmerInnen mit Kind, Kegel und Axt gefolgt. Im Hotel „Neißeblick", einen Steinwurf von der deutsch-polnischen Grenze



Graphik aus der Einladung.

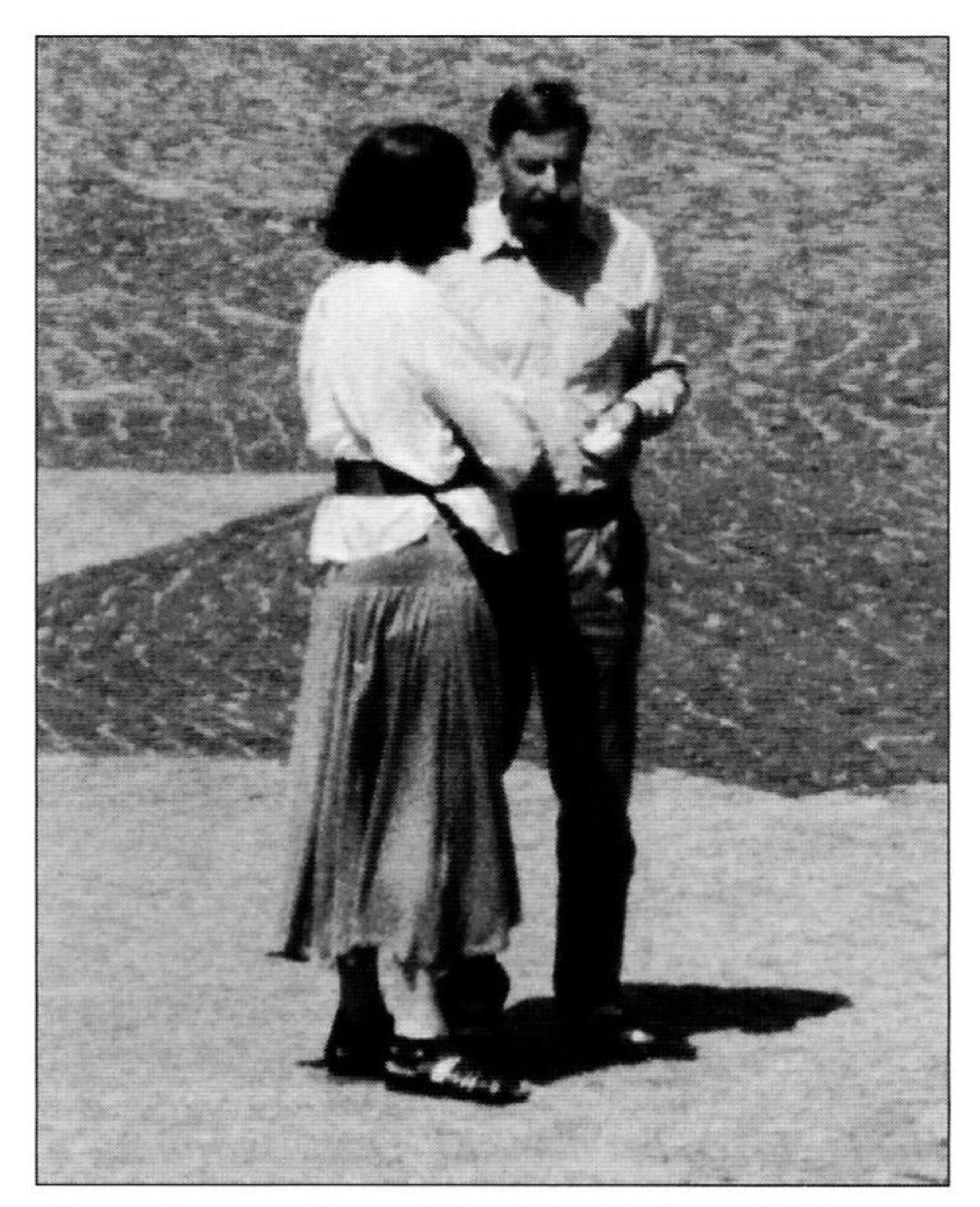
entfernt, wurde den angereisten InteressentInnen ein vielfältiges Programm angeboten. Frei nach dem Motto eines älteren Teilnehmers „Deutsches Land in fremder Hand" besichtigte die rechtsgestrickte Reisegesellschaft per Busfahrt „Schlesien" und gab sich ihren großdeutschen Tagträumen hin.

Die Ostritzer Tagungswoche

Die Liste der Referenten der Vortragswoche demonstriert die Kontinuität zu Hetendorf. Die meisten von ihnen hatten schon mehrfach an Tagungen im „Heideheim" teilgenommen. Für die Vortragswoche waren neben **Rieger** als Referenten geladen: der 74-jährige **Karl Baßler** (Witikone und Vorständler im „Deutschen Seminar" und der „Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur"), **Rudolf Gabriel** aus Hofheim/Ried, der als Kontaktmann für die Anmeldungen zuständig war, der 58-jährige **Wolfgang Juchem** aus Hessisch-Lichtenau (ehemaliger Bundeswehroffizier beim Millitärischen Abschirmdienst und Begründer der „Aktion Freies Deutschland"), Dr. **Eduard Peter Koch** (Mitwirkender bei der Zeitschrift „Sleipnir"), der National-Barde und frühere „Wiking-Jugend"-Führer **Frank Rennicke** und der 63-jährige Prof. Dr. **Weinschenk** aus Berlin (Ex-SPDler, Ex-REP, „Bündnis für Deutschland").

Sommersonnenwende

Seine heidnischen Veranlagungen lebte Rieger beim „Mitsommertreffen" der extrem rassistischen „Artgemeinschaft" aus. Dort philosophierte er über „Asatru in Vinlanda", die Goden **Gerhard Hess** (Bechtheim) und **Ursula Lindenberg** sprachen über „Runenwissen" bzw. „Die drei Ewigen" und **Franz Kehl** berichtete über „Stonehenge". In Ergänzung zu diesen „überlebensnotwendigen" Themen



Organisator der „Mitteldeutschen Tagungswoche": Jürgen Rieger.

wurde ein breitgefächertes Angebot an körperlicher Ertüchtigung geboten. Doch nicht immer wurde der Nerv aller getroffen. So fand der Reigentanz eher Anklang bei den älteren Damen, während der Rest, unter ihnen der ehemalige FAP-Kader **Falco Schüssler**, lieber beim „germanischen Sechskampf" (Dreisprung, Steinstoßen, Speerweitwurf, Axtzielwurf, Bogenschießen, 60-Megalithischen-Ellen-Lauf) seine Männlichkeit zur Schau stellte. Für den sportlichen Wettstreit wurde eine, direkt nebem dem Hotel gelegene Wiese genutzt. Auf dieser wurde dann auch am Abend der kürzesten Nacht fröhlich (laut Einladungstext) um den Metkessel getanzt. Ähnlich wie am Anfang in Hetendorf legten die Veranstalter Wert auf „engeren Kontakt" zur ortsansässigen Bevölkerung. Auf einer Tafel wurden alle BürgerInnen von Ostritz ab 21.00 Uhr zur Sonnenwendfeier eingeladen und der vorgetäuschte Rahmen einer „geschlossenen Veranstaltung" durchbrochen. Ungefähr 20 BürgerInnen, die sich selbst als „neutral" bezeichneten, folgten dieser Einladung am Samstagabend. Frank Rennicke kontrollierte die Personalausweise. Ganz den germanischen Traditionen verfallen, versammelte sich die illustre Mischung aus unverbesserlichen Altfaschisten, aufstrebenden Jungnazis und interessierten Ostritzer BürgerInnen um einen Holzstoß und zelebrierte die Sommersonnenwende. Allzu neugierige ZuschauerInnen, die den guten Einblick von polnischer Seite nutzen wollten, schauten am späten Abend auf eine eilig errichtete Bretterwand. Der Ablauf der Veranstaltung wurde von BeamtInnen der „Sonderkommision Rechtsextremismus" und Beamten des Bundesgrenzschutz beobachtet, die unmittelbar neben dem Tagungsort ihren Grenzdienst verrichten. Nennenswerte antifaschistische Aktivitäten gab es in Ostritz dieses Jahr nicht.

Insgesamt ist es Jürgen Rieger gelungen, eine auf Sachsen orientierte Zusammenkunft zu veranstalten, an der neben den von Hetendorf bekannten Organisationen wie der „Artgemeinschaft", der „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e.V.", dem „Nordischen Ring e.V.", der „Northern League", dem „Verein für naturgemäßes Leben e.V.", dem „Familienwerk e.V." und den „Goden e.V." vor allem NPD-Mitglieder teilnahmen. So waren neben dem Görlitzer NPD-Kreisvorsitzenden **Jürgen-Uwe Krumpholz** und anderen regionalen jungen „Nationaldemokraten" das bayrische Landesvorstandsmitglied **Alexander Schunk** angereist. Von den verbotenen Organisationen FAP und „Wiking-Jugend" waren zumindest Frank Rennicke und Falco Schüssler vor Ort.

Es ist kein Zufall, daß es Jürgen Rieger zur Fortsetzung seiner Hetendorf-Aktivitäten nach Sachsen zog. Der Freistaat ist spätestens seit 1997 Schwerpunktgebiet der „Nationaldemokratischen Partei" (NPD). Es liegt nahe, daß sowohl örtliche als auch bundesweite Strukturen der NPD an der organisatorischen Vorbereitung dieser Tagungswoche beteiligt waren. Daß der Eigentümer des Hotels „Neißeblick", Herr **Fischer**, offen für die revanchistischen Forderungen der Vertriebenenverbände ist, wird bei einem Besuch des Hotels deutlich - in vielen Räumlichkeiten des Hauses sind Fahnen und Wimpel angebracht, welche u.a. das gesamte Schlesien darstellen. Schon seit Jahren zieht es hochkarätige Nazitreffen nach Sachsen. Herausragend sind dabei die seit 1994 in Altenberg stattfindenden Gästewochen der „Deutschen Kulturgemeinschaft" (DKG) (siehe auch DRR, Nr. 49, S. 12). Die Gästewochen dienen der Weitergabe von Wissen und Kontakten durch AltfaschistInnen an junge, bereits bewährte Kader. Unter den jährlich etwa 120 Gästen befinden sich regelmäßig auch Mitglieder der Vereine, die in der Vergangenheit maßgeblich an der Organisation von Hetendorf mitgewirkt haben, also aus dem direkten Umfeld von Jürgen Rieger kommen. Die DKG führt ihre Treffen in Altenberg in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Nazi **Stefan Giemsa** durch, der lange Zeit regionaler Führungskader der NPD war. Mit ihm schließt sich auch der Kreis nach Ostsachsen, denn Giemsa war federführend am Aufbau der Görlitzer NPD-Strukturen beteiligt.

Bleibt die Frage, warum die Verbotsgründe aus Niedersachsen nicht auf die „1. Mitteldeutsche Tagungswoche" anwendbar gewesen sein sollen. Mit Baßler und Weinschenk waren immerhin zwei Unterzeichner der Broschüre „Aufruf an alle Deutschen zur Notwehr gegen die Überfremdung" (Dresden, August 1997) bei den „1. Mitteldeutschen Vortragstagen" in Ostritz anwesend, gegen die ein Verfahren wg. Volksverhetzung beim Oberverwaltungsgericht in Dresden anhängig ist. Im niedersächsischen Oldenburg läuft zur Zeit ein Verfahren gegen zwei weitere UnterzeichnerInnen des „Aufrufs". Nicht nur deshalb mußten die sächsischen Behörden davon ausgehen, daß auch in Ostritz eine „rechtsextremistische Veranstaltung", wie es im Verfassungsschutzjargon heißt, stattfand, die im niedersächsischen Sinne verboten gehört. Stattdessen ließ man die Neo-Faschisten gewähren und gab den Ewiggestrigen die Möglichkeit, jungen Menschen am Feuer rassistisches und revanchistisches Gedankengut zu vermitteln. Diplom-Volkswirt Baßler hat im besagten Aufruf die „Nettolasten des Deutschen Volkes für Gastarbeiter, Asylanten und internationale Einrichtungen sowie für 'sonstige Einwanderer' mit 386 Mrd. DM berechnet. Solche Propaganda stößt bei unwissenden Jugendlichen in Sachsen nicht nur auf taube Ohren.

Für Rieger hat sich der Weg nach Osten gelohnt und man kann annehmen, daß er im nächsten Jahr wieder zur „Ostritzer Tagungswoche" einlädt, auch deshalb, weil der Veranstaltungsort nicht im Besitz eines von Riegers Vereinen ist und ein Verbot über den Umweg des Vereinsrechts ausgeschlossen ist.



Brie und Braumann

„Es gibt eine linke Borniertheit, die Existenz und Bedeutung des Nationalstaates leugnet. Ja, manche Linke sind so provinziell, daß sie in der Provinz, wo man handeln könnte, nur noch ihren eigenen ideologischen Elfenbeinturm gestalten", erklärt der PDS-Spitzenpolitiker André Brie in einem Interview in der Juni-Ausgabe der Zeitschrift „MUT" (Nr. 370). Befragt wurde Brie für „MUT" von **Marcel Braumann**, Korrespondent des „Neuen Deutschland" (ND). Brie erklärte in dem Gespräch konzeptionell: „Angesichts großer Gefahren für Gesellschaft und Natur, auch die menschliche, muß die Linke neben dem Anspruch auf gesellschaftliche Wandlungen auch ein konservatives Verantwortungsbewußtsein - Bewahrung von Leben, Natur, von Werten, die Gemeinschaftlichkeit ausmachen - an den Tag legen."

Braumann wiederum hatte auch für die März-Ausgabe der „MUT" (vgl. DRR Nr. 49) einen Artikel verfaßt. Ebenfalls vertreten ist Braumann auch im Heft 1/98 der nationalrevolutionären Zeitschrift „wir selbst". In der gleichen Ausgabe der „wir selbst" schreiben u.a. auch **Henning Eichberg, Baldur Springmann** und der „Junge Freiheit"-Redakteur **Martin Schmidt**.



André Brie (48), der in China und Nordkorea aufwuchs, wurde 1969 SED-Mitglied und war von 1976 bis 1990 Mitarbeiter am Potsdamer Institut für Internationale Beziehungen. Als seine rund 20 Jahre währende Zusammenarbeit mit der Stasi bekannt wurde, mußte Brie 1992 seine Ämter als Stellvertretender PDS-Bundesvorsitzender und Chef der Berliner Landespartei niederlegen. Seit Anfang 1990 leitet er das Wahlbüro der SED-Nachfolgepartei. 1995 legten Brie und Parteivorsitzender Lothar Bisky die Strategie der PDS bis zur Bundestagswahl 1998 vor. Brie gilt als Verfechter eines „Modernisierungskurses", den Beobachter der Partei angesichts stalinistischer Strömungen an der Basis allerdings für nicht glaubwürdig halten. Mit dem „leisen Provokateur" (Spiegel) und „scharfen politischen Analytiker" (Tagesspiegel) sprach jetzt für MUT in Berlin ***Marcel Braumann****, der zuletzt in MUT 367 zum Thema „Weniger Politik mehr Gesellschaft" geschrieben hat.*

Es gibt eine linke Borniertheit

Ein MUT-Interview mit André Brie

Das Gespräch führte Marcel Braumann

MUT: *Mit Sozialisten, so wie sie derzeit in Deutschland rumlaufen, läßt sich kein Staat machen, ein liberaler schon gar nicht. Sie wis-*

Marcel Braumann

Genug ist nie genug?

Ein Plädoyer für das Recht, nicht alles wissen zu wollen

Weltweite Vernetzung

Wer das Internet mit der angemessenen Mischung von Rationalität und Pathos auf einen plakativen Begriff zu bringen trachtet, spricht gern vom „Netz der Netze". Vernetzung in möglichst vollkommener Form ist die Vision der postmodernen Gesellschaft.

Wählerfang am rechten Rand? Faksimilé aus „MUT" bzw. „wir selbst".

Franz H. Reinold

„Hehl´s World" wurde zur Lost World

Das Ladengeschäft von Christian Hehl (29) in Ludwigshafen, „Hehl´s World", wurde Anfang Mai von den Behörden der Chemiestadt geschlossen. Die amtlich verordnete Schließung fand wenige Tage vor der Kundgebung gegen den Szene-Treff am 16. Mai 1998 statt. Dennoch fanden sich rund 500 Menschen in Ludwigshafen ein, um gegen „Hehl´s World" und ähnliche Aktivitäten zu demonstrieren.

Aufgerufen hatte zur Demonstration die „Bürgerinitiative Süd gegen Rechts". **Hehl** ist eine zentrale Figur der militant-rechtsextremistischen Szene im Südwesten. Er gehörte in der Vergangenheit der „Nationalistischen Front", der „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" und der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" an. Inzwischen ist er wie viele andere Kader verbotener neonazistischer Organisationen auch Mitglied der „Jungen Nationaldemokraten".

Am 10. Oktober 1997 eröffnete der Skinhead, Hooligan („The Firm") und Neonazi Hehl das Ladengeschäft im Ludwigshafener Stadtteil Süd. Rasch entwickelte sich die Adresse in der Rottstraße zu einem stark frequentierten Treffpunkt der braunen Szene der gesamten Region. Aus dem Saarland, Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz rekrutierte Hehl die Kundschaft für seinen Laden. Daneben betrieb er noch einen bundesweiten „Sturm Verlag und Versand" mit einem weitgehend identischen Sortiment aus „T-Hemden", Pullis, Bierkrügen, Gürtelschnallen, Fahnen, Schmuck, Aufnähern, Aufklebern, Messern, Schwertern, Schlagstöcken, CDs, Fanzines und ähnlichem. Der Laden gelangte nicht zuletzt durch Hinweise und Interviews in verschiedenen Skinzines schnell zu Ruhm in der neonazistischen Szene. Gegenüber dem Skinzine „Doitsche Offensive" aus dem benachbarten Mannheim erklärte Hehl wie er zu dem Laden kam: „Also, da man als nationaler Berufsdemonstrant auf dem freien Arbeitsmarkt schwer einen Job findet, hatte ich die Idee einen Versand zu gründen. Während der Vorbereitungen bekam ich die Möglichkeit, einen Laden zu mieten und habe zugegriffen." Über die Realisierung des Projektes wußte Hehl zu berichten, „es war sehr leicht, leichter als ich dachte." Was auch daran gelegen haben mag, daß Hehl Unterstützung besonderer Art aus der rechtsextremen Szene erfahren haben soll. So gab es Hinweise, daß **Andreas Gängel** mit von der Partie sein könnte. Beide gehörten Anfang der 90er Jahre der später verbotenen „Nationalistischen Front" an. Gängel betrieb den „Endsieg-Versand" (ESV), seit 1991 das Label „ESV-Records" und erstellte von dem Skinzine gleichen Namens acht, zumeist indizierte, Ausgaben. 1994 wurde Gängel durch ein Urteil des Karlsruher Landgerichts gezwungen, seine diesbezüglichen Aktivitäten einzustellen. Sein direkter Nachfolger **Jürgen Ludwig** setzte das Nachfolgeprojekt „V 88" in den Sand und produzierte einen „riesigen Schuldenberg". Gängel stieg Ende 1996 in das Geschäft mit dem „Vision Verlag & Versand" wieder ein. Er veröffentlichte in der Folge Anzeigen in der „Jungen Freiheit" und der „Deutschen National-Zeitung". Neben der Existenzsicherung des arbeitslosen Hehl sollte der Laden die „vielen nationalen Gruppen und Kameradschaften", es sollen nach Hehls Einschätzung rund acht Gruppen mit bis zu 30 Personen sein, im Rhein-Neckar-Gebiet „verbinden". Den Namen hatten sich launige „Kameraden" in Anlehnung an den Film „Wayne´s World" ausgedacht.

Ende des vergangenen Jahres konstituierte sich die „Bürgerinitiative Süd gegen Rechts", mit dem Ziel, eine schnellstmögliche Schließung von „Hehl´s World" zu erreichen. Zunächst stießen die engagierten Bürger und Bürgerinnen auf wenig Verständnis. Abwiegeln und Relativieren bestimmte die offizielle Politik in der Stadt Ludwigshafen. Im Frühjahr des Jahres 1998 berichteten dann lokale, regionale, aber auch bundesweite Medien über „Hehl´s World". Die Offiziellen der BASF-Stadt hatten nun einen Imageverlust zu befürchten. Ludwigshafen, als sich etablierender Treffpunkt von Skinheads, Neonazis und Jung-Faschos, war keine verlockende Vorstellung für die Stadtoberen. Und so fand eine Kehrtwendung der Politik statt, ohne daß sich substantiell etwas verändert hätte. Man nahm sich des Ladens nun mittels Repression an. Am 19. März durchsuchte die Polizei den Skinhead-Shop. Doch zum Verhängnis wurde Hehl ein Artikel, den die Polizeibeamten nicht mehr fanden. Ein T-Shirt, im braunen Szene-Jargon „T-Hemd" genannt, mit einem gewaltverherrlichenden bzw. volksverhetzenden Motiv - es zeigt wie ein Skinhead einem am Boden kauernden „Rauschgiftsüchtigen" eine Fahnenstange durch das Genick stößt („Drogendealer ins Arbeitslager!") - diente als Aufhänger für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens. Denn Hehl soll gegenüber einem Polizeibeamten geäußert haben, er müsse nachschauen, ob solche Hemden noch da seien. Daraus schlußfolgerte der findige Leitende Oberstaatsanwalt Liebig, daß Hehl solche T-Shirts bereits verkauft habe. Die Vermieterin sprach zudem eine fristgerechte Kündigung auf Ende Juni aus.

Razzia bei Skinheads

In Rheinland-Pfalz fand Ende Mai eine Razzia gegen die lokale rechtsextremistische Szene statt. Dabei wurde in vier Wohnungen braunes Propagandamaterial sowie Fahnen beschlagnahmt. Anlaß der Polizeiaktion war das neue „Erste Wormser Fanzine" mit dem Titel „Deutsche Jugend". Herausgegeben wird das Skinzine von den beiden Skinheads **Mike Leonhardt** aus Worms und **Mike Jeude** aus Mörstadt (Kreis Alzey-Worms). Der 20jährige Leonhardt vertreibt außerdem Kalender, Demotapes, Videos und andere Zines aus der rechten Szene. Nach Polizeiangaben soll das, im übrigen überaus dürftig gestaltete, Skinzine „Deutsche Jugend" in einer Auflage von 40 bis 50 Exemplaren hergestellt worden sein.



Hehls Haxen bei der REP-Demonstration: Hakenkreuze zugepflastert.

Direkt neben „Hehl´s World" befand sich ein Tattoo-Studio, das von **Mike Haber** bis vor kurzem betrieben wurde. Die beiden Nazi-Schläger Michael „Mike" Haber (29) und **Ralf Schweikerdt**, ein arbeitsloser 28jähriger Maler und Lackierer, wurden im März dieses Jahres wegen Körperverletzung für schuldig gesprochen. Haber, u.a. dreimal wegen Körperverletzung vorbestraft, soll für zwei Jahre, Schweikerdt für ein Jahr und sechs Monate in Haft. Beide Urteile ergingen ohne Bewährung. Die zwei Neonazis hatten in der Nacht zum 1. März 1997 einen 46jährigen alkoholisierten Frührentner in einer Unterführung vor dem Mannheimer Hauptbahnhof überfallen und schwer verletzt. Dabei bemerkten die beiden ebenfalls alkoholisierten Schläger verspätet, daß sie von einer Videoüberwachungskamera gefilmt wurden. Sie ließen erst daraufhin von ihrem Opfer ab - dieses hatte bereits Verletzungen an Beinen, Armen und im Gesicht, neben anderem einen Nasenbeinbruch, erlitten - und zeigten den Hitlergruß in die Kamera. Haber ist mit Hehls Schwester **Bettina Hehl** liiert. Hehl und Haber hatten 1993/94 in einem rechten Wohnprojekt in einem Einfamilienhaus im Rhein-Neckar-Kreis vorübergehend zusammen gewohnt. Mit von der Partie waren damals auch **Manfred Huck** (34), Gründer und Kopf der „Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden" (ANK), und **Michael Eichler** (25), Schlagzeuger der Nazikapelle „Tonstörung".

Die Bürgerinitiative hatte gleich nach der angeordneten Schließung des Ladens angekündigt, ihre Aktivitäten fortsetzen zu wollen. Inzwischen soll Hehl in Ludwigshafen bzw. der näheren Umgebung einen Laden bzw. eine Kneipe für ein weiteres Projekt suchen.

B. Kant

„Zusammenarbeit" von REPs und `Nationalem Widerstand´

Wie von antifaschistischen Kräften nicht anders erwartet, versuchten Alt- und Neonazis auch in Kassel anläßlich der Wehrmachtsausstellung, Aktivitäten gegen die Ausstellung zu organisieren.

Schon Mitte Mai, vor der Eröffnung, durfte Prof. **Klaus Motschmann**, bisher eher als reaktionärer evangelikaler Vertreter („Evangelische Notgemeinschaft") und Autor in „Criticon" bekannt, vor der „Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik" alte Kämpfer der Wehrmacht auf die Ausstellung einstimmen. Waren es die laufenden Kameras oder seine inhaltliche Kompetenzlosigkeit - sein Auftritt geriet jedenfalls sehr schwach. Für ein bißchen Farbe sorgten nur die Diskussionsbeiträge von Vertretern der „Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft".

Am Eröffnungstag verteilten dann - in gebührendem Abstand zur Ausstellunghalle - das „Friedenskomitee 2000" mit dem Regionalbeauftragten der „Deutschland-Bewegung", **Friedrich Baunack**, die „Bürgeraktion Unsere Zukunft" mit **Roy Godenau** und die REPs Flugblätter gegen die Ausstellung. Die ansonsten bekannten gängigen Klischees erweiterte Baunack um die Interpretation, im Vernichtungskrieg habe es sich um einen „Bruderkampf" gehandelt. Um dann fortzufahren: „Die Konsequenz des grauenhaften Bruderkampfes zwischen den Nationen kann nicht ihre Abschaffung sein, sondern nur die gegenseitige Achtung der Völker vor der Integrität, Souveränität und Eigenart des jeweils anderen."

Besonders taten sich die REPs hervor, die bei der jüngsten Kommunalwahl mit deutlichen Verlusten aus dem Stadtparlament geflogen waren. Bereits im April meldeten sie für das Eröffnungswochenende eine Kundgebung auf dem Friedrichsplatz an. Da die Stadt aus organisatorischen Gründen (Stadtfest) an diesem Tag keine öffentlichen Aktionen genehmigen wollte, meldete die hessische REP-Jugend für den 6.Juni eine Demonstration „in Würde" und eine Kundgebung an.

Zum Skandal wurde das Verhalten des SPD-Bürgermeisters Ingo Groß. Selbst Forderungen aus seiner eigenen Partei, wie dem UB-Vorstand der SPD, Schritte zum Verbot bzw. zur Unterbindung dieser Naziprovokation zu ergreifen, verweigerte er sich mit dem Hinweis, erstens würde man sowieso eine juristische Niederlage erleiden und zweitens sei das Demonstrationsrecht ein hohes demokratisches Gut, das - in der Logik von Groß - auch für Feinde der Demokratie gelten müsse. Statt jedoch - wenn er schon glaubt, zulassen zu müssen - solche Naziprovokation an den Stadtrand zu verbannen, genehmigte er - politisch hochgradig instinktlos - den Aufmarsch direkt vor dem Rathaus am Aschrott-Brunnen, dem Symbol zur Erinnerung an die Verfolgung und Vernichtung jüdischer Bürger in Kassel.

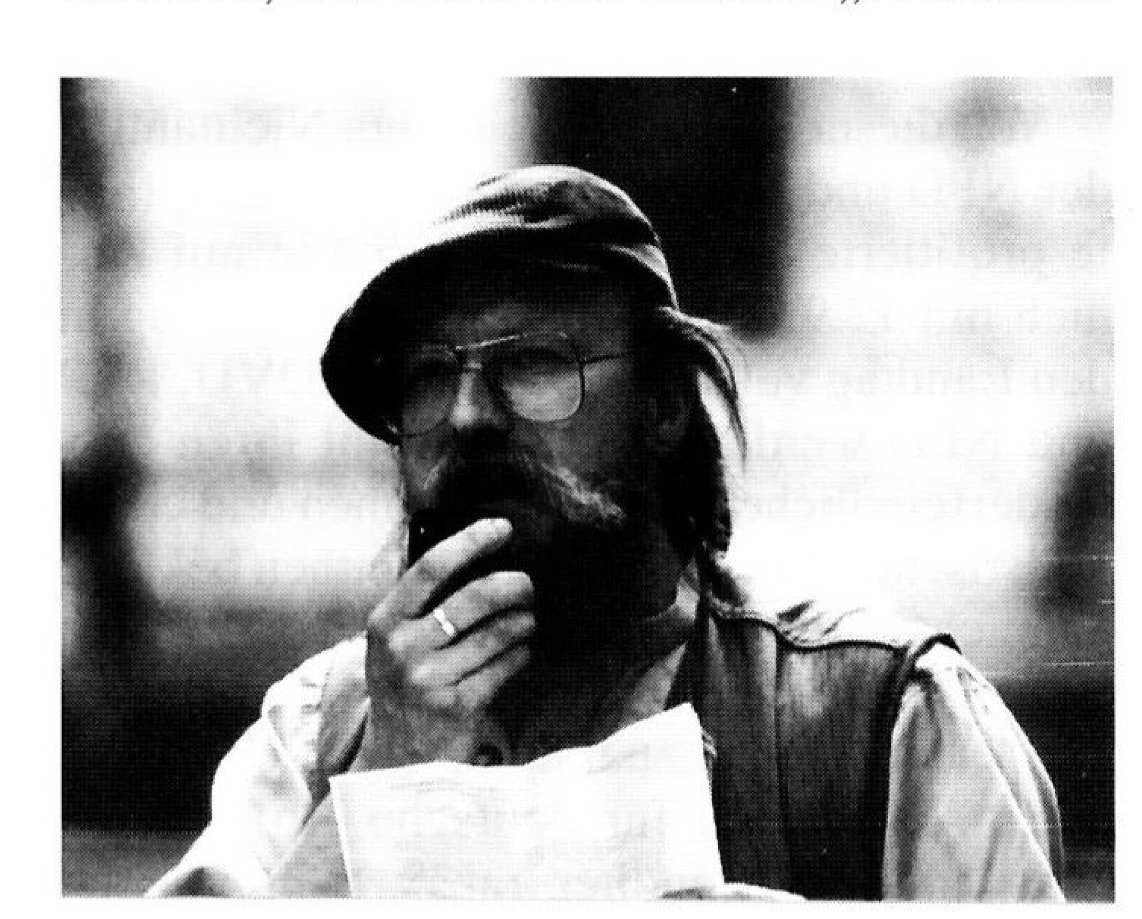


Keine Berührungsängste: Der stellvertretebnde REP-Bundesvorsitzende läßt Thomas Wulff von den „Freien Nationalisten" ein Grußwort halten.

Trotz solch städtischen Wohlwollens waren die REPs mit der Mobilisierung für ihre eigene Aktion schlicht überfordert. Im Internet kündigten sie ihre Demo und Kundgebung unverändert auf dem Friedrichsplatz an. Der Bezirksverband Hessen Nord druckte schnell noch Flugblätter mit Platitüden gegen Euro und Ausländer, zu Arbeitslosigkeit und Kriminalität, um dann auf der letzten Seite zu einer Kundgebung auf dem Königsplatz aufzurufen.

Hier jedoch hatte für den 6. Juni das Kasseler „Bündnis gegen Rechts", das in seiner politischen Breite für Kassel Seltenheitswert hat, zu einer Kundgebung aufgerufen. SPD und zahlreiche Untergliederungen standen hier neben autonomen Antifas, die VVN-Bund der AntifaschistInnen und die meisten Einzelgewerkschaften kamen zusammen mit kirchlich geprägten Gruppen, Grüne, PDS, Dock 4 und die Kommune Niederkaufungen fehlten ebensowenig wie Migrantengruppen, Behinderteninitiativen und die AWO unter den knapp 40 Organisationen und Initiativen.

Für eine spezielle Mobilisierung sorgten die Kader der verbotenen faschistischen Organisationen, die unter den Namen „Nationaler Widerstand Hessen", „Freie Nationalisten" Nordrhein-Westfalen, „Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland" oder JN Hessen zur Kundgebung der REPs aufriefen. Sie wiederum kündigten im NIT an, sich am Auestadion treffen zu wollen.



Friedrich Baunack, Regionalbeauftragter der „Deutschland-Bewegung".

Statt jedoch dieses organisatorische Chaos zum Anlass zu nehmen, die REP-Veranstaltung wegen offensichtlichen Verstoßes gegen Ordnungsamtsauflagen zu verbieten, bemühte sich die Polizei, die verschiedenen Nazigruppen mit einem Fahr- und Lotsendienst zum gemeinsamen Treffpunkt in der Wilhelmshöher Allee zu geleiten.

Dort trafen nun rund 250 Neonazis zusammen, unter ihnen nicht einmal 100 Anhänger der REPs, die vollmundig 2000 Teilnehmer für die Kundgebung angemeldet hatten. Und es macht die neue politische Qualität dieser Aktion aus, wie der Info-Dienst des „Nationalen Widerstandes" „Perspektiven" zurecht betont: „Republikaner und Freie Nationalisten marschierten gemeinsam. Die Republikaner hatten die Demonstration angemeldet und ein großer Block freier Nationalisten schloß sich der Veranstaltung an." Daß sie für die etwa 500 Meter lange Strecke zum Rathaus knapp 25 Minuten benötigten, lag nicht an der Zahl der Teilnehmer, sondern war den mehreren hundert antifaschistischen Demonstranten geschuldet, die den Weg blockierten und behinderten. Massiv griff die Polizei, die mit 900 Einsatzkräften vor Ort war, zugunsten der Nazis ein. Vorläufige Festnahmen, rabiate Einsätze zur Räumung des Kundgebungsortes und der Straße waren die Reaktion auf direktere Protestaktionen. Unter voller Polizeibedeckung zogen die Neonazis vor das Rathaus, wo **Andreas Lehmann** die Teilnehmenden namens der hessischen REP-Jugend begrüßte. In seiner Anspra-

che begrüßte der stellvertretende Bundesvorsitzende der REPs, **Christian Käs**, ausdrücklich den parteiübergreifenden Zusammenhalt. Da Käs auch schon nach Sachsen-Anhalt für eine Aufkündigung der Abgrenzung zu DVU und militanten Neonazis plädiert hatte, frohlockten die „Freien Nationalisten": „Findet nun auch bei den Republikanern ein positives Umdenken statt?" Ein Beleg für diese Hoffnung findet sich auch darin, daß auf dieser Kundgebung neben **Andreas Lehmann** und Christian Käs für die REPs und Friedrich Baunack für die „Deutschland-Bewegung" auch **Thomas Wulff** (Hamburg) eine kurze Rede halten durfte. Die anwesenden Funktionäre der Neofa-Szene, wie **Torsten Heise**, **Friedhelm Busse**, **Christian Hehl** (Ludwigshafen) und Roy Godenau werden es mit Freude vernommen haben. Vermisst wurde auf diese Kundgebung eigentlich nur **Manfred Roeder**.

Daß den Neonazis Kassel dennoch nicht nur positiv in Erinnerung bleiben wird, dafür sorgten die über 1000 Antifaschistinnen und Antifaschisten, unter ihnen viele Jugendliche, die vor Ort diesem Aufmarsch entgegengetreten sind. Besonders Trillerpfeifen erwiesen sich als effektive Form antifaschistischer Meinungsäußerung. In einer ersten Auswertung betonten Vertreter des „Bündnis gegen Rechts", es sei dringend notwendig gewesen, wo die Stadt keine Aktivitäten zur Unterbindung des Aufmarsches unternommen habe, selbst politische Signale zu setzen, in Kassel Neonazi-Provokationen keinen Raum zu geben. Man werde weiter wachsam sein, im Sinne des Mottos „Sich der Vergangenheit stellen - der Rechten keine Chance!"

Anne Rieger

DVU, NPD und „Republikaner – Unternehmer - nicht Protestpartei

„Unsere Chancen in den Bundestag zu kommen, waren noch nie so groß wie heute" verkündete siegessicher Rolf Schlierer, Bundesvorsitzender und Spitzenkandidat der REPs zur Bundestagswahl, auf dem Landesparteitag am 7.2.98 in Dettingen (Baden-Württemberg). Listenverbindungen mit der DSU und der „Demokratischen Erneuerung" waren die strategischen Eckpfeiler dieser Konzeption. Mit Wahlkampflosungen wie „REP - Arbeit für Deutsche" soll sie taktisch umgesetzt werden. Weder bei der Niedersachsenwahl, noch in Sachsen-Anhalt, ist dieses Konzept bisher aufgegangen. Das bedeutet aber keine Entwarnung. In beiden Bundesländern waren die REPs zerstritten.

Von dieser Zerstrittenheit, vom Nichtantritt der NPD und von 3 Mio. DM Wahlkampfhilfe profitierte die DVU. Sie schaffte auf Anhieb mit 12,9 % und 16 Sitzen den Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt. DVU, REP und NPD werden bundesweit mit ihren ausländerfeindlichen, nationalistischen und chauvinistischen Parolen und Programmen bekannt gemacht. Ihre sozialdemagogischen Parolen ziehen bei zu Recht unzufriedenen Menschen.

„Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" und „Deutsches Geld für deutsche Aufgaben", „Ausländische Banditen raus", Schulklassen und Kindergärten müßten vor „Überfremdung" geschützt werden, so die Wahlkampfplakate der DVU. In einem Land mit nur 1,7 % Ausländeranteil wie in Sachsen-Anhalt muten solche Aussagen absurd an, aber sie haben gegriffen. Denn bei 22,6 % Arbeitslosigkeit, der höchsten in der Bundesrepublik, ist die Unzufriedenheit, Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit und Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes enorm. Was kaum einer der Unzufriedenen mit der Arbeitsplatz- und Sozialabaupolitik weiß: Der Kern der Programme der neofaschistischen und rechtsradikalen Parteien ist nicht für, sondern gegen Arbeitslose und abhängig Beschäftigte gerichtet. Ihre Unternehmer-Programme sind unterschiedlich stark nachvollziehbar. Anhand des REP-Programms soll das ausführlich, bei den andern Parteien kurz dargestellt werden.

Sozialdemagogisch

Die REP schmücken sich mit dem Image einer Protestpartei. Sozialdemagogisch äußern sie: „Das Sparpaket der Bundesregierung offenbart die wirtschafts- und finanzpolitische Hilflosigkeit der Bonner Altparteien" und „Der Bonner Weisheit letzter Schluß ist, den immer weniger werdenden ehrlichen Steuerzahlern immer tiefer in die Tasche zu fassen. Steuererhöhungen hier, Gebührenanhebungen da, niemand weiß, welche Horrormeldung ihn morgen erwartet."

„Kohl muß weg" wer würde dem nicht zustimmen? Es stimmt: „Bundeskanzler Kohl hat bisher noch alle Versprechungen nicht eingehalten." **Ulrich Deuschles** (Wirtschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion der REP) Feststellung: „Die Arbeitslosigkeit ist aber kein Schicksal" findet unsere Zustimmung ebenso wie ihr scheinbarer Angriff auf die Unternehmer: „Es ist offensichtlich, daß selbst eine sich belebende Konjunktur noch lange keinen Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosenzahlen leistet. Es bestätigt sich vielmehr, daß das Rationalisierungspotential der deutschen Industrie noch lange nicht ausgeschöpft ist"

Chauvinistisch

Bei soviel den Menschen aus dem Herzen sprechender Kritik fällt mancher auf ihre plumpe - aber falsche - Analyse herein: „Massenzuwanderung bedeutet Massenarbeitslosigkeit" lenkt **Dieter Hübing**, REP-Bezirksvorsitzender auf dem politischen Aschermittwoch in Geisenhausen von den tatsächlichen Verursachern und Profiteuren der Massenarbeitslosigkeit ab. Ihn interessiert nicht, daß es seit 1973 keine Massenzuwanderung mehr gibt und daß zu Zeiten der tatsächlichen Massenzuwanderung, die Arbeitslosigkeit wesentlich geringer war als heute bei praktisch abgeschotteten Grenzen:

1973 betrug die Arbeitslosenquote 1,1 %, heute liegt sie bei 12,6 %.

1973 betrug der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten ausländischen Arbeitnehmern 11%, 1991 nur noch 8,2%.

1993 gab es noch etwa 1,1 Mio Zuwanderer, 1997 ist die Zahl der angekommenen Asylbewerber auf 104 000 gesunken.

Mit der Forderung: „Stop der Masseneinwanderung" suggerieren sie, es gäbe eine und fordern ein „Zuwanderungs-Verhinderungsgesetz". Und plakatieren: „REP - Kriminelle Ausländer raus".

So wird der Wahlkampf bestritten: Die berechtigten Sorgen und Ängste der Menschen aufnehmen, sich als ihr Anwalt aufspielen, und dann Sündenböcke für einfache Lösungen anbieten. Ihre Spaltung zwischen deutschen und ausländischen KollegInnen greift bei vielen, die Angst um ihren Arbeitsplatz haben. „Die Sicherung deutscher Arbeitsplätze hat für uns REPUBLIKANER Vorrang."

Diesen nationalistischen Zungenschlag kennen wir aus der Standortdebatte der Unternehmer. Sie gehen zwar nicht so weit, Arbeitsplätze nur für Deutsche zu fordern. Aber nicht nur Hermann Scholl, Geschäftsführer von Bosch, spricht davon in „unseren deutschen Fabriken mehr Beschäftigung zu bieten." In der Standortdiskussion wird der „nationale Beschäftigungspakt" ebenso beschworen wie die Verantwortung der „deutschen" Unternehmen und „das Jobwunder in Deutschland" die „Schaffung von 2 Mio Arbeitsplätzen".

Wir brauchen Arbeitsplätze - andere nicht?

Brauchen tatsächlich nur deutsche Menschen, etwas weiter gefaßt, nur Menschen in Deutschland, Arbeitsplätze? Oder ist es nicht vielmehr so, daß alle Abhängigen im arbeitsfähigen Alter auf der ganzen Welt Arbeitsplätze brauchen? Aber nicht sie sind schuld, wenn bei uns die bezahlten Arbeitsplätze ausgehen. Die Großunternehmen und Banken mit ihren rabiaten technologischen und arbeitsorganisatorischen Rationalisierungsstrategien, mit ih-

rer Weigerung, dem angepaßt, die Arbeitszeit mit vollem Lohn- und Personalausgleich zu verkürzen, sind die tatsächlichen Verursacher und Profiteure der Massenarbeitslosigkeit auf der ganzen Welt. Im Programm der REPs aber bleiben sie völlig außen vor. Als Verursacher von Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau, fehlendem bezahlbaren Wohnraum werden Menschen aus anderen Ländern oder Sozialhilfeempfänger an den Pranger gestellt. Und dieser moderne Pranger heißt „Mißbrauch".

Ob REP, DVU oder NPD: Mit sozialer Demagogie sollen Wähler gewonnen werden.

Raub aus unseren Taschen

„Wir brauchen eine Partei, die Anwalt derjenigen Deutschen ist, die den Preis für Globalisierung und europäische Integration zu zahlen haben. Das kann nur eine nationale Partei sein, die das Volk respektiert, für Gerechtigkeit eintritt und den Schwachen hilft." Die REPs - Anwälte der kleinen Leute? Was viele nicht wissen, das REP-Programm ist ein konsequentes Sozialabbau- und Umverteilungsprogramm zugunsten der Unternehmer. Ihre Forderungen sind tupfengleich mit denen der Unternehmer.

a. Steuerreform

Sie fordern eine „wirklich große Steuerreform." Diese Steuerreform, von der Regierungskoalition im Januar 1997 vorgelegt, beinhaltet u.a. die Senkung des Spitzensteuersatzes

- von Arbeitnehmereinkommen von 53 auf 39%,
- für gewerbliche Einkünfte von 47 auf 35%,
- bei der Körperschaftssteuer auf einbehaltene Gewinne von 45 auf 35 %,
- auf ausgeschüttete Gewinne von 35 auf 25%.

Diese Senkungen der Spitzensteuersätze kommen nur Reichen und Unternehmen zugute. Unsere Steuern aber sollen erhöht werden, z.B. durch Versteuerung von

- Zuschlägen für Schicht-, Nacht- und Feiertagsarbeit,
- Arbeitslosengeld und -hilfe, Kurzarbeiter-, Schlechtwetter- und Krankengeld zur Hälfte,
- Renten,
- Abfindungen
- und der Senkung der km-Geld-Pauschale.

Alle Unternehmerverbände fordern die schnelle Realisierung. REPs - Partei der kleinen Leute? Protestpartei gegen die Altparteien? Ihr Positionspapier zur Wirtschaftspolitik gibt eindeutig Auskunft. Unter den positiven Rahmenbedingungen wird aufgezählt: „die Entlastung unserer Industrie und Wirtschaft von staatlichen Aufgaben auf das für die Gemeinschaft vertretbare Minimum." In ihrem Landtagsprogramm 1996 heißt es: „Eine erfolgreiche Standortpolitik hat vielmehr die leistungsfeindliche Steuerbelastung ... in das Blickfeld zu nehmen und einer langfristigen Lösung zuzuführen."

b. Rentenumbau

Sie fordern den Umbau der Sozialversicherungen.Wohin das gehen soll, ist bei der Rente nachzulesen. Sie fordern „das gegenwärtigen Umlageverfahren durch ein Kapitaldeckungsverfahren zu ersetzen." Auch hierbei ist ihre Forderung mit der des BDI-Chefs Henkel identisch: „Es ist doch völlig klar, daß unser umlagefinanziertes Rentenmodell nicht mehr trägt." Er fordert eine Kapitaldeckung.

Die Vergangenheit jedoch hat gezeigt, daß die private Altersvorsorge in wirtschaftlichen und politischen Krisen gefährdet ist. In beiden Inflationen dieses Jahrhunderts wurden die Geldvermögensbestände ganz oder teilweise entwertet. Die umlagefinanzierte Rentenversicherung aber blieb in extremen wirtschaftlichen Situationen stets funktionsfähig. Sie ist auch daher die sozialste Altersversicherung, weil sie individuelle Risiken, wie vorzeitige Invalidität, Langzeiterkrankung oder Kindererziehungszeiten absichert.

c. Niedriger Lohn und Lohnsenkung

Der OB-Kandidat für Stuttgart und heutige Fraktionschef der REPs im Gemeinderat, **Dieter Lieberwirth** fordert „Arbeitsplätze, die nicht so hoch bezahlt werden und nicht so hoch qualifiziert sind." Der Abteilungsleiter im Weltkonzern IBM Deutschland liegt damit auf einer Linie mit dem Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Dieter Hundt, der „einen neuen Niedriglohnbereich schaffen und die Annahme auch gering bezahlter Jobs durch drastische Änderungen bei Sozialhilfe, Arbeitslosengeld und -hilfe attraktiver machen" will. Er verspricht Arbeitsplätze, „wenn die untersten tariflichen Einkommen um mindestens 30 % gesenkt werden."

Die REPs fordern Investivlöhne für Arbeitnehmer. Auch hier die gleiche Forderung der Arbeitgeberverbände. Diese scheinbar so attraktive Forderung aber führt dazu,

- daß die effektiven Lohnerhöhungen noch niedriger ausfallen als in den letzten Jahren. Ein Teil der Lohnerhöhung wird direkt im Unternehmen einbehalten und steht so den Beschäftigten für ihre dringendsten Ausgaben gar nicht zur Verfügung. Damit ist die notwendige Ankurbelung der Binnennachfrage nicht möglich.
- daß eine Mitbestimmung über die Verwendung der Gelder nicht gegeben ist: Sie können vom Unternehmer sowohl zur Rationalisierung von Arbeitslätzen als auch zum Aufbau von Konkurrenzarbeitsplätzen in sogenannten Billiglohnländern verwendet werden.
- daß der einbehaltene Lohn nicht gegen Konkurs geschützt ist.
- daß die Mär vom armen Unternehmer genährt wird, der nicht genügend Eigenkapital zur Verfügung hat, um in Arbeitsplätze zu investieren. Das ist an sich schon lächerlich. Jagen doch täglich Milliarden Mark um den Erdball, die nicht investiert werden, weil kein kaufkräftiger Markt für die Produkte vorhanden ist, und Spekulationsgewinne mehr Geld bringen. Sollen diese Summen noch durch Investivlohn erhöht werden? Außerdem stelle man sich die bei Daimler, Stihl, Bosch, Bayer und Deutsche Bank Beschäftigten vor: Sie unterstützen ihre „armen" Arbeitgeber mit ihrem Investivlohn. So steht Geld für weitere Rationalisierungen auf Kosten der Beschäftigten zur Verfügung.

Vorteil vom Investivlohn haben nicht die Beschäftigten, sondern die Unternehmer. Konsequenterweise fordert das die Unternehmerpartei REP.

d. Sozialabbau durch Deregulierungsmaßnahmen

„Wir REPUBLIKANER befürworten daher grundsätzlich Deregulierungsmaßnahmen." Eine sogenannte unabhängige Expertenkommission der Regierung legte 1991 das Deregulierungsprogramm mit folgenden Vorschlägen vor:

- Tarifverträge sollen im Notfall durch Betriebsvereinbarungen unterschritten werden.
- Bis maximal drei Jahre werden Langzeitarbeitslose zu untertariflichen Arbeitsbedingungen eingestellt.
- Generell sollen Arbeitsverträge bis 18 Monate befristet werden können, mit einer einmaligen Verlängerung um denselben Zeitraum.
- Der Kündigungsschutz wird gelockert.
- Schwerbehinderte sollen entscheiden, ob sie auf Basis des besonderen oder allgemeinen Kündigungsschutzes eingestellt werden wollen.
- Das Sozialplanrecht wird verändert, der kollektive Schutz bei Massenentlassungen wird ausgehöhlt.
- Bei Konkurs muß der neue Besitzer nicht alle Arbeitsverträge übernehmen.
- Die Höchstdauer für Leiharbeit wird ausgedehnt.
- Das Arbeitsvermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit wird aufgehoben.

Der aufmerksame Leser hat richtig festgestellt, daß ein Teil dieser Vorschläge bereits durch die Bundesregierung umgesetzt ist, am Rest arbeitet sie noch. Eindeutig ist, daß alle diese Vorschläge, die die REPs „befürworten", zugunsten der Unternehmer und zu unseren Ungunsten greifen.

Abschaffung der Einheitsgewerkschaft

Daß die abhängig Beschäftigten die Umsetzung solcher Programme nicht kampflos hinnehmen werden, ist klar. Um sich erfolgreich wehren zu können, wird eine schlagkräftige Gewerkschaft gebraucht. Und genau dagegen richtet sich der Hauptstoß der REPs: „Um den Grad der Vermachtung in der Wirtschaft abzubauen, lehnen wir REPUBLIKANER die weltanschauliche Einheitsgewerkschaft ab und

sprechen uns für gewerkschaftliche Vielfalt aus."

Sollten sie parlamentarischen Einfluß bekommen, wollen sie die größte Stärke der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach dem Krieg - die Einheitsgewerkschaft - zerstören. Ein entscheidender Grund, warum es gelang, den Nazis zum Ende der Weimarer REPublik die Macht zu übertragen, lag in der gespaltenen Arbeiterbewegung: Sozialdemokraten und Kommunisten verhinderten dies nicht gemeinsam. Erst in den KZs begriffen sie, daß die Faschisten nur gemeinsam zu bekämpfen sind. 1945 - sie hatten aus ihren Fehlern gelernt - setzten sie sich für die Einheitsgewerkschaft ein und gründeten sie etwas später. Weltanschauliche und politische Differenzen sollten sie nie mehr trennen. Das Prinzip „ein Betrieb - eine Gewerkschaft" wurde eingeführt und hat sich im wesentlichen bis heute gehalten.

Die Gewerkschaften sollen nicht mehr die Interessenvertreter der abhängig Beschäftigten sein, stattdessen sollen sie das „Gemeinwohl" sichern. „Dies verpflichtet die Tarifparteien in besonderer Weise, das Gemeinwohl zu beachten." Gewerkschaften haben die Aufgabe, die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Sie gehen vom Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmern und Beschäftigten aus. Jede von uns erarbeitete Mark kann nur einmal ausgegeben werden: entweder für die notwendigen Löhne und Gehälter oder für die Gewinne der Unternehmer. Deswegen können die Gewerkschaften nicht das „Gemeinwohl", das Wohl aller Menschen eines Staates im Auge haben. In einem Staat leben Unternehmer und abhängig Beschäftigte. Gewerkschaften vertreten die Interessen der abhängig Beschäftigten.

Nachdenklich macht auch, daß der Begriff „Gemeinwohl" dem Programm der NSDAP entlehnt ist. Dort hieß es in anderem Zusammenhang: „Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten." So kommt der Gedanke: Sage mir, wessen Begriffe Du benutzt, und ich sage Dir, wer Du bist.

Zerstörung des Flächentarifvertrags

Auch das Herzstück der Gewerkschaften, den Tarifvertrag nehmen sie aufs Korn. Sie fordern „flexible Tarifverträge (Tarifkorridore)", Ulrich Deuschle die „Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Flächentarifverträge". Im Landtagsprogramm 1996 heißt es: „Wir ... sprechen uns für eine begrenzte Öffnungsklausel nach dem Prinzip tarifvertraglicher Korridore aus. Im Rahmen einer Teildezentralisierung sollen danach die klassischen Tarifparteien ein Spannenergebnis verhandeln, welches betriebsspezifisch weiterverhandelt werden soll, um die endgültige Lohnhöhe festzulegen. ... Eine weitgehend frei wählbare Arbeitszeit wäre ein bedeutsamer Beitrag ... zur Humanisierung der Arbeitswelt ..."

Beinahe wortgleich fordert Gesamtmetall: „Wir wollen deshalb unsere Tarifverträge um eine Betriebsklausel ergänzen, die abweichende betriebliche Regelungen zuläßt. ... Wir wollen die noch immer weitgehend starre Regelung durch einen tariflichen Arbeitszeitkorridor von 30 - 40 Wochenstunden ersetzen. Dann könnten die Unternehmen im Einvernehmen mit den Mitarbeitern und dem Betriebsrat über die Dauer der Arbeitszeit im einzelnen entscheiden."

Flexible Tarifverträge, Korridore für Lohn- und Gehalt führen bei den gegebenen Macht- und Erpressungsverhältnissen der Standortdebatte immer zu den unteren Enden des Korridors. Entsprechend antwortet Klaus Zwickel, Vorsitzender der IG Metall, auf den Vorschlag der Arbeitgeber: „Gesamtmetall fordert ... die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche auf Schleichwegen! Das werden wir nicht zulassen."

Die gleiche Antwort verdienen auch die REPs. Es gibt einen Unterschied: Die Unternehmerverbände vertreten offen ihre Interessen. Die REPs aber geben sich als Interessenvertreter der „kleinen Leute" aus - in Wirklichkeit aber vertreten auch sie die Interessen der Großunternehmen. Das aber wissen die meisten nicht. Zurecht besteht ein Unvereinbarkeitsbeschluß der IG Metall mit den REPs seit ihrem 16. Gewerkschaftstag 1989.

NPD: „Wir schaffen Arbeit" - aber wie?

Mit ihrem Aufruf zum 1. Mai 1998 in Leipzig greift die NPD in die gleiche demagogische soziale Kiste. „Wir schaffen Arbeit" hört sich im Aufruf gut an. Tatsächlich aber fehlt nicht Arbeit, Arbeit ist genug da. Was aber fehlt, sind ausreichend angemessen bezahlte Arbeitsplätze.

Wie die geschaffen werden sollen, darauf gibt der Aufruf keine Antwort, schwerlich auch ihr Programm. Aber ein paar Antworten lassen sich dort schon finden: „Jeder Deutsche hat das Recht auf Arbeit. Arbeitsplätze sind zuerst an Deutsche zu vergeben." Arbeitsplätze sollen nicht geschaffen werden, sondern Menschen, denen ein deutscher Pass vorenthalten wird, sollen sie genommen werden. Sie sollen entlassen werden.

Ein paar Seiten weiter heißt es: „Deutschland muß wieder deutsch werden. ... Ein grundlegender politischer Wandel muß die menschenfeindliche Integrationspolitik beenden sowie die deutsche Volkssubstanz erhalten. ... Den Angehörigen anderer Völker, die hier einen Arbeitsplatz auf Zeit innehaben, muß die Möglichkeit gegeben werden, ihre kulturelle und nationale Identität zu wahren. Dadurch ist ihnen auch die Rückkehr in ihre Heimatländer zu erleichtern." Arbeitsplätze schaffen für die einen - und die anderen entlassen. Ein Arbeitsplatzprogramm, das auf Spaltung der abhängig Beschäftigten und gegen gewerkschaftliche Solidarität gerichtet ist.

Kein Wort davon, daß Arbeit in unserem Land genug da ist, sie nur nicht bezahlt wird. Arbeitsplätze können durch öffentlich geförderte Beschäftigungsprogramme und durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich entstehen. Doch davon ist bei der NPD nichts zu lesen.

Aber auch bei der NPD ist das Programm nicht nur gegen unsere ausländischen Kollegen gerichtet sondern auch gegen uns: „Deshalb bekennt sich die NPD zu einem freien und sozialverpflichteten Unternehmertum." Genauer schreiben sie es nicht auf. Bekanntlich ist das Unternehmertum aber entweder frei von allen sozialen Gesetzen und Vereinbarungen oder den sozialen Regeln verpflichtet. Beides gleichzeitig ist schwer möglich.

Regulierende Eingriffe des Staates hätten zur Folge, daß „das freischöpfende Unternehmertum nachhaltig eingeengt würde, obgleich bekannt ist, daß gerade dieses zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und damit zugleich zur Sicherung der Arbeitsplätze und des Wohlstandes von entscheidender Bedeutung ist."

Auch die Tarifautonomie und die Gewerkschaften haben sie im Visier, denn „die Tarifautonomie" müsse „dort ihre Grenzen finden, wo auf Kosten des ganzen und ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl verfahren wird". Und sie wollen eigene Spalter-Gewerkschaften gründen.

DVU 1998 – Arbeitgeber 1982

Die DVU ist arbeitnehmerfeindlich, denn sie fördert in allererster Linie die Spaltung der abhängig Beschäftigten, der deutschen und der ausländischen Kollegen. „Arbeitsplätze zuerst für Deutsche" lautete ihr Wahlslogan in Sachsen-Anhalt und in ihrem sonst dürftig ausgefallenen Programm ist zu lesen: "soziale Sicherheit für die deutsche Arbeitnehmerschaft". Dieses Spaltungsgift durchzieht das gesamte Programm. Heute gilt immer noch, was der IG Metall Vorstand bereits 1966 in einer Presseveröffentlichung gegenüber den Arbeitgeberverbänden zum gleichen Thema veröffentlichte: „Der Vorstand der IG Metall warnt eindringlich davor, deutsche und ausländische Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen, denn sie haben die gleichen Interessen und die gleichen Gegner." Gegen das „Umtausch und Rückgaberecht" für ausländische Arbeitnehmer argumentierte bereits 1982 Christos Prassas, heute Betriebsratsvorsitzender bei Bauknecht. Sie seien auf ausdrücklichen Wunsch der deutschen Unternehmer in die Bundesrepublik geholt worden, weil diese an der Verwertung ihrer Arbeitskraft interessiert waren. Sie haben zum wirtschaftlichen Wachstum beigetragen, zahlen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Sie betreiben keine Grundstücks- und Bodenspekulation und vernichten keine Arbeitsplätze wie die Unternehmer. Sie aus Deutschland zu drängen, heißt Arbeitslosigkeit zu exportieren und die wirtschaftliche Situation in andern Ländern drastisch zu verschärfen.

Damals forcierten die Arbeitgeber sogenannten Förderprogrammen zur Rückkehr in die Heimatländer, heute hetzen Millionäre wie **Gerhard Frey**, gleichzeitig Chef der DVU, mit millionenschweren Plakatkampagnen gegen 1,7 % der Bevölkerung. Aber nicht sie, sondern die 1,3 % der Haushalte in der Bundesrepublik, die im Durchschnitt 1,67 Mio DM besitzen und ihre hochbezahlten Handlanger, Manager genannt, sind Schuld an der massenhaften Rationalisierung und dem damit verbundenen Arbeitsplatzverlusten.

In etwas älteren Verlautbarungen, läßt sich eindeutig ihre unternehmerfreundliche Zielrichtung lesen: „Denn zu hohe Lohnabschlüsse ziehen den Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit nach sich". Eine Argumentation, wie wir sie täglich aus den Chefetagen der Unternehmerverbände hören.

Ernst Antoni

Rolle rückwärts

Der ÖTB zu Gast beim Deutschen Turnfest in München

Ob sie auch ihre Fahne "Rassereinheit" mitgebracht hatten, zum Deutschen Turnfest 1998 im Juni in München, ist nicht bekannt. 1990 jedenfalls trugen die Mitglieder des Österreichischen Turnerbundes (ÖTB) das Banner– wie das "Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus" vermerkt – bei ihrem "Gauturnfest" in Vöcklabruck noch stolz durch die Gegend.

In München gab es im Vorfeld des Turnfestes um die Teilnahme des ÖTB eine turbulente Stadtratssitzung – dank eines Vorstoßes der Grünen, die auf die völkische Gesinnung und Neonazi-Nähe der Turnbrüder (und weniger zahlreichen -schwestern) aus dem Nachbarland hingewiesen und beantragt hatten, diese wieder auszuladen. Ergebnis: Der ÖTB durfte doch kommen, aber die Polizei wurde aufgefordert, sicherzustellen, daß das Fest nicht für "rechtsradikale Aktivitäten" mißbraucht werde.

Derlei fiel dann im bunten und internationalen Turnfest-Trubel tatsächlich nicht auf. Ein Lob der Polizei? Oder war es nicht eher so, daß sich die ÖTBler und ihre hiesigen Freunde dieses Mal an einer alten olympischen Losung orientiert hatten: Nicht Siegen, Dabeisein ist wichtig! Waren doch die Gralshüter des völkischen Jahn'schen Geistes in den vergangenen Jahrzehnten außerhalb Österreichs ins Hintertreffen geraten und haftete dem ÖTB seit langem weltweit in Turnerkreisen ein bräunliches Schmuddel-Image an. Da war es schon schön, mal einfach wieder dabeizusein – und gemein von den Münchner Grünen, etwaige umfangreichere Aktivitäten wohl doch ausgebremst zu haben.

Zwei Seelen, ach, scheinen in der Brust des Führungsgremiums des Deutschen Turnerbundes zu wohnen, der den ÖTB zu seinem Turnfest eingeladen hatte. Die eine muß verantwortlich sein für die verbandseigene Geschichtsschreibung, in der durchaus faktenreich und kritisch die wenig rühmliche Geschichte der Deutschen Turnfeste von 1918 bis 1945 beschrieben wird: "Seite an Seite mit SA und Stahlhelm" (und dies auch noch zum aktuellen Münchner Fest in einer "Sonderbeilage des Deutschen Turnerbundes" in der "Süddeutschen Zeitung"). Die andere aber kungelt wieder munterer als früher mit den braunen Brüdern aus der vormaligen Ostmark und sieht zu, daß sie mit auf die Matte kommen. Das begann spätestens 1996 beim Bundesturnfest des ÖTB in Krems/Donau mit Beteiligung zahlreicher bundesdeutscher Turnvereine - und fand jetzt, in renommierterer Umgebung, in München seine Fortsetzung.

Ein weithin bekannter ÖTB-Turnbruder heißt **Jörg Haider**. Der hatte 1966 seinen ersten größeren öffentlichen Auftritt im Rahmen eines ÖTB-"Rednerwettbewerbs". Er sprach zum Thema "Sind wir Österreicher Deutsche?". Das brachte ihm nicht nur die Siegespalme, sondern er hatte danach auch die Freude, sein Referat in der "Deutschen National-Zeitung" lesen zu können. Dort klang die Überschrift

Heil! Umschlingt euch mit Herz und Hand,

Ihr Brüder aus Nord-, Süd- und Mitteldeutschland!

Daß einst um eure Urne

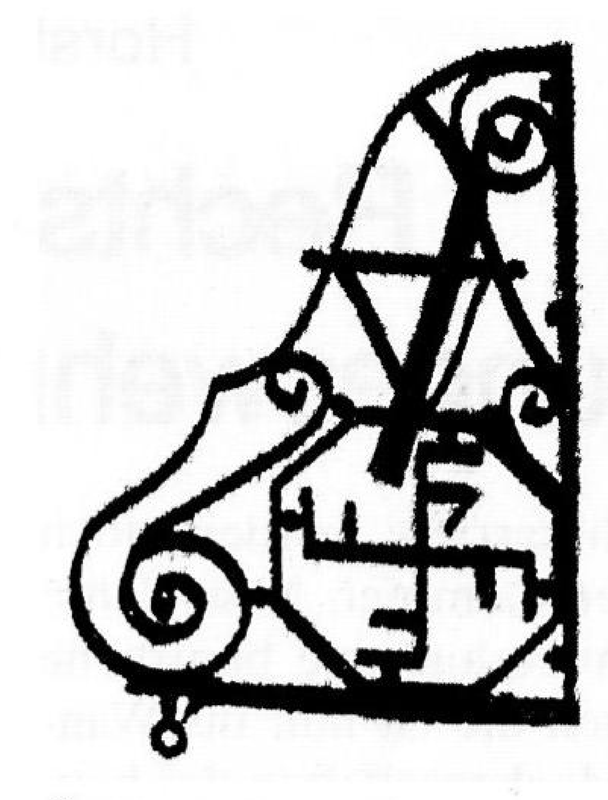
Eine gleiche Generation turne.

Joachim Ringelnatz, Turnermarsch, 1920

deutlicher: "Österreich bleibt deutsch". Der damalige "Freiheitlichen"-Obmann, so ein Haider-Biograph, habe den Nachwuchsredner wegen seines Vortrags prompt ins Herz geschlossen und ihn in die Parteiarbeit eingeführt. Die fruchtbare Wechselwirkung zwischen der Haider-Partei und dem ÖTB besteht bis heute.

Darauf allerdings mag sich der ÖTB nicht beschränken. Der Verband, dessen "Bundesturnschule" in Ried/Innkreis zumindest bis 1992 zwei große schmiedeeiserne "Zunftzeichen" zierten, bei denen die Jahn'schen vier F's (Frisch, Fromm, Fröhlich, Frei) zum Hakenkreuz arrangiert waren, ist – wie das "Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus" nachweist – in vielen Gassen heimisch, wo frisches, (deutsch)frommes, fröhliches faschistisches Treiben möglich ist: "Die dank ihrer Mitgliederzahl (ca. 70.000), ihrer organisatorischen Verankerung in ganz Österreich und ihres Ansehens heute wichtigste Organisation des Deutschnationalismus und Rechtsextremismus ist der (...) ÖTB, der aufgrund seines Selbstverständnisses (...), seiner weitreichenden Verbindungen, seines ideologisch fundierten Funktionärekaders (...) und seiner ideologisch eindeutig positionierten Publikationen und Organe dem Rechtsextremismus zuzuordnen ist, ohne daß die große Zahl seiner nur am Turnen interessierten Mitglieder als rechtsextrem anzusehen ist. Der ÖTB ist nach seinem Selbstverständnis keine Sportorganisation, sondern reklamiert einen umfassenden "Erziehungs- und Bildungsanspruch eines nationalbewußten völkischen Vereines" für sich." Dies alles unter Berufung auf den "Turnvater" **Friedrich Ludwig Jahn** (1778 – 1852), von dem unter anderem der schöne Spruch stammt: "Polen, Franzosen, Pfaffen, Junker und Juden sind Deutschlands Unglück". Das mit den Junkern kann Großgrundbesitzer Haider anscheinend verschmerzen.

"Für die Charakteristik des ÖTB", so das



ÖTB: Frisch-Fromm-Fröhlich-Frei zum Hakenkreuz arrangiert.

"Handbuch" weiter, "ist auf ein rechtskräftiges Urteil des Landesgerichts für Strafsachen Wien vom 23. 4. 1981 zu verweisen, in dem ausdrücklich von ‚nationalsozialistischer' Tendenz und Ideologie die Rede ist." Die Münchner Grünen hatten bei ihrem Stadtrats-Antrag die "Handbuch"-Erkenntnisse ausführlich eingebracht – auch das darin enthaltene Kapitel zum "Turnvater" Jahn als Wegbereiter und Stichwortgeber für die NS-Herrschaft. Beeindruckt hat das die Stadtratsmehrheit nur unzureichend, den Deutschen Turnerbund wohl gar nicht.

Beim näheren Betrachten der von ihm veröffentlichten "Chronik der deutschen Turnfeste" (ebenfalls in der SZ-Sonderbeilage) fällt dann bei aller Selbstkritik in Teilbereichen und Distanzierungen von Jahn doch auf, daß manches wieder einmal unter den Tisch fällt; allein, wenn es um Turnfeste geht, die in München stattfanden. 1923 etwa die Rede des Generals Ludendorff, der von den Turnern "deutsche Art, Zucht und Wehrkraft" forderte, bevor er dann wenige Monate später gemeinsam mit Hitler diese mit dem November-Putsch einführen wollte. Oder 1958: Ein "Fest der Bewährung" sei das gewesen und der damalige Bundespräsident Theodor Heuss habe eine Ansprache für ein "humanes, liberales Menschenbild" gehalten. Schon möglich – dieses Turnfest war aber gleichzeitig eine Parade der "Landsmannschaften" für die "Rückgewinnung deutscher Ostgebiete". Auch damals war der ÖTB dabei und marschierte unter der Losung: "Das ganze Deutschland soll es sein!"

Es sei noch einmal festgehalten: Das diesjährige Deutsche Turnfest in München war bunt, fröhlich und Gäste aus aller Welt und Einheimische verstanden sich prächtig. Ein "Event" halt. Chauvinistische und reaktionäre Töne blieben aus – oder fanden nicht den Weg in die Medien. Denen war ohnehin die spannende Auseinandersetzung zwischen den lokalen Brauereien und dem Deutschen Turnerbund wichtiger – weil der nicht vom Bremer Bier-Sponsor lassen wollte. Irgendwo muß aber nach wie vor ein Bedarf bestehen, die alten Fahnen hochzuhalten, wie die Einladung an den ÖTB gezeigt hat. Jenen Kräften im Deutschen Turnerbund, die davon wirklich nichts halten, sei unterstützend gesagt: Die Rolle rückwärts ist eine unansehnliche Übung – und der flüchtige Handstand (in diesem Falle ein bißchen Selbstkritik zu früheren völkisch-nazistischen "Auswüchsen") macht sie kaum schöner.

(**Quellen:** Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (Hg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, Wien 1993; Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Neugebauer, Haider und die "Freiheitlichen" in Österreich, Berlin 1997; Tatblatt, Wien, Nr. 94 und 95/1998; "Sonderveröffentlichung des Deutschen Turner-Bundes" in: Süddeutsche Zeitung, München, 6./7. Juni 1998)

Horst Freires

Rechtsradikaler Bundeswehrkommandeur

Es sollte eine Politkarriere werden, doch die bekam 1989 einen Dämpfer. Neun Jahre später bahnte sich immerhin eine berufliche Karriere an, doch auch die ist nun ins Wanken geraten, als die Machenschaften des heute 40jährigen **Andreas Proksa** wieder in Erinnerung gerufen wurden. Ein Disziplinarverfahren zieht sich jetzt schon seit Monaten hin. Gegenstand: Die braunen Tupfer, mit denen der Gummersbacher seine Meinungen zum besten gab.

Für Verteidigungsminister Volker Rühe ist es sicherlich wieder nur einer der vielen "Einzelfälle". Doch diesmal hat die Sache mehr Brisanz, handelt es sich doch um einen Parteikollegen der Hardthöhen-Ministers und dazu noch um einen gerade ins Amt eingeführten Bataillonskommandeur, also um einen hohen Offizier, und nicht um einen "08/15" (x-beliebigen) Wehrpflichtigen.

Darf jemand mit folgendem braunen Gedankengut Vorgesetzter von 1000 Soldaten, darunter 600 Wehrpflichtigen sein? Im „Ostpreußenblatt" (Aug. '82) verreißt CDU-Mann Proksa Ausgaben der von der Bundeszentrale für politische Bildung herausgegebenen Zeitschrift "Politische Zeitung" (PZ). Zitat: "Eine Landkarte in PZ, überschrieben mit 'Kriegszerstörungen in den deutschen Städten', trägt in Kleinstschrift den Vermerk 'Grenzen von 1949' und zeigt nur das Gebiet von Bundesrepublik und DDR. Die Ostgebiete gibt es dort nicht mehr. Breslau, Kattowitz, Königsberg, Memel usw. sind für die PZ keine deutschen Städte. Karte und Vermerk legen dem Leser nahe, daß jede andere Auffassung indiskutabel sei - und sind tatsächlich doch selbst indiskutable Manipulationen, zumal es niemals irgendwelche Grenzen von 1949 gegeben hat, sondern die völkerrechtlich gültigen Grenzen die des ganzen Deutschen Reiches sind." Bei solchen Veröffentlichungen darf man sich auch nicht wundern, woher Proksa seinerzeit seine Erkenntnisse bezog. Er war Abonnent der "Bauernschaft" von Auschwitz-Leugner **Thies Christophersen**.

In den 80er Jahren griff der Jurist auch für das rechts-konservative Theorieorgan "Criticon" zur Feder. Unter anderem beklagte er sich in seinen Beiträgen über die Laschheit der Union und des RCDS gegenüber politisch linken Gegnern. Auch sonst agitiert er polemisch gegen die Linke und lobt den "Ring freiheitlicher Studenten" (RfS), eine rechtsradikale Studierendenorganisation. Proksa selbst war Mitglied beim 1979 gegründeten RfS. Überhaupt war er in seiner Studienzeit publizistisch sehr rege. So war er Redaktionsmitglied des rechtslastigen Magazins "student". Dort finden sich Beiträge Proksas in den Jahren 1976 und 1978. Auch 1985 war Proksa noch für die rechtsradikale Zeitschrift tätig. Verantwortliches Redaktionsmitglied war seinerzeit unter anderem **Rolf Schlierer**, heute Bundesvorsitzender der rechtsextremen „Republikaner". Weggefährte Proksas in der Jungen Union und beim "student" wir übrigens **Markus Beisicht**, der wegen seiner „Republikaner"-Aktivitäten von der CDU herausgeworfen wurde und später bei der "Deutschen Liga für Volk und Heimat" landete.

1989 wurde er als persönlicher Referent und Pressesprecher des Oberkreisdirektors des oberbergischen Kreises eingestellt und fiel dort durch seine rechtslastigen Tendenzen derart negativ auf, daß er den Posten schnell wieder verlassen mußte. Eleganterweise kündigte er selbst. Einen Kollegen zog er 1990 dennoch vor Gericht - wegen Verleumdung und übler Nachrede. Doch der Schuß ging nach hinten los. Das Gericht mit Vorsitz eines CDU-Mitglieds sprach seinerzeit der Angeklagten frei. Wörtlich heißt es in dem Urteil: "Somit hat sich die Behauptung des Angeklagten, der Zeuge Proksa vertrete rechtsextreme Ansichten, grundsätzlich als wahr erwiesen."

Dieser Proksa, der vor ein paar Jahren noch mit populistischem Stammtischgerede in einem Restaurant seiner Heimatstadt auffiel, wurde am 26. März zum Kommandeur des III. Bataillons des Luftwaffenausbildungsregiments I in Heide berufen. Einen Monat später kam seine braune Vergangenheit ans Tageslicht. Seitdem prüft das Luftwaffenamt in Köln den Vorgang. Proksa wurde aus Heide abgezogen. „Die Bundeswehr will den Fall zügig abwikkeln, und da ist es praktischer, wenn Proksa vor Ort ist", so ein Sprecher der Dienststelle in Köln. Proksa kann sich freuen: Als Gummersbacher ist er zur Zeit "heimatnaher" untergebracht, um in der Bundeswehrsprache zu bleiben: Er ist derzeit "Heimschläfer".

Antifa-Outing von Thekla Kosche


Th. Kosche

Unter dem Motto: „Die braunen Drahtzieher öffentlich machen - Kein Fußbreit den Faschisten" demonstrierten am 13.6. in Bad Segeberg ca. 300 AntifaschistInnen gegen die Neofaschistin **Thekla Kosche**.

Ein massives Polizeiaufgebot begleitete die friedliche Demonstration durch die Innenstadt, im Wanderkessel.

Festnehmen mußte die Polizei aber Kosche und 20 ihrer Kameraden, die am Rande der Demonstration störten und versuchten, Fotos zu machen. In der Segeberger Zeitung beklagte sie sich über die „Diffamierung" und „Pogromstimmung" gegen sie und versicherte, „schon mehrmals Ziel von Anschlägen" gewesen zu sein

Zeitgleich zu der antifaschistischen Aktion, verteilten in der Innenstadt ca. 30 Neonazis eine Flugschrift, in der sich Kosche als „Opfer des roten Terrors" darstellt.

Mittlerweile hat Kosche, die sich selbst als Nationalsozialistin versteht, ihren Arbeitsplatz verloren, wie sie im Thule-Netz beklagt: „Die Antifa-Demo in Segeberg zeigt Wirkung, meinen Arbeitsplatz bin ich schon los".

Waffenfunde

Nachtrag zum Artikel "Sinning in Bayern – ein neues Nazi-Zentrum wie Hetendorf? in DRR Nr. 51/1998:

Am 23. Und 24. Juni fanden in Bayern und Rheinland-Pfalz polizeiliche Razzien in neofaschistischen Stützpunkten statt. Einer dieser Stützpukte war das Anwesen von **Anton Pfahler** im bayerischen Dorf Sinning, seit über einem halben Jahr Redaktions- und teilweise Produktionsort des NPD-Organs "Deutsche Stimme". Gefunden wurden schwere Waffen und Nazi-Propagandamaterial. Der 52jährige Militaria-Händler Pfahler, über dessen "heidnisch"-rassistisches Siedlungsprojekt in Sinning und seine Querverbindungen zu militanten und terroristischen neofaschistischen Gruppen und Personen wir ausführlich berichtet hatten, wurde festgenommen. Neben ihm wurden zwei weitere Neonazis, 22 und 28 Jahre alt – ihre Namen waren bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt – in Bayern verhaftet. Die Verhaftung des NPD-Mentors Pfahler beweist einmal mehr, wie eng diese neofaschistische Partei ins terroristische braune Netzwerk eingebunden ist – und warum sie unverzüglich verboten gehört und ihre Aktivitäten unterbunden werden müssen. Es darf mit Spannung abgewartet werden, ob die zuständigen Behörden dies auch so sehen.

Neonazi-Demo unter geklautem Namen

Am 13.6. hatte in Lüneburg die „Initiative Arbeitsuchende" eine Demonstration angemeldet. Nur die „Initiative" wußte von nichts. Stattdessen marschierten am Samstag Vormittag in der Innenstadt, geführt von **Christian Worch** und **Thomas Wulff**, an die 70 „Freie Nationalisten". Motto der Demo unter falschem Namen: „Arbeit zuerst für Deutsche".

Die Neonazis waren aus Hamburg, Hameln, Bremen, Bielefeld und den neuen Bundesländern angereist. Vor dem Arbeitsamt, dem Gewerkschaftshaus und auf dem Marktplatz hielt Worch eine Rede zum Thema „nationale Wirtschaftspolitik", in der er u.a. „die SPD als Vaterlands- und Arbeiterverräter" bezeichnete, und „die Ausländer als Sozialschmarotzer" betitelte.

Nach 2 Stunden beendeten sie ihre Aktion, die zu spontanen Protesten führte. „Nazis raus" riefen PassantInnen, so daß die Rede kaum zu vernehmen war und Oberbürgermeister Ulrich Mädge versuchte, Worch das Megaphon abzunehmen. Im Anschluß formierte sich eine Gegendemonstration.

Lüneburgs Polizeichef Röhmhild versicherte: „Der Mann, der die Demo angemeldet hat, hat sich als Vertreter der Initiative Arbeitsuchender ausgegeben".

Samuel Salzborn

Strategische Entscheidungen

Präsidentschaftswahl beim „Bund der Vertriebenen“

Erika Steinbach (CDU-MdB) ist neue Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV). Die 54jährige wurde am Samstag, den 2. Mai bei der BdV-Bundesversammlung in Berlin als erste Frau in der Geschichte des Verbandes in dieses Amt gewählt. Sie ist seit 1995 stellvertretende Vorsitzende der „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung“ (OMV) der Union und seit 1998 Vorsitzende des Kuratoriums der „Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen“. Steinbach liegt politisch auf der Linie ihres Amtsvorgängers Fritz Wittmann (CSU), der aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Wahl stand.

Der 1933 geborene Jurist aus München, **Fritz Wittmann**, ist seit 1971 Mitglied des Bundestages und hat eine klassische Parteikarriere hinter sich: Vom bayerischen Landessekretär der „Jungen Union“ (JU) über den Landesvorsitz des „Rings Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS) in Bayern bis hin zum Ministerialrat im bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung. Der Oberst der Reserve (Heer) war im Bundestag auch als Vorsitzender des Verteidigungsausschusses tätig. Zudem ist er stellvertretender Bundesvorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL) und Landesvorsitzender des BdV in Bayern. Nach Angaben der „Academia. Zeitschrift des Cartellverbandes der katholischen deutschen Studentenverbindungen (CV)“ Nr. 4/94 gehört Wittmann auch der CV-Verbindung „Tuiskonia München“ (TsM) an.

Seine rechtskonservative, in der Union verankerte Politik an der BdV-Spitze wird sich durch die Wahl von **Erika Steinbach** nicht ändern. „Wer glaubt, wir deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler seien heute zahnlose Tiger und taugten nur noch als Dekorationsstücke in Heimatstuben, der irrt gewaltig“, stellte Steinbach in ihrer Antrittsrede fest. Gegenüber dem „stern“ konkretisierte sie: „Engagiert man sich für von Rotarmisten vergewaltigte deutsche Frauen und deutsche Heimatvertriebene, gilt das als revanchistisch. Das ist National-Masochismus. Ich werde mich vor dem Zeitgeist nicht ducken“. Und im Interview mit dem „Focus“ erklärte die Bundestagsabgeordnete, daß es den „Vertriebenen“ um die „grundsätzliche Rückkehrmöglichkeit, um das höchstpersönliche Heimatrecht“ gehe.



CDU-Rechtsaußen Erika Steinbach

Bei der Präsidentschaftswahl gegen Steinbach angetreten war **Hans-Günther Parplies**, BdV-Landesvorsitzender in NRW. Parplies war bereits in der letzten Amtsperiode einer von sechs BdV-Vizepräsidenten und gehört zusammen mit **Wilhelm von Gottberg** und **Paul Latussek**, beide ebenfalls Stellvertreter Wittmanns, zu den Kräften im BdV, denen die unionsorientierte BdV-Linie als nicht völkisch-national genug gilt. Sie waren es, die nach dem „Tag der Heimat“ 1996 die Rede des Bundespräsidenten Roman Herzog, der während der Veranstaltung als „Vaterlandsverräter“ tituliert worden war, in einer Presseerklärung angriffen und sich damit öffentlich gegen die allgemeine Verbandslinie stellten. Sie stehen für die Strömung im BdV, die die Union stets von rechts attackiert: Von Gottberg steht an der Spitze des neben der „Sudentendeutschen Landsmannschaft“ aktivsten und einflußreichsten Zusammenschlusses innerhalb des BdV, der „Landsmannschaft Ostpreußen“ (LO). Die LO verfügt mit der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) zwar nicht über den einzigen Jugendverband im BdV, aber über den umtriebigsten. Ganz zu schweigen davon, daß die LO erfolgreich an der sprachlichen und kulturellen Eindeutschung ehemaliger Ostgebiete arbeitet. So sprach von Gottberg vor gut einem halben Jahr sehr treffend davon, daß „das Königsberger Gebiet am Tropf der Bundesrepublik“ hänge. Der LO-Sprecher bildet in einer Hinsicht auch eine Ausnahme: Er versteht es, wenn es aus strategischen Gründen verbandsintern notwendig scheint, zu schweigen und sich so nicht im BdV unbeliebt zu machen. Konsequenterweise wurde er als Vizepräsident in seinem Amt bestätigt.

Weniger zurückhaltend agiert Paul Latussek, Referent der „Gesellschaft für freie Publizistik“, Autor in zahlreichen neofaschistischen Publikationen, stellvertretender Bundesvorsitzender des „Bundes Freier Bürger - Offensive für Deutschland“ und Anfang des Jahres Interviewpartner der „Deutschen Wochenzeitung“ des DVU-Chefs **Gerhard Frey**. Der Dritte im Bunde, Hans-Günther Parplies, war bis Anfang des Jahres Geschäftsführer der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat“ (OKR) und gehörte zu den Unterzeichnern des geschichtsrevisionistischen Aufrufes „8. Mai 1945 - Gegen das Vergessen“, der im April 1995 in der FAZ publiziert worden war. Der BdV-Landesverband Nordrhein-Westfalen, dem Parplies vorsteht, zeichnete Latussek zu Beginn des Jahres mit der „Ernst-Moritz-Arndt-Plakette“ für dessen Verdienste beim Aufbau des BdV in den neuen Bundesländern aus: Im Zuge der Eröffnung der „6. Ostdeutschen Kulturtage“ des BdV-Landesverbandes Thüringen, dem Latussek vorsteht, beteiligten sich denn auch die „Burschenschaft Germania Hamburg“, die „Burschenschaft Libertas Brünn zu Aachen“ und die „Burschenschaft Rheinfranken“ an dem „Bekenntnis zu Deutschland“ am 25. April 1998 am Burschenschaftsdenkmal in Eisenach. Von der „Burschenschaft Rheinfranken“ ist Latussek für den 16. Juli auch zum Referat nach Marburg geladen.

Bei den Neuwahlen des Präsidiums wurde Latussek nun nicht in das Amt des Vizepräsidenten wiedergewählt, bleibt aber über die Wahl durch die „Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände“ BdV-Präsidiumsmitglied. Neben Parplies und von Gottberg, die beide in ihren Ämtern bestätigt wurden, bekleiden **Hans Sehling** (Präsident der Bundesversammlung der „Sudentendeutschen Landsmannschaft“), **Adolf Fetsch** (stellvertretender Vorsitzender „Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland“), **Rudolf Meinl** (CDU-MdB) und **Kurt J. Rossmanith** (stellvertretender Vorsitzender der „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU“) die weiteren Ämter der Vizepräsidenten. Rossmanith ist übrigens der CSU-Bundestagsabgeordnete, über den das Landgericht Kempten geurteilt hat, daß es legitim sei, ihn als „Nazi-Fan“ zu bezeichnen, weil er den Nazi-General Eduard Dietl als „Vorbild in menschlichem und soldatischem Handeln“ bezeichnet hatte.

Bei den BdV-Wahlen dürfte die bevorstehende Bundestagswahl im Herbst eine strate-

gisch wichtige Rolle gespielt haben: Wenn die SPD die CDU/CSU als Regierungspartei ablösen sollte, dann dürften Haushaltskürzungen bei den Bundesmitteln einsetzen, die den „Vertriebenen" zur Verfügung stehen. Und ein BdV-Präsidium mit Parplies als Präsidenten und Latussek als Vizepräsidenten hätte da verständlicherweise schlechtere Ausgangspositionen gehabt als ein uniondominiertes. In diesem Zusammenhang dürfte auch die Nichtwahl von Parplies und die Abwahl von Latussek zu sehen sein.

Daß Latussek mit Blick auf die Bundestagswahl und die Finanzmittel, die dem BdV aus dem Bundeshaushalt zur Verfügung stehen, eine strategische Gefahr für den „Bund der Vertriebenen" dargestellt hätte, wäre er Vizepräsident geblieben, zeigte das Wochenende nach der BdV-Bundesversammlung: Am 9. Mai fand auf dem Haus der „Burschenschaft Arminia auf dem Burgkeller zu Jena" der zweite Bundeskongreß der „Wählergemeinschaft Deutscher Heimatvertriebener und Entrechteter" (WDHE) statt, der Latussek vorsteht. Die WDHE beschloß bei ihrer Versammlung mit knapper Mehrheit, keinen Parteienstatus anzunehmen. Stattdessen soll die WDHE als „Wahlhilfeverein" für den „Bund Freier Bürger - Offensive für Deutschland" zum Einsatz kommen - so zumindest formulierte es **Erwin Hain**, Mitglied des Gründungsausschusses der WDHE-Vorgängerorganisation bitterböse nach dem Bundeskongreß. Zusammen mit neofaschistischen Organisationen wie der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" (DLVH), der „Notverwaltung des deutschen Ostens" und der „Vereinigten Rechten" (VR) ruft die WDHE nun zu einer vermeintlichen Großdemonstration am 3. Oktober in Berlin auf.

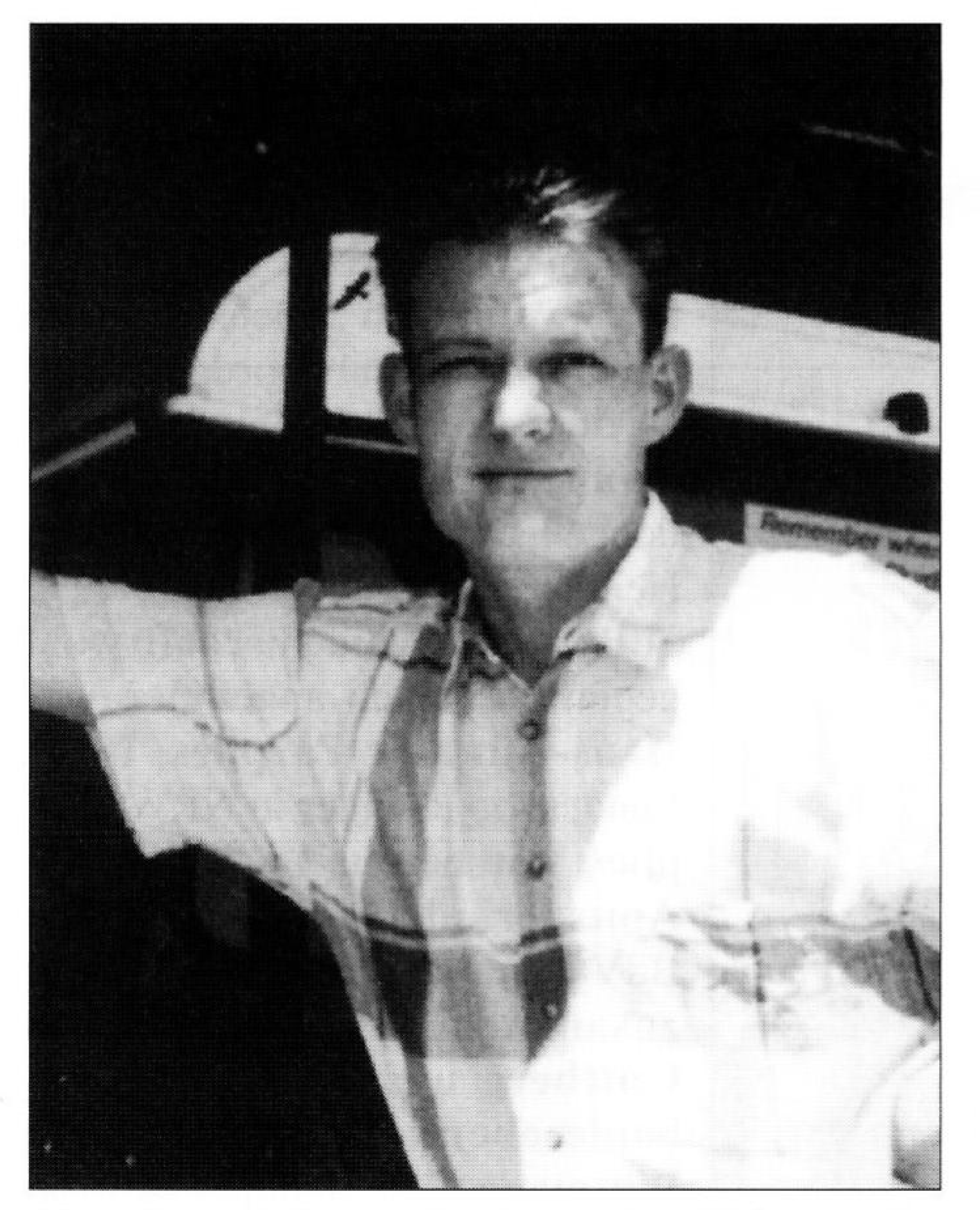
Lars Kohn

„Vertriebene" ehren Neofaschisten

Preisverleihung der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat"

Die „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat" (OKR) hat am 6. Mai ihren Wissenschaftspreis für Dissertationen in der Universität Bonn verliehen. Die 1950 gegründete Stiftung würdigt mit ihrem Preis Arbeiten, die sich mit „Geschichte und Kultur der Vertreibungsgebiete und ihrer deutschen Bevölkerung innerhalb und außerhalb der alten Reichsgrenzen von 1937 und der deutschen Siedlungsgebiete" auseinandersetzen.

Einer der Preise ging an den Neofaschisten **Claus Nordbruch** aus Südafrika. Bei der Feierlichkeit war neben OKR-Stiftungspräsident **Herbert Hupka**, der in diesem Jahr in seinem Amt als Vorsitzender der „Landsmannschaft Schlesien" bestätigt wurde, auch die neugewählte Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen" (BdV), **Erika Steinbach** (CDU-MdB) anwesend. „Das Fatale an der Political Correctness für die Meinungsäußerungsfreiheit" sei, so Nordbruch, daß „manche Auseinandersetzungen und Diskussionen von vornherein nicht oder nur in Form einer Diffamierungskampagne oder eines Schauprozesses stattfinden können." Und so muß es der Rechtsradikale auch als unangenehm empfunden haben, daß Antifaschistinnen und Antifaschisten gegen die Preisverleihung in den Räumlichkeiten der Bonner Universität protestierten. Daß er sich hingegen die Auszeichnung der OKR redlich verdient hat, zeigt ein Blick auf sein sonstiges Schaffen: Per Kleinanzeige in „Europa Vorn" suchte Nordbruch Ende des vergangenen Jahres nach Autoren, die sich an einer Anthologie beteiligen wollen, die „sich mit den Motiven der Deutschen befaßt, sich dem Christentum abzuwenden", wobei das „vermehrt zu vernehmende Bekenntnis" zu „Atheismus und germanischer Mythologie" eine ebenso entscheidende Rolle spiele, wie die „Zuwendung zu fernöstlichen Religionen".



Von der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat" geehrter Neofaschist: Claus Nordbruch.

Im „Eckartboten" der deutschtümelnd-antisemitischen „Österreichischen Landsmannschaft" wendet sich der OKR-Preisträger in der März-Nummer 1998 gegen die Legalisierung der Abtreibung in Südafrika, wo sich Nelson Mandela über den „Willen der Völker" hinwegsetze und den „typischen schwarzafrikanischen Chaosstaat" vorbereite. Das langfristige Ziel der Republik Südafrika, in der „sämtliche einflußreichen Posten in Staat und Wirtschaft" von Kommunisten besetzt seien, sei, so Nordbruch, „die totale Umerziehung eines Volkes, auf daß es nie wieder wagen möge, seine Rechte, wie z.B. das auf Selbstbestimmung, zu fordern". Dieses Volk, die „Buren", sei der Gefahr der „Einimpfung eines Schuldkomplexes" und der „Garantie auf eine Knechtschaft von Generationen" unter dem Motto „Kuschen und zahlen" ausgesetzt. Das Buch „Ein Nationalstaat für Buren", so war einer Werbeanzeige in der völkisch-nationalistischen Wochenzeitung „Junge Freiheit" zu entnehmen, sei eine „gut lesbare Untersuchung". Auf „außergewöhnliche Weise" werde sowohl die „unaufhaltsame Zersetzung des heutigen Südafrikas" dargestellt, als auch der für Südafrika „einzig mögliche Weg zum Frieden" aufgezeigt. Und der bestünde in der „Auflösung des südafrikanischen Einheitsstaates bei gleichzeitiger Schaffung ethnischer autonomer Staaten". Die „Alternative zum Chaos" bestehe in der „Schaffung eines eigenen Nationalstaates für jedes Volk". Der Verfasser, so heißt es in der Anzeige, lege die „verschiedenen Vorstellungen bezüglich eines Burenstaates" dar. Der Verfasser des Buches heißt selbstverständlich Claus Nordbruch. Im vergangenen September referierte der OKR-Preisträger denn auch beim 21. Südafrika-Seminar des „Hilfskomitees Südliches Afrika". Sein Thema dort: „Wie realistisch ist der Traum vom Buren-Volksstaat?" Daß Nordbruch Autor im neofaschistischen Theorieblatt „Nation & Europa" (NE) und im „Ostpreußenblatt", dem Organ der „Landsmannschaft Ostpreußen", ist, versteht sich von selbst. Auch beim diesjährigen Jahreskongreß der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) in Gera steuerte Nordbruch ein Referat zum Thema „Sind die Gedanken noch frei?" bei.

Doch damit nicht genug: In der „Nordischen Zeitung" der „Artgemeinschaft - Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung" ist Nordbruch ebenfalls Autor, wie auch Anzeigenkunde. Und in der geschichtsrevisionistischen Postille „Recht und Wahrheit" von **Georg Albert Bosse** gehört Nordbruch in der Ausgabe Juli/August 1997 neben anderen, wie z.B. **Christian Worch**, auch zu den Autoren.

Nach Eigenangaben geht es Nordburch darum, „gegen Denkverbote anzukämpfen", denn „nicht jeder, der über einen Judenwitz lachen kann, ist aber notwendigerweise gleich ein Verbrecher" - die „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat" erhält in diesem Jahr mehr als eine Million Mark aus dem Bundeshaushalt. Die bündnisgrüne Abgeordnete Annelie Buntenbach, die in der 234. Sitzung des Bundestages am 6. Mai in einer Fragestunde Auskunft zu den Umtrieben des OKR-Preisträgers erhalten wollte, wurde vom Parlamentarischen Staatssekretär **Eduard Lintner**, selbst aktiv in der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" (SL), abgeblockt: Die Bundesregierung sehe „keinen Anlaß zu Konsequenzen hinsichtlich der Förderung der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat".

Samuel Salzborn

Endlich fünfzig!

„Landsmannschaft Ostpreußen" begeht Jubiläum

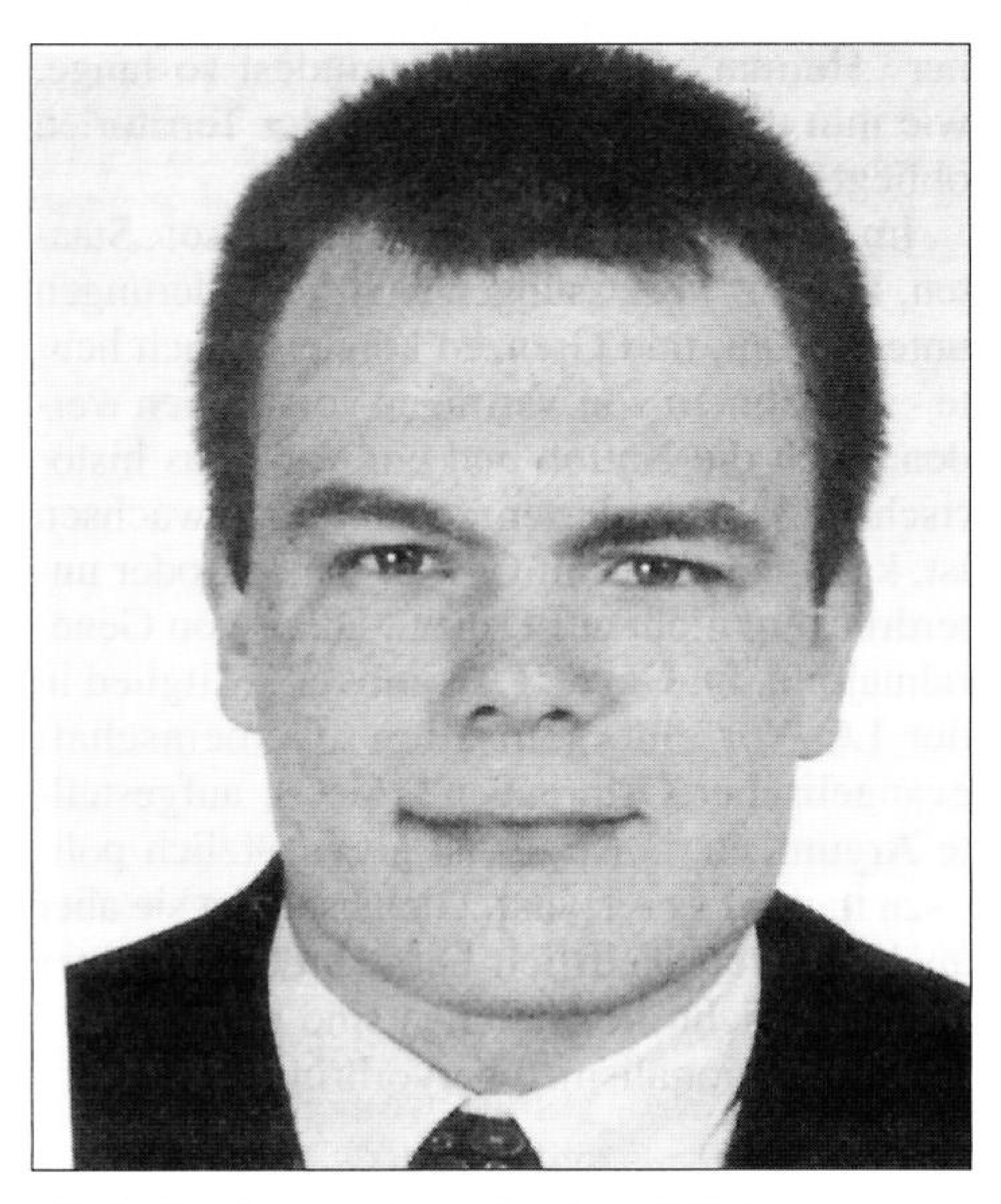
Während die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) über eine Öffnung hin zur „Deutschland-Jugend / JLO" debattiert, wird ihre Mutterorganisation, die „Landmannschaft Ostpreußen" (LO) in diesem Jahr fünfzig Jahre alt. Beides zeigt erneut, was keine neue Erkenntnis ist: Deutsche „Heimatvertriebene" sterben nicht aus.

Die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) hat in der Mai-Ausgabe ihrer unregelmäßig erscheinenden Mitgliederzeitung „Fritz" die Debatte um eine Öffnung der Organisation an die „Basisgruppen" weitergegeben: Nach einem Beschluß der JLO-Bundesversammlung, die Ende November letzten Jahres in Würzburg stattgefunden hatte, sollen die Mitglieder über die Zukunft des Jugendverbandes der „Landsmannschaft Ostpreußen" (LO) entscheiden. Die „beiden maßgeblichen Marschrouten", so der ehemalige JLO-Vorsitzende **Bernhard Knapstein**, ließen sich unter „Aufbau einer Deutschland-Jugend - für ein Deutschland mit Ostpreußen" und unter „Nutzung der Kernkompetenz - von Ostpreußen aus für Deutschland" subsumieren.

Die erste Variante für die künftige Orientierung der JLO geht dabei von der Analyse aus, daß die „Bedeutungslosigkeit auch der Ostpreußen", also derer, die tatsächlich noch an den Umsiedlungen durch die Alliierten teilgenommen haben, bevorstehen würde. Somit sei nur über die „Änderung der allgemeinpolitischen Lage" auch „eine Wende für Ostpreußen zu erreichen". Die Konsequenz: „Ein deutsches Ostpreußen könne es nur geben, wenn ein deutsches Deutschland fortbestehe". Und um dieses zu fundieren, müsse die JLO das „allgemeinpolitische Mandat, also das Recht zur Mitsprache in allen Fragen", erstreben. Für den Fall, daß diese Variante sich durchsetzen sollte, stünde auch eine Namensänderung in „Deutschland-Jugend / JLO" an.

Die zweite in der JLO diskutierte Variantewill die „Kernkompetenz nutzen" will, die darin bestehen soll, daß „keine Organisation das Thema Ostpreußen besser belegen kann als die JLO". In „allgemeinpolitischen Aktivitäten" wird die Gefahr gesehen, daß der „landsmannschaftliche Segen" sowie die damit verbundenen Gelder verloren gehen könnten. Die LO biete zudem „bisher den Schutz vor den Angriffen der linksliberalen und internationalistischen Parteien und Gruppierungen". Ein Abweichen von der strikt an „Ostpreußen" orientierten Arbeit könne außerdem zu „Massenaustritten" - die JLO zählt nach Eigenangaben derzeit etwa 1.200 Mitglieder mit steigender Tendenz - führen. Deshalb sei es erforderlich, das „Schützengrabensystem der Arbeitskreise" auszubauen. Zudem sei eine „Beteiligung an der Deutschlandbewegung" bereits vorhanden und könne weiter ausgebaut werden, „ohne den Schützengraben der Kernkompetenz Ostpreußen zu verlassen".

Eigentlich sind die beiden Modelle, die die JLO diskutiert, ein alter Hut. Anhand des Organs der Landsmannschaft Ostpreußen, dem „Ostpreußenblatt" (OB), ist bereits detailliert



JLO-Bundesvorsitzender René Nehring.

nachzuvollziehen, wie sich ein „allgemeinpolitisches Mandat" mit der „Kernkompetenz Ostpreußen" vereinbaren läßt. Neben den für das aussterbende Klientel der Aktivumgesiedelten (im LO/JLO-Jargon heißen diese „Erlebnisgeneration") bestimmten Berichten aus den „Heimatkreisen", über die „landsmannschaftliche Arbeit" und den Such- und Todesanzeigen, greift das „Ostpreußenblatt" gleichsam tagespolitische Geschehnisse auf und initiiert für die extreme Rechte wichtige Strategiedebatten. Außerdem ist klar, daß die „Vertreibung" eines der zentralen Themen des gesamten rechten Spektrums ist - stets verbunden mit Fragen nach Volkstum, Nation, Kultur, Geschichte und Sprache.

„Einsatz für die deutsche Volksgruppe in der Heimat, intensives Fahrtenleben und Mut zum politischen Bekenntnis zu Deutschland" wird dieses Konzept in einem aktuellen JLO-Papier übersetzt. **René Nehring**, seit November 1997 JLO-Bundesvorsitzender, hat den Umgang mit den beiden Strategiemodellen in einem internen Rundschreiben Anfang des Jahres auf den Punkt gebracht: „Sowohl Deutschland als Ganzes, als auch Ostpreußen als Teil dieses Ganzen sind Erbe und damit Auftrag *aller* Deutschen. Kein deutscher Stamm und keine gesellschaftliche Gruppierung hat das Recht, sich aus dieser Verantwortung zu stehlen. Die JLO muß daher im Gegenzug auch für alle politischen und landsmannschaftlichen Strömungen gesprächsbereit bleiben." (Herv. i. Org.) Der 22jährige weiß, wovon er spricht: 1996/97 studierte der Berliner für zwei Semester an der Staatlichen Universität Kaliningrad und ist somit bestens mit dem zu beackernden Terrain vertraut. Sein zweitens Standbein ist sein burschenschaftliches Engagement - er war erster Stipendiat der „Deutschen Burschenschaft" (DB) in Kaliningrad und ist in der „Burschenschaft Gothia Berlin" aktiv.

Auch die „Deutschland-Bewegung" von **Alfred Mechtersheimer** bleibt für die JLO attraktiv, wie im „Kernkompetenz-Ostpreußen"-Modell bereits benannt. Bei der letzten JLO-Bundesversammlung referierte der Starnberger „Friedensforscher" und traf dabei laut JLO den „Nerv der Delegierten": Das Ziel einer in der „Basis verwurzelten Deutschland-Bewegung" müsse es sein, das „Nationale" in den Mittelpunkt zu rücken. Und das will auch die JLO: Wie hatte es der erste JLO-Vorsitzende **Rüdiger Stolle** bei der Gründung des Jugendverbandes Anfang 1991 - die seinerzeit ebenfalls in Würzburg stattfand - ausgedrückt? „Nicht als Zeichen nationaler Überheblichkeit, sondern als Bekenntnis zu unserer Geschichte" - Stolle begründete seinerzeit mit diesem Satz nur, warum die JLO alle drei Strophen des „Deutschlandliedes" gesungen hatte.

„Landsmannschaftliche" Verrenkungen

Seit November vergangenen Jahres verfügt die LO über einen „Preußischen Mediendienst". Er soll für die LO-Wochenzeitung „Das Ostpreußenblatt" Literatur und Videos zu Politik, Geschichte und Kultur vertreiben. Betreut wird der Mediendienst vom neofaschistischen „Verlag Siegfried Bublies". Zum Angebot des „Bublies-Verlages" gehört das nationalrevolutionäre Periodikum „wir selbst", Bücher von Arthur Axmann, dem letzten Reichsjugendführer der Nationalsozialisten und Karl Dönitz, Oberbefehlshaber der deutschen Kriegsmarine und Nachfolger Hitlers. Verlagsleiter **Siegfried Bublies** hat seine Laufbahn bei der Jugendorganisation der NPD, den „Jungen Nationaldemokraten" (JN), begonnen und sich später den „Republikanern" (REP) zugewandt.

Der Sprecher der LO, **Wilhelm von Gottberg**, sieht im „Preußischen Mediendienst" die Unterstützung für eine „unabhängige, tolerante und aufgeklärte Geisteshaltung in Deutschland". Von wem der Mediendienst betreut wird, verschweigt er indes - wohlwissend, daß dies dem Ruf seines Verbandes schaden könnte. Stattdessen hätte die LO die folgenden Passagen gern als Teil einer Gegendarstellung in der „Frankfurter Rundschau" (FR), die über den „Preußischen Mediendienst" berichtet hatte, untergebracht gesehen: „Richtig ist, daß Vertriebenenfunktionäre der Landsmannschaft Ostpreußen keine Verrenkungen vorgenommen haben, um sich nach rechts abzugrenzen und eine Selbstreinigung zu vollziehen, weil eine Abgrenzung nach rechts nicht notwendig ist, da sie rechtsextremistische Positionen nicht vertreten hat und nicht vertritt." Des weiteren schrieb die LO munter in ihr Gegendarstellungsbegehr: „Richtig ist, daß der Verlag Siegfried Bublies nicht rechtsextrem ist." Beide Behauptungen der LO wurden nicht als Gegendarstellung veröffentlicht.

„Das 'Ostpreußenblatt' ist auf dem Wege zu einer großen überregionalen konservativen Wochenzeitung", stellte **Hans B. von Sothen** glücklich in einer Besprechung des „Ostpreu-

ßenblattes“ in der völkisch-nationalistischen Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) Mitte letzten Jahres fest.

Heute, nach dem Ende von „Stalinismus“ und „Hitlerismus“, so wiederum das „Ostpreußenblatt“, gelte es „die Fragen von Identität, Nation, sozialer Sicherung, Gemeinschaft und Individualität“ neu zu beantworten. Hierzu sollen die „Fundamente des völkischen Zusammenlebens“ gesichert werden, zu denen „ganz bestimmte Grundbegriffe, wie Ehre, Anstand, Sitte, Treue und Redlichkeit“ gehören. Des weiteren heißt es im LO-Organ, daß „im Volk und in der Sprache des Volkes der Mensch am unmittelbarsten angesprochen“ werde. Schlußfolgerung: „Das Volk kann daher als 'Heimat' des Menschen gedeutet werden.“ Klar, daß das „immer auch ein Sich-gegen-andere-Behaupten“ miteinschließt. Und deshalb kämpft das „Ostpreußenblatt“ auch gegen „eine Propaganda für unbeschränkte Einwanderung fremder Völkerschaften“. Denn: „Die meisten Einwanderer besitzen kulturell und verhaltensmäßig nicht die Voraussetzungen, um irgendwann deutsch zu werden, entstammen sie doch einem völlig anderen Kulturkreis. [...] Deshalb können wir uns einer Auseinandersetzung mit den Einflüssen, die unsere Kultur und damit unsere Identität bedrohen, nicht entziehen.“ Es sei aber auch so, daß „die verwirrten Deutschen von heute“ sich „moralisch“ auf „alles mögliche“ verpflichten lassen würden, allerdings nicht „auf die Pflege der Erinnerung an die Leiden des eigenen Volkes“. Nicht nur, daß es einige Menschen gibt, die die Verwendung des Begriffs „Vertreibung“ in bezug auf die Umsiedlung der Volks- und Grenzlanddeutschen in Folge des Nationalsozialismus für revisionistisch und Teil einer völkischen Propaganda halten, nein - auch mit der deutschen Sprache, dem Garant des deutschen Volkstums, sieht es laut OB schlecht aus: „Diese natürliche Ordnung - jedem Volk seine ihm eigene und gemäße Sprache - und damit ein unermeßlicher kultureller Reichtum der Erde, steht heute auf dem Spiel. [...] Immer mehr Völker erkennen diese Gefahr und ergreifen Maßnahmen gegen diese Bedrohung ihrer Identität. Nur die deutschen scheinen eine Ausnahme machen zu wollen.“ (Fehler i. Org.)

Ein perspektivisches Konzept, das auch im „Ostpreußenblatt“ intensiv diskutiert wird, ist die „geopolitische Orientierung“. Im Klartext wird ein regionalistisches bzw. völkisches Konzept des Partikularismus propagiert: „Mit den Russen könnten wir heute [...] auch über Kooperation im nördlichen Ostpreußen sprechen, über wirtschaftliche Hilfen, über Maßnahmen zu Schutz, Erhalt und Pflege deutscher Kulturgüter.“

Es handelt sich hier um zwei sich ergänzende Konzepte der deutschen Außenpolitik: das des völkischen und das des regionalistischen Partikularismus. Das erstgenannte, das auch Teil der praktischen Politik der „Landsmannschaft Ostpreußen“ ist, ist ein direkt deutschbestimmtes, das zweite eines, daß mittelbar deutscher Politik zugutekommt. Beiden gemein ist die Parzellierung von nicht unter deutscher Verwaltung stehenden Gebieten. Während die völkische Variante darum bemüht ist, historische und kulturelle Linien deutscher Identität zu erdenken, die den Vorstellungen von kultureller Hegemonie und ökonomischer Abhängigkeit dienen, geht die zweite staatlich-territorial orientiert vor. Hier besteht die Prämisse im politischen Autonomieprinzip, also der faktischen Abtrennung von einzelnen Regionen aus einem Nationalstaat (z.B. Baskenland von Spanien), was wiederum zur Schwächung desselben führt. Während durch die Umsetzung von regionalistischen Prinzipien die politische und militärische Potenz deutscher Gegner zunichte gemacht wird, erstellt die völkische Einflußnahme kulturell-sprachliche Hoheiten, die die parzellierten Gebiete zur ökonomisch freien Verfügung stellen. Militärische Landnahme wird so überflüssig, weil jedem die Wahl seiner „Heimat“ frei steht, zumindest so lange, wie ihm die de facto-Kontrolle der Territorien obliegt.

Im „Ostpreußenblatt“ liest sich das so: „Staaten, Länder, Verfassungen sind Veränderungen unterworfen, und Grenzen können - auch heute - im Rahmen von Verträgen verschoben werden, doch die Nation und ein Volk, das historisch in Jahrhunderten zusammengewachsen ist, kann man nur mit Gewalt trennen oder unterdrücken, nicht auf Dauer.“ Diese von Generalmajor a. D. **Gerd H. Komossa**, Mitglied in der LO-Vorfeldorganisation „Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen“ (GeO), aufgestellte Argumentationsfigur ist grundsätzlich politisch in der LO relevant. Gleichsam ist sie aber auch, wissenschaftlich betrachtet, schlichter Unfug: „Nicht die Nationen sind es, die Staaten und Nationalismen hervorbringen, sondern umgekehrt“, schrieb Eric J. Hobsbawm treffend in dem Standardwerk „Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780“.

LO-Sprecher von Gottberg formulierte im Interview mit der „Jungen Freiheit“ Ende Mai diesen Jahres die Forderungen der LO und lieferte die bei Komossa noch fehlenden ideologischen Denkmuster: „Das Menschenrecht auf die Heimat muß endlich auch für die deutschen Vertriebenen und deren Nachkommen realisiert werden. Diesen Personen muß ein unbeschränktes Rückkehrrecht in die Heimat eingeräumt werden. Damit von diesem Recht Gebrauch gemacht werden kann, müssen Rückkehrwillige die deutsche Staatsbürgerschaft behalten dürfen. Eigentumserwerb und ungehinderte Ein- und Ausreise müssen selbstverständlich werden. Zweisprachige Ortsschilder, eine staatlich geförderte Volksgruppenautonomie für Deutsche in den Regionen, in denen sie als Volksgruppe vorhanden sind, müssen in den betreffenden Staaten eine Pflichtaufgabe werden.“

Mitte Juli wird die „Landsmannschaft Ostpreußen“ in Berlin ihre fünfzigjährige Existenz offiziell feiern. Zur Charakterisierung der LO-Geschichte hat von Gottberg ebenfalls im JF-Interview einen Hinweis geliefert: „Wir warten schon lange auf eine offizielle Bitte um Vergebung durch Polen, Tschechien und Rußland für die völkermordartigen Vertreibungsverbrechen.“

Gerd Alt

Revanchistisches Geschrei und Wiederaufbau der „5. Kolonne“

Einmal mehr füllten die Positionen, die auf dem Pfingsttreffen der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ (SL) in diesem Jahr in Nürnberg verbreitet wurden, die Schlagzeilen der Zeitungen im In- und Ausland. 80-100.000 sogenannter Sudetendeutsche waren gekommen und lauschten den offen revanchistischen Forderungen von Spitzenvertretern der SL und der Führungsriege ihrer Schirmherren aus der CSU.

Waigel und **Stoiber** forderten zu Pfingsten in Nürnberg von Tschechien die Rücknahme der Benesch-Dekrete als Entree für die EU. Sie forderten damit die Rücknahme der Amnestie für das Vorgehen tschechischer Aktivisten gegen die Sudetendeutschen, jener „5. Kolonne“ NS-Deutschlands, kurz vor und nach dem Ende des 2.Weltkrieges. Sie forderten damit auch die Rücknahme der Enteignung der Sudetendeutschen, denn auch diese wurde durch die Benesch-Dekrete abgesichert. Was dies bedeuten würde, haben die Neofaschisten aus dem „Witikobund“ in der SL längst ausgerechnet. Einige 100 Milliarden DM stellen sie, die in direkter Nachfolge der Henlein-Faschisten stehen, Tschechien mit Zins und Zinseszins in Rechnung. Der Vorsitzende dieses rechtsextremen Zirkels in der SL, der Bundesbankdirektor **Horst Rudolf Übelacker**, hatte auf dem diesjährigen SL-Treffen ein Forum wie noch nie. Im größten Raum durfte Übelacker, der von der Deutsch-Tschechischen Versöhnungerklärung als „Verhöhnungserklärung“ spricht, seine Parolen verbreiten.

Revanchistisches Geschrei

Solch extrem revanchistische Positionen hatte man nicht erwartet, doch waren sie längst festgeklopft worden. **Erika Steinbach** (CDU-MdB), die neue Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), gab im BdV-Organ „Deutscher Ostdienst“ (DOD) die Linie vor, der Waigel und Stoiber auf dem Pfingsttreffen der SL folgten, ohne dabei auch nur um einen Deut den Konsens in ihrer Partei zu verlassen. „Zuerst müssen wir die Versteinerung der 'Nachkriegsrealitäten' (...) überwinden“, meinte Steinbach, um so ein tragfähiges Fundament für die EU zu schaffen. Dazu solle man die „Ordnung von Jalta hinter sich lassen“ und sich der „ungelösten Fragen der Vertreibung anneh-

men." Deutsches Interesse sei es „im jetzigen historischen Moment vor dem Beginn der Integration durch die Osterweiterung von EU und NATO klare Bedingungen zu formulieren." CSU-Generalsekretär **Bernd Protzner** kehrte in diesem Zusammenhang den deutschen Patriarchen im europäischen Haus heraus und meinte, die ost-/mitteleuropäischen Beitrittskandidaten müßten die europäische Hausordnung „ohne wenn und aber" akzeptieren und dürften nur „mit sauberen Schuhe" das europäische Haus betreten. Auch den Angriff Stoibers auf Klaus Kinkel hatte Steinbach bereits Wochen vor dem Pfingsttreffen formuliert. „Ein deutscher Außenminister hat bestmöglicher Anwalt seines Landes zu sein und Chancen zu nutzen, wenn sie sich bieten." Und um revanchistische Ansprüche durchzusetzen, sei „die Osterweiterung der EU eine nicht wiederkehrende Möglichkeit," belehrte zunächst Steinbach im DOD und dann Stoiber auf dem SL-Pfingsttreffen Kinkel. Nun hatte Kinkel aber schon einige Jahre zuvor sein außenpolitisches Lehrgeld bezahlt. Kinkel äußerte im Februar 1996 in Richtung Tschechien, die Bundesregierung habe „die Vertreibung der Deutschen nach Kriegsende immer als völkerrechtswidrig verurteilt. Sie hat die Potsdamer Beschlüsse nie als eine Rechtfertigung dieser Vorgänge angesehen." Diese Drohung Kinkels, die Forderungen nach Grenzrevision und Eigentumsübertragung an Deutsche beinhaltet, wurde verstanden und mit einer Großmachtsohrfeige quittiert. Die Siegermächte des 2. Weltkrieges kamen ob dieser Dreistigkeit zusammen und stellten gegenüber Kinkel klar, daß eine Revision des Potsdamer Abkommens auf ihren entschiedenen Widerstand stoßen wird. Nach weiteren Watschen seitens der Großmächte scheint dem Außenminister derzeit nicht der Sinn zu stehen. Er begnügt sich daher mit leiseren Tönen. Solche leise Töne sind aber nicht minder revanchistisch und gefährlich.

Der Wiederaufbau der „5. Kolonne"

Ausgangspunkt des Wiederaufbaus des Deutschtums in Tschechien und insbesondere in Polen ist die Forderung nach einem „Volksgruppenrecht" für Deutsche in Ost- und Mitteleuropa. Dieses „Volksgruppenrecht", dem sich die Staaten Osteuropas unterwerfen sollen, ist ein völkischer Gegenentwurf zum Völkerrecht und zielt darauf ab, andere Staaten völkisch oder neudeutsch ethnisch zu unterminieren. Das Volksgruppenrecht ist außenpolitischer Ausdruck eines spezifisch deutschen Rechtsverständnisses, des Ius Sanguinis, das in der Regel deutsche Abstammung fordert, um deutscher Staatsbürger sein zu können. Dieses Recht versucht Deutschland als europäische Hegemonialmacht seiner Einflußzone zu diktieren. Nicht ohne spezielles Interesse, denn mit diesem Rechtsverständnis läßt sich in mundgerechte völkische Brocken zerteilen, was einzuverleiben Option deutscher Außenpolitik bleibt. Tschechische und polnische Staatsbürger werden nach diesem Rechtsverständnis „Deutsche", so sie in ihrer Ahnenreihe „deutsches Blut" aufweisen können, und das deutsche Bundesministerium des Inneren (BMI) ist dann ihr Ansprechpartner.

Die Forderung nach einem solchen völkisch definierten internationalen Recht spricht aus dem BdV-Aufruf „Nur Gerechtigkeit schafft Frieden", den inzwischen etliche Rechtsextremisten, Revanchistenfunktionäre, Bundes- sowie Landtagsabgeordnete der CDU/CSU gemeinsam unterzeichnet haben. Eingefordert wird dort die „Schaffung gesicherter Volksgruppen-und Minderheitenrechte für Deutsche in der Heimat und für rückkehrwillige Deutsche".

„Wir Sudetendeutsche haben es in den über 50 Jahre seit der Vertreibung bisher verhindert, daß politisch oder rechtlich das letzte Wort über unsere Heimat gesprochen worden wäre".

(Aus der offiziellen Internet-Homepage der Sudetendeutschen Landsmann-

Nicht unmittelbar - dies würde die Öffentlichkeit in Tschechien sicherlich beunruhigen - sondern mittelbar über die von ihm abhängigen „Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) hat das BMI in Tschechien mit dem Wiederaufbau der deutschen Volksgruppe begonnen. Vom 20.-24. Mai 98 tagte der 43. Kongreß der FUEV in Prag. Organisiert hatte dieses Treffen die „Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien", wie sich die deutsche Volksgruppenorganisation in Tschechien z.Zt. nennt. Diese Landesversammlung, selbstverständlich Mitglied in der FUEV, hatte den Kongreß pikanterweise in den Räumlichkeiten der Prager Dependance von „Radio Freies Europa" organisiert. Der amerikanische Sender, der über gute Beziehungen zur SL verfügt, ist ein Relikt des Kalten Krieges und in seiner Münchener Hauptniederlassung beschäftigte diese Instrument zu Destabilisierung Osteuropas noch in den 70er Jahren eine unglaubliche Anzahl von bis zu 2.000 Redakteuren, politischen und sonstigen Mitarbeitern. Nun trifft sich also die FUEV, die ihre Kontinuität zur NS-Volksgruppenpolitik nicht versteckt, in den Räumen jenes Sender, der seine Wühlarbeit jetzt in den ehemaligen Feindstaaten fortsetzt.

Ein anderer, der weiß, wie man undercover Volksgruppenarbeit organisiert, hat sich mittlerweile an die Spitze der SL gearbeitet. Getarnt organisierte er im ehemaligen Jugoslawien, im Baltikum und in Tschechien Volksgruppenführer und andere Rechtsoppositionelle. Die Rede ist vom Vizepräsidenten der SL, **Bernd Posselt** (CSU), der diese Arbeit ausführte, als er noch im Europaparlament für den Paneuropa-Chef **Otto von Habsburg** tätig war. Inzwischen ist Posselt selbst MdEP und sein Steckenpferd, die volkstumspolitische Wühlarbeit nennt er heute „Volksdiplomatie". Diese „Volksdiplomatie" sieht er als den dritten Versuch in diesem Jahrhundert, Europa eine gerechte Ordnung zu geben. „Die beiden ersten Versuche - die Pariser Vorortverträge von 1919 wie auch die Konferenzen von Jalta und Potsdam 1945 - schafften dies nicht, sondern brachten millionenfach Tod und Unterdrückung", tönt es aus Posselt. Also nicht der NS-Vernichtungskrieg brachte millionenfachen Tod, sondern der Versuch der Entente den wilhelminischen Militarismus zu bändigen? Außerdem ist historischer Fakt, daß der NS-Krieg zur „Korrektur der Vorortverträge" mit subversiver Volkstumspolitik gegen Tschechien begann. Wohin führt also Posselts „Volksdiplomatie"?

Sie führt wohl zu dem, was sich die „Stiftung Sudetenland" auf ihre Fahnen geschrieben hat. Ziel dieser Stiftung, die von hochrangigen Funktionären des „Witikobundes" geführt wird, „ist die Unterstützung siedlungswilliger Deutscher bei ihrer Existenzgründung" in Tschechien. Sie sprechen vom „rechtmäßigen Siedlungsgebiet unseres Volkes", sie sprechen von dem, was sie als „Sudetenland" bezeichnen, das sie regermanisieren wollen. Wie man sich dies vorstellen muß, läßt sich in der kleinen Stadt Velka Hledsebe in der Nähe von Cheb, das die SL noch immer Eger nennt, nachvollziehen. Hier, in jener Stadt, in der der heutige Sprecher der SL, **Franz Neubauer** die Hitlerjugend besuchte, findet über Strohmänner der Aufkauf von Grundstücken statt, ganz im Sinne der „Stiftung Sudetenland", ganz im Sinne der Volksdiplomatie Bernd Posselts und ganz im Sinne des Wiederaufbaus einer deutschen Minderheit als „5. Kolonne" Deutschlands in Tschechien.

Geldstrafe für Volksverhetzer

Wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener wurde am 5. Mai 1998 der 72jährige Rentner **Günter Ostwald** vom Landgericht Lübeck zu einer Geldstrafe von 9000,-DM verurteilt. Bei Ostwald, der von Rechtsanwalt **Eisenecker** („Deutsches Rechtsbüro" und NPD) verteidigt wurde, waren im Frühjahr 1994 bei einer Hausdurchsuchung 4000 Exemplare verschiedener neofaschistischer Pamphlete beschlagnahmt worden, in denen der Holocaust geleugnet, bzw. verharmlost wurde.

Haft für FN-Politikerin

Zu einem Monat Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 30.000 Franc ist die FN-Vizebürgermeisterin der französischen Stadt Toulon, **Cendrine Le Chevallier**, wegen Diskriminierung am Arbeitsplatz verurteilt worden. Le Chevalier hatte in einem internen Schreiben verlangt, Stellen künftig nur noch an Bewerber zu vergeben, die FN-Anhänger oder politisch „völlig neutral" sind.

Stefan Peter & Matthias Rauch

Ein Katholikentag im rechten Licht

Der 93. Katholikentag in Mainz bot erfreulich wenigen rechten Organisationen ein Podium der Selbstdarstellung. Dementsprechend gering war ihr Anteil am offiziellen Kirchentagsprogramm und damit auch ihre mediale Beachtung. Trotzdem waren sie mit Ständen vertreten: Soldatengruppen, Studentenverbindungen, reaktionäre Katholiken und Anti-Abtreibungsorganisationen.

Mit einem Soldatengottesdienst und anschließender öffentlicher Zurschaustellung vorm Landtag hatten erstere ihren Auftritt, beides vorbereitet vom Katholischen Militärbischofsamt und unter Beteiligung des Fuldaer Erz- und Militärbischofs **Johannes Dyba**. Ansonsten waren Militärseelsorge und „Gemeinschaft Katholischer Soldaten“ (GKS) nur am Rande präsent. Der Blick in das GKS-Verbandsorgan „Auftrag“ zeigt eine rechtskonservative Tendenz: Neben einem Artikel über das KZ Dachau finden sich dort Artikel von **Jürgen Liminski** (ex-„Ostpreußenblatt“-Mitarbeiter und regelmäßiger „Der Fels“-Autor) über angebliche linksextremistische Beeinflussung der Bundeswehr, ein FAZ-Leserbriefabdruck von **Carsten Kießwetter** über die „ehrenrührige Gesinnungsprüfung für Soldaten“ oder ein Jünger-Nachruf des von **Helmut Fettweis**, nach dem Jünger noch heute „für uns in der Bundeswehr von Bedeutung“ sei. Der Katholikentag bot auch den katholischen elitären Studentenverbindungen ein Podium, und so zeigten sich der „Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen“ (CV, siehe DRR 52), der „Technische Cartellverband“ (TCV; quasi der CV-Ableger für Technische Hochschulen), der „Kartellverband Katholischer Deutscher Studentenvereine“ (KV) sowie der „Verband der wissenschaftlichen katholischen Studentenvereine“ (Unitas-Verband) mit ihren bunten Kappen und Bändern in der Fastnachtshochburg Mainz und versuchten, BesucherInnen von ihrer angeblichen Nützlichkeit und Harmlosigkeit zu überzeugen. Während auf der Bühne zwei Jungrapper ihre Situation als Ausländer und die alltägliche Diskriminierung mit Sprechreimen beschrieben, verteilte ein Mitglied der Fundamentalisten-Partei „Christliche Mitte“ nebenan Flugblätter. Deren Bundesvorsitzende **Adelgunde Mertensacker** wetterte gegen zügellose Sitten und eine schamlose Mode als Folgen einer gottlosen Welt. Während der einsame Verteiler auf wenig Interesse stieß, zogen diejenigen Gruppen, denen vom Festkomitee eigene Stände zugeteilt waren, mehr Publikum. Am Stand der „Aktion Leben“ lief ununterbrochen ein von Abtreibungsgegnern gefertigter Film. Obwohl die Bildqualität von einem Dauereinsatz für die engstirnige Propaganda zeugte, zog er Publikum. Junge Mädchen folgten sichtlich bewegt den Ausführungen eines vermeintlichen Arztes, unterschrieben scharenweise Appelle gegen den §218. Doch im vorhandenen Propagandamaterial fanden sich noch genug Unterlagen, die dem Ziel dienten, ihnen eine selbstbestimmte Sexualität zu verwehren. Ein Heft der „WIESE“ versuchte den Nachweis zu erbringen, daß auch Kondome keinen Schutz vor Schwangerschaft und insbesondere vor AIDS böten und nur sexuelle Enthaltsamkeit helfe.

Neben der „Aktion Leben“ waren auch die „RAHEL-Gruppe“ und die Bewegung „Rettet das ungeborene Leben“ mit eigenen Ständen vertreten. Aus dem Stand letzterer Gruppe wurde gegen die modernen Naturwissenschaften argumentiert. Eine Schrift der „Katholischen Jungen Gemeinde“ aus Königsbach stellte den Ergebnissen der Naturwissenschaft die biblische Schöpfungsgeschichte gegenüber, dies beweise auch der „gesunde Menschenverstand“. Diese Behauptung griff auch der „Initiativkreis Katholischer Laien und Priester“ in ihrem Arbeitskreis „Theologie und Katechese“ auf. In einem Flugblatt wurde eine Neubestimmung des Physikunterrichtes entsprechend der Schöpfungsgeschichte gefordert. Im „Initiativkreis Katholischer Laien und Priester“ haben sich auf Diozösenebene fundamentalistische Katholiken gesammelt. Ebenso wie der „Komm Mit-Verlag“ und die „Katholische Pfadfinderschaft Süd“, die vor den Veranstaltungen des „Initiativkreises“ Materialien verteilte, zählte er zu den teilnehmenden Gruppen der VPM-nahen „1.Kultur-Konservativen Messe“ im letzten Jahr in Bad Hersfeld. Das Programm des Katholikentages rundete der „Initiativkreis“ mit Veranstaltungen mit den Referenten **Christa Meves**, dem Vizepräsidenten der „Paneuropa-Union“ **Bernhard Posselt**, dem Mitarbeiter der „Konrad-Adenauer-Stiftung“ und Mitunterzeichners des Berliner Appells **Andreas Püttmann** sowie dem altgedienten Abtreibungsgegner **Rainer Beckmann** ab.

Ebenfalls anwesend war auch das „Christopherus-Werk“, eine weitere Lebensschutzorganisation, die auf ihrem Stand auch der „Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte“ Unterschlupf geboten hatte. Die IGfM versuchte mit Berichten über die Unterdrückung von religiösen Freiheiten von Christen in Ländern wie Vietnam und China um Spenden zu werben.

Mit einem gemeinsamen Stand warben der wegen seiner Werbung für rechtsradikale Gruppen bekannte „Komm-Mit Verlag“ sowie das "moderne, wertkonservative, katholische" Magazin für Politik und Religion „Pur“ um neue Leserschaft. Abonnenten des vor allem an jüngere Leser ausgerichteten Magazins kann es schon mal passieren, daß sie als Willkommensgeschenk eine Biographie des „Opus Dei“ Gründers **Escrieva de Balaguer** bekommen. In einem Artikel der aktuellen Ausgabe leugnet die Redakteurin des „Komm-Mit Verlages“ **Felizitas Küble** angesichts der zunehmenden Verfahren gegen Priester wegen sexuellen Mißbrauches jeglichen Mißbrauch durch katholische Priester. Sie wittert stattdessen eine Kampagne gegen die katholische Kirche, die es derart schon mal - von **Goebbels** initiiert - 1937 gegeben habe.

Ein weiterer Schwerpunkt rechter Gruppen waren die revanchistischen Forderungen von katholischen Vertriebenenorganisationen. Neben bekannten Gruppierungen wie der „Akkermann-Gemeinde“, dem katholischen Flügel der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, den „Königsteiner Anstalten“ und der „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“ waren auch kleinere Gruppen vor Ort. Ihr Streben nach Wiederinbesitznahme des Ostens verband sich mit einem weitverbreiteten Thema auf dem Katholikentag: Zahlreiche Gruppen warben für eine Missionswelle in den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes. Ist es bei einzelnen nur ein Glaube, der ein Leben ohne Religion auch für andere Menschen ablehnt, sind es Gruppen wie „Kirche in Not/Ostpriesterhilfe“, die die Religion als politisches Mittel einsetzen und über finanzielle Unterstützung der Kirchen in Osteuropa hoffen, die Interessen der Vertriebenen zu stärken. Hier hat ein Wandel eingesetzt, bis 1989 dominierten vor allem antikommunistische Positionen in diesen Gruppen, Religion wurde als Möglichkeit begriffen, die real-sozialistischen Staaten zu schwächen.

Die 'Aktion Sühnekreuz' wurde von der Bewegung 'Rettet das ungeborene Leben' initiiert. Die Kreuze aus 'echter deutscher Eiche' sollen Symbol gegen den § 218 sein, gleichzeitig soll ihr Verkauf weitere Kampagnen finanzieren.

Nach deren Zusammenbruch haben sich diese Organisationen wieder verstärkt revanchistischen Zielen zugewandt.

Da durfte natürlich auch die Verfälschung der Geschichte nicht fehlen. In einem von der „Christkönigjugend" herausgegebenen Heftchen, versucht diese die katholische Jugend als Widerstandsgruppe gegen Hitler darzustellen. Angeleitet von Papst Pius XI. seien "Jugendliche aus treukatholischen Familien (...) so gut wie überhaupt nicht in den nationalsozialistischen Organisationen zu finden. Ihr Glaube machte sie immun gegen die nationalsozialistische Ideologie". Dieses Resümee zieht auf der Rückseite des Heftes Prof. **Georg May** über den vermeintlichen Widerstand der Katholiken gegenüber den Nationalsozialismus. Er unterschlug dabei, daß schon Pius XI. in Hitler die Möglichkeit gesehen hatte, seine eigene Macht auszuweiten; sein Nachfolger Pius XII warf sich den Nazis endgültig an den Hals. Insbesondere der spanische Faschismus ist Zeugnis vom (damaligen) Glauben der Katholischen Kirche an den faschistischen Staat.

Stefan Peter

Die marianische Seele der Christa Meves

Eine Sonderposition unter den rechten Gruppen nahmen auf dem diesjährigen Katholikentag die rechtskatholischen Initiativkreise katholischer Laien und Priester in den Diözesen ein - konnte er doch sieben Veranstaltungen im Rahmen des offiziellen Katholikentagprogramms durchführen, die Auftaktveranstaltung dabei mit der „populärste Theoretikerin, die sich für ein biologistisches Weltbild einsetzt" („Handbuch Deutscher Rechtsextremismus"): Christa Meves.

Vor und in der Veranstaltung waren Mitglieder der rechtsklerikalen „Katholischen Pfadfinderschaft Europas" (KPE), die 1996, wie die Initiativkreise, zu den teilnehmenden Gruppen der VPM-nahen „1.Kultur-Konservativen Messe" in Bad Hersfeld zählten.

Vor und nach dem Meves-Vortrag gab es reichlich Gelegenheit, sich den Materialien der Initiativkreise sowie dem Büchertisch des Schweizer „Christiana-Verlags", an dem **Christa Meves** ihre Bücher signierte, zu widmen. Der Verlag, bei dem zahlreiche ihrer Bücher erschienen sind, ist als Schweizer Bezugsadresse der Zeitschrift "Der Fels" (Untertitel: Katholisches Wort in die Zeit) angegeben, dem Organ der Initiativkreise. Diese Publikation propagiert ein reaktionäres Frauen- und Familienbild und einen fundamentalistischen Katholizismus, zudem agiert sie auch mit dem neurechten Kampfbegriff „political correctness". Die Referentin der Auftaktveranstaltung, die gut 300 meist über 40-jährige, bieder-konservativ wirkende TeilnehmerInnen anlockte, ist eine rechte Multifunktionärin.

Vorgestellt wurde sie als „Arztfrau und Mutter", Psychotherapeutin und erfolgreiche Buchautorin, daneben wurden einige Auszeichnungen aufgezählt, die sie bislang erhielt. Unerwähnt blieb beispielsweise der ihr 1979 verliehene Preis der rechtslastigen „Deutschland-Stiftung", wie auch ihr sonstiges Engagement. So ist sie Mitglied in diversen Anti-Abtreibungsorganisationen, wie z.B. wie laut „Spiegel" dem „militanten Abtreibungsverein" „Juristenvereinigung Lebensrecht" (JVL), im Beirat des aus der „Aktion Leben" entstandenen „Weinheimer Instituts für Ehe und Familie, Sexualethik und Erziehung" (WIESE), bei den „Christdemokraten für das Leben" (CDL), deren Vorsitzende, **Johanna Gräfin von Westfalen**, ebenso wie Meves, **Gerhard Löwenthal**, **Alfred Mechtersheimer** oder **Hans-Ulrich Kopp** zu den ReferentInnen des aus einem „Junge-Freiheit-Lesekreis" entstandenen



Sucht ihr Heil gern rechts oben: Christa Meves

„Konservativen Gesprächskreis Hannover" zählt. Sie ist Stiftungsmitglied der 1993 gegründeten, dem „Studienzentrum Weikersheim" (SZW) verbundenen „Hans-Filbinger-Stiftung", ist wie z.B. **Caspar von Schrenck-Notzing**, **Graf Huyn** und Gerhard Löwenthal Kuratoriumsmitglied des „Fördervereins Konservative Kultur und Bildung e.V." oder Kuratoriumsmitglied der „Ludwig-Frank-Stiftung" (LFS). Daneben ist Christa Meves vor allem Reisende und Schreibende - zur Liste ihrer Auftritte als Referentin zählten bislang z.B. die rechtsextreme „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" des einschlägig bekannten Rechts-Anwalts **Jürgen Rieger** ebenso wie das reaktionäre „Brüsewitz-Zentrum", die CSU, die „Carl-Friedrich-von Siemens-Stiftung" oder die rechte Psychosekte „Verein für psychologische Menschenkenntnis" (VPM), zu deren Unterstützern sie zählt. Auch die Spanne ihrer Artikel ist weit - sie reicht von Publikationen der rechtsextremen „Moon-Sekte" wie „integral" oder „Familie" über Medizin und Ideologie der „Europäischen Ärzteaktion" (EÄA), vom mittlerweile mit „Criticon" vereinten „konservativ heute" über die rechtskatholische Zeitschrift „Der 13.", in dem sie eine eigene Serie bekam, bis hin zum „Rheinischen Merkur - Christ und Welt", dessen Mitherausgeberin sie ist. Ihr Vortrag in Mainz entsprach den in sie gesetzten Erwartungen an eine Referentin, deren gepredigte Verherrlichung der Mutterschaft nach Ansicht der taz an NS-Ideologien erinnert. Über 60 Minuten kombinierte sie ohne Proteste aus dem Saal Marienverehrung mit reaktionären Thesen und Angriffen auf die Emanzipation. So erklärte sie Deutschland aufgrund der fehlenden Bejahung des ungeborenen Lebens zum geburtenärmsten Land der Welt, dem der Volkstod drohe. Das Meves'sche Patentrezept gegen diese Katastrophe ist die Rückbesinnung der modernen Frau auf das Mütterliche in ihnen, um sich so gegen die „Vermännlichung" und „Verkopfung" zu wehren. Daher seien Frauen, die dem Vorbild Marias folgten, immun gegen die „mißbräuchlichen Einflüsse einer Emanzipation". Einem nickenden Publikum erklärte sie, daß eine längere Mutter-Kind-Trennung durch Krankheit oder Heim (wohl auch: Arbeit) geradezu verheerende Auswirkungen auf Kinder habe und Syndrome produziere: Ein solcher Lebensstart führe zu depressiven Charaktereigenschaften, mache grundsätzlich suchtgefährdet, unordentlich, schwer erträglich und aggressiv, und bei einer Einschleifung dieser schlimmen Eigenschaften drohten Kriminalität und Terrorismus. Solche epidemisch auftretenden Depressionen seien eine schwer heilbare Fehlentwicklung durch die fehlende frühkindliche Pflege der Mutter. Dem Publikum entsprechend betonte Meves, daß die Marienfrömmigkeit zum Aufwachsen seelisch gesunder Kinder unter den Fittichen ihrer Mutter beitrage und vor seelischer Verwüstung schütze, denn: „Der Geist der Frau ist die gottgehorsame Frömmigkeit und Mütterlichkeit", das Idealbild der Frau, projiziert auf Maria: ergeben, still und treu im Hintergrund. Dagegen prangert sie die Emanzipation im allgemeinen und Alice Schwartzer im speziellen an.

Diese machte sie verantwortlich für 170.000 Scheidungen jährlich, resultierend aus dem Kampf der Frauen gegen die Männer, um diese zu Sklaven zu machen... Eines der Highlights des Vortrages kam gegen Ende: die Wunderheilung aus dem Hause Meves, die dankbar von einer gläubigen Gemeinde aufgenommen wurde. Meves erklärte zu guter Letzt einem gerührten Publikum, daß sie samt ihrer sechs Enkel eine krebskranke Frau gesundgebetet hätte. Der Spuk war nach 60 Minuten vorbei, die Abmoderation ihres Vortrags durch den stellvertretenden Vorsitzenden der Initiativkreise bekam sie nur noch am Rande mit - da war sie schon wieder, ganz die nüchterne Geschäftsfrau, auf dem Weg zum Büchertisch, zum Signieren und Abkassieren...

Andreas Speit

Auschwitzrelativierung per Reinkarnationsphantasmen

Barbro Karlén bei Ilona Christen

Sara ist ein eigentümliches Kind. Sie versteckt sich nicht gerne, ängstigt sich vorm Duschen und Haareschneiden und erschrickt vor Uniformen. Verwundert ist sie, daß sie Sara gerufen wird, obwohl sie eigentlich Anne heißt. Das war vor rund vier Jahrzehnten.

Am 29. Mai sitzt die 43jährige Anne, alias **Sara Carpenter**, alias **Barbro Karlén** als Gast in Ilona Christen´s Talkshow, die sie herzlich als reinkarnierte Anne Frank präsentiert. Thema der RTL-Nachmittags-Talkrunde: „Ich hab' schon mal gelebt".

Verständnisvoll eröffnet Christen die Séance, an der neben anderen auch Graf Dracula und Ötzi Platz teilnehmen: „Barbro, wann haben sie gemerkt, das sie Anne Frank waren?". „Als ich zwei Jahre alt war" erwidert Karlén höflich und führt aus, daß sie es mit zehn Jahren sehr merkwürdig empfand, wie alle in der Schule über sie redeten, als Anne Frank im Gespräch war. Betroffenes Nicken der Gastgeberin, die anerkennend mit Karlén über Franks Leben plaudert und vorsichtig nachfragt: „Können sie uns sagen, wie sie den Tod der Anne Frank erlebt haben?". „Das einzige woran ich mich erinnere ist", antwortet Karlén, „daß ich furchtbar gefroren habe und daß ich lebendig verbrannt wurde".

Bestätigung suchend wendet sich Christen an **Ingrid Valliéres**, die Grandseigneura der Reinkarnationstherapie. „Natürlich ist es möglich nach dem Gesetz von Ursache und Wirkung als Anne Frank wiedergeboren zu werden", betont die ehemalige Übersetzerin, die seit Mitte der 70er Jahre Reinkarnations-Erfolgs-Kompakt-Programme anbietet. Als Belege werden Schriftproben von Frank und Karlén zum Vergleich eingeblendet, wie auch zwei Fotografien der beiden.

Matthias Jungs Einwurf, der als kritischer Psychotherapeut und Philosoph geladen ist, daß nach den klassischen Reinkarnationslehren niemand nach 50 Jahren wiederkehrt, zerrüttet die Glaubwürdigkeit Karléns nicht. „Wer es nicht glaubt, muß halt wiederkommen" verkündet doppeldeutig Christen zum Schluß der Sendung.

Für Karlén ist die „absolute Unvernichtbarkeit der Seele" grundsätzlich keine Frage. Ausführlich beantwortet die Schwedin vermeintlich alle Frage in ihrer jüngsten Publikation „„... und die Wölfe heulen", die unter ihrem Pseudonym Sara Carpenter in **Thomas Meyers** Baseler Perseus-Verlag erschienen ist. Sie ist überzeugt, die repersonalisierte Anne Frank zu sein, die 1945 im Alter von 15 Jahren im KZ Bergen-Belsen getötet wurde. „Ich habe weder die Absicht, noch das Bedürfnis zu beweisen, daß ich Anne bin". Passagen ihre „Autobiographie" sind mittlerweile Gegenstand gerichtlicher Untersuchungen in Schweden, wo sie über Nacht schon als 12-jährige mit ihren Gedichten und Geschichten berühmt wurde.

In Basel und Zürich kam es bei der Präsentation ihrer Reinkarnationsphantasmen zu Protesten. Die Aktion „Kinder des Holocaust" verurteilte die „Vereinnahmung" von Anne Frank, sowie den „Mißbrauch" ihrer Geschichte. Der ehemalige Präsident des Baseler Anne-Frank-Fonds, Vincent C. Frank, betonte: „Wenn man den Gedanken der Reinkarnation weiterdenkt, heißt dies, daß der Holocaust und das grausame Sterben von Anne Frank und anderen (...) heilsgeschichtlich notwendig gewesen ist. Eine inakzeptable Vorstellung".

Nicht in esoterischen Sphären. Mit jeder Reinkarnations- und Karmalehre kann im allgemeinen die alltägliche Unterdrückung und Ausbeutung verklärt und im besonderen der Nationalsozialismus und Holocaust beschönigt werden. Schon 1973 stellte die theosophisch ausgerichtete **Beatrice Flemming** dar, daß KZ-Opfer in ihrem Vorleben grausam zu Tieren waren, und daß der Nationalsozialismus ein notwendiges entwicklungsförderndes Werk gewesen sei. Mitte der 80er Jahre forderte der verstorbene **Rudolf Bahro** als spiritueller Denker ein „neues spirituelles 1933", wonach es in der „Volkstiefe" rufe. Ende der 80er kam dem esoterisch gewendeten Alt-68er und Ex-Kommunarden **Rainer Langhans** die Erleuchtung, daß der Nationalsozialismus eine „deutsche Gottsuche" war und der Holocaust eine „karmische Notwendigkeit". „Wir müssen uns die Mühe machen, (...) um noch in der fürchterlichsten Verzerrung das Schöne zu entdecken (..) wobei Spiritualität Hitler heißt. Und wenn du da ein Stück weiter bist, kannst (du erkennen, A.S.), was da von Hitler versucht wurde". Seit Mitte der 90er Jahre verklärte **Trutz Hardo**, alias **Hockemeyer**, den Holocaust als für die Reinkarnation karmisch notwendig. Mittlerweile ist die Publikation des Reinkarnationstherapeuten „Jedem das seine!" verboten.

Auch aktuell steht Karlén nicht alleine dar. Nicht nur ihr Verleger Thomas Meyer, Illona Christen oder Ingrid Valliéres stehen ihr bei, sondern auch der aktuelle Präsident des Anne-Frank-Fonds, Buddy Elias, Anne Franks Cousin. Er empfindet eine „Art Seelenverwandschaft", auch wenn er nicht bestätigen möchte, daß sie seine Cousine sei: „Wenn man aber an Reinkarnation glaubt, könnte es möglich sein". Die öffentliche Sympathiebekundung Elias brachte ihm die sofortige Rücktrittsforderung der „Kinder des Holocaust" ein.

Während es in der Schweiz wegen den Auftritten Karléns laut wurde, blieb es nach ihrem RTL-Besuch in Deutschland still. Nur das Auschwitzkomitee reagierte, und Ralph Giordano meldete sich zu Wort: „Die Widerlichkeit der Akteure will einem die Sprache verschlagen, wobei man nicht weiß, was ekelerregender ist: die verrückte, spinnerte Barbro Karlén oder ihre publizistischen Ausbeuter. Am unverzeihlichsten und unentschuldbarsten aber ist Buddy Elias. (...) Es gibt nichts Billigeres und Verabscheuungswürdigeres, als ein real-tragisches Schicksal in spirituellen Humbug zu verwandeln".

Jens Bonner

Das „Deutsche Kulturwerk"

Alle Jahre wieder organisiert das „Deutsche Kulturwerk" (DKG) Veranstaltungen mit neofaschistischen Referenten und Sängern in Bonn. So auch am 4. April in der Auerberger Kneipe „Nordlicht".

Für dieses Datum hatte der Bonner NPD-Kreisvorsitzende **Hans-Robert Klug** einen „hochinformativen Vortragsabend angekündigt. Der einschlägig bekannte Nazi **Manfred Roeder** konnte sich über das Thema „Die Bundeswehr und die Volkstreuen" auslassen.

Zu der Veranstaltung selbst fanden sich 65 Neonazis ein. Unter ihnen **Stefan Haase**, ex Nationalistische-Front-Mitglied und Chef des Lüdenscheider „Donnerversandes", die Brüder **Frank** und **Markus Krämer**, beide aus dem Rhein-Sieg-Kreis und ehemalige Mitglieder der verbotenen FAP. Daß außer den genannten keine weiteren Neonazis aus Bonn oder dem Rhein-Sieg-Kreis anwesend waren, scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß Klug wegen seiner politischen Unfähigkeit und seines Intrigantentums in der lokalen Szene nicht gerade beliebt ist. So hat er auch der Nazifunktionär **Hans-Peter Krieger** (ex-FAP-Kreisvorsitzender Bonn), der mittlerweile den Betrieb der rechten „Germania-Mailbox" aufgegeben hat, aus der Bonner NPD hinausgeekelt.

Gegen die Veranstaltung, die von Bonner und Aachener Polizeikräften geschützt wurde, demonstrierten rund 150 AntifaschistInnen. Dabei kam es durch Aachener Polizisten zu Personalienfeststellungen und Beleidigungen gegen DemonstrantInnen. Ein Demonstrant wurde ins Gesicht geschlagen. Am Rande der Veranstaltung wurde einige Neonazis verletzt, anderen wurde die Abreise durch plattgestochene Reifen erschwert.

Aktivitäten des „Deutschen Kulturwerks"

Das „Deutsche Kulturwerk" versteht sich als „ein parteiunabhängiger Zusammenschluß von

volkstreuen und kulturell interessierten Deutschen". Im Frühjahr 1996 veranstaltete das DKG Bonn ein Konzert mit **Frank Rennikke**. Hinter dieser Veranstaltung stand damals der NPD'ler Hans-Peter Krieger, der in den Jahren zuvor mit der „Initiative Gesamtdeutschland" (IG) zahlreiche Veranstaltungen mit einschlägig bekannten Referenten (u.a. **Ernst Zündel**) durchgeführt hatte.

Das „neue" Kulturwerk sieht sich anscheinend in der Nachfolge seines Bonner Vorgängers und agiert vor allem im Ruhrgebiet. Über das Postfach des Iserlohner **Timo Pradel**, der Autor der seit langem nicht mehr erschienenen „Westdeutschen Volkszeitung" ist, werden die Einladungen verschickt. Daneben zeichnen **Thorsten Crämer** aus Schwelm und **Sven Schwerdtfeger** (NPD/JN, ehemals FAP) für die Einladungen verantwortlich.

Bereits zweimal konnte das „Deutsche Kulturwerk" Veranstaltungen in Hagen durchführen. Am 27. November 1997 referierte der Brigadegeneral a.D. **Reinhard Uhle-Wettler** zum Thema „Deutschland in einem Europa der Vaterländer" vor ca. 60-80 Nazis, die überwiegend aus dem Hagener Raum kamen. Trotz massiver Proteste von etwa 100 AntifaschistInnen konnte das Treffen unter dem Schutz der Polizei stattfinden. Ganz ohne Störung hingegen fand am 27. März eine Veranstaltung statt. Dort sprach **Jürgen Schwab** über „Die Meinungsdiktatur". Eine weitere Veranstaltung sollte am 5. Juni in Schwelm stattfinden. Eingeladen war Prof. Dr. **Klaus Weinschenk**, ehemaliger Landesvorsitzender der Berliner „Republikaner". Sein Thema: „Wer ist der Nächste? - Zur Psychopathologie der Patriotenverfolgung". Weinschenk bezeichnete sich auf dem Wahlkongreß der NPD am 7. Februar in Passau als „nationaler Sozialist". Darüber hinaus ist er auch gern gesehener Gast bei Burschenschaften. Nach eigenen Angaben will das DKG damit seine „Vortragstrilogie zu den Themen Meinungsfreiheit und Patriotenverfolgung" beenden. In Zukunft ist mit weiteren Aktivitäten zu rechnen, da das Kulturwerk auf ein festes Publikum aus der neofaschistischen Szene zurückgreifen kann und es bislang nur ansatzweise Widerstand dagegen gegeben hat.



Manfred Roeder nach seinem Vortrag.
Foto: A. Wiesel/transparent

Felix Krebs

Von „rassischen Mischehen" und „jüdischen Typen"

Texte gegen rassistische und sexistische Kontinuität in der Humanbiologie

Das in der Überschrift benutzte Vokabular stammt nicht etwa aus einem NS-Rassenkundebuch, noch aus einem Pamphlet einer neonazistischen Gruppe, sondern aus einem 1996 in der zweiten, überarbeiteten Auflage erschienenen Lehrbuch und Standardwerk für Humanbiologie von Prof. **Rainer Knußmann**, Direktor des „Instituts für Humanbiologie" an der Universität Hamburg.

An seinem Institut finden seit Jahrzehnten Vorlesungen mit dem Titel „Rassenkunde des Menschen" statt, in denen bis zum Wintersemester auch noch Lehrmaterial aus der NS-Zeit verwendet wurde. Erst im Winter 95/96 begann eine studentische Gruppe die Forschungs- und Lehrinhalte des Instituts kritisch zu hinterfragen und wirbelte damit eine Menge Staub auf: Es gab zahlreiche Presseartikel, das Fernsehen berichtete, der damalige Wissenschaftssenator forderte eine Stellungnahme vom Unipräsidenten, es gab zahlreiche Kundgebungen sowie eine kritische Ringvorlesungsreihe und schließlich sah sich auch der Akademische Senat der Universität genötigt eine Arbeitsgruppe einzurichten, welche sich mit den Vorwürfen befassen sollte.

Gleichzeitig setzte sich die nun formierte studentische „AG gegen Rassenkunde" daran eine grundlegende Kritik an den rassistischen und sexistischen Inhalten des Institutes und seines Lehrkörpers zu formulieren, welche jetzt mit „Deine Knochen - Deine Wirklichkeit" in Buchform vorliegt.

Die Kritik an der Rassenkunde beginnt mit der Darstellung der Geschichte des Rassismus, welcher eine neue, vermeintlich naturwissenschaftliche, Klassifikation der Gesellschaft erlaubte, nachdem ältere Modelle, welche hauptsächlich auf der Religion beruhten, nicht mehr zur Erklärung sozialer und kultureller Unterschiede genügten. Der geschichtliche Streifzug orientiert sich hauptsächlich an den neueren antirassistischen Forschungen aus dem angelsächsischen und französischen Raum. Der daran anschließende Artikel beleuchtet die rassistische Forschung und Lehre am „Humanbiologischen Institut" und das oben erwähnte Lehrbuch. Die Autoren widerlegen die vermeintlich objektive und wertfreie Wissenschaftlichkeit der ForscherInnen, zeigen auf, wo alltägliche rassistische Vorstellungen unreflektiert als Ausgangsbasis für wissenschaftliche Konstrukte genommen werden, weisen auf Zirkelschlüsse hin und machen deutlich, wo sich Knußmann und seine MitstreiterInnen selbst widersprechen. Vordergründig distanziert sich der Institutsleiter zwar von seinen NS-VorgängerInnen und spricht statt von Rassen lieber von geographischer oder genetischer Variabiliät, kommt aber letztlich doch zu der Erkenntnis, daß „das traditionelle Rassensystem ... durch moderne genetische Analysen in groben Zügen eine Bestätigung" erfährt. Mit solchen Positionen sind die Hamburger ForscherInnen selbst in Fachkreisen ziemlich isoliert, so beschäftigte sich 1995 eine Konferenz der UNESCO speziell mit der Forschung in Anthropologie, Biologie und Humangenetik und erklärte, daß es „keinen wissenschaftlichen Grund (gibt), den Begriff „Rasse" weiterhin zu verwenden."

Warum das „Institut für Humanbiologie" trotzdem daran festhält soziale und kulturelle Phänomene biologistisch zu erklären, erschließt sich nur, wenn mensch die Geschichte des Instituts und der Anthropologie betrachtet, die in einem weiteren Kapitel dargestellt werden.

Einer der interessantesten Artikel, welcher sicher nicht nur bei der „AG gegen Rassenkunde" kontroverse Diskussionen hervorruft, befaßt sich mit den Geschlechterkonstruktionen am „Humanbiologischen Institut". Ausgehend von der radikalen Dekonstruktion sowohl des sozialen Geschlechts (gender) als auch des biologischen (sex) kritisieren die AutorInnen die vermeintlich fortschrittliche Geschlechterkonstruktion der Humanbiologin Kerrin Christiansen, welche sich selbst als Feministin versteht und Frauenbeauftrage am Institut ist. Die Kritik ist durchaus berechtigt, allerdings ist die Argumentation, welche sich an dem Buch „Das Unbehagen der Geschlechter" der us-amerikanischen feministischen Wissenschaftlerin Judith Butler orientiert, für Nichtkenner des Werkes schwierig nachzuvollziehen. Auch geht die dialektische Tiefe der Diskursanalyse von Butler in dem kurzem Abriß verloren, hier wäre eine längere Darstellung, ähnlich der Einführung in die Geschichte des Rassismus, wünschenswert gewesen. Zumal auch Butler auf Ähnlichkeiten in rassistischen und sexistischen Konstruktionen eingeht: „Die soziale Regulierung von Rasse tritt anscheinend nicht einfach als weiterer, von der sexuellen Differenz oder Sexualität vollständig zu trennender Machtbereich auf, sondern ihre 'Hinzufügung' stößt die monolithische Funktionsweise des heterosexuellen Imperativs, so wie ich sie bislang beschrieben habe, um".

Schon vor der aktuellen Kritik an dem „Humanbiologischen Institut" gab es Mitte der 80er Jahre Proteste gegen die schwulen- und lesbenfeindliche Forschung von Knußmann und Co., auf die ein weiterer Beitrag im Buch eingeht.

Ein Gastbeitrag beschäftigt sich mit Soziobiologie und Psychobiologie; 1980 hieß es in der 1. Auflage des Lehrbuches für Humanbiologie noch: „Unter Asozialen versteht man sol-

che Individuen, die sich nicht zwanglos in die soziale Gemeinschaft einordnen...In mitteleuropäischen Gesellschaften gehören vor allem nicht-seßhafte Bevölkerungsgruppen (Zigeuner, 'Jenische'), sowie sozial unangepaßte Einzelpersonen (Landstreicher, Trinker, Arbeitsscheue) hierher."

In den ansonsten sehr gründlich recherchierten „Texten gegen rassistische und sexistische Kontinuität in der Humanbiologie" fehlt leider ein Beitrag zu den eugenischen Konzepten von Prof. Knußmann, welcher es immerhin für nötig hält, zwischen negativer und positiver Eugenik zu unterscheiden.

Insgesamt ist das Buch sehr empfehlenswert und das angegliederte Glossar macht es auch für Nichtfachleute verständlich, wie gesellschaftliche Machtverhältnisse mittels tatsächlicher oder vermeintlicher biologischer Merkmale durch angeblich objektive NaturwissenschaftlerInnen legitimiert werden.

Die anfangs erwähnte „Arbeitsgruppe des Akademischen Senats" kam übrigens wider besseren Wissens zu dem Schluß, daß die „Vorwürfe des Rassismus, des Antisemitismus und des Biologismus" gegenüber den Lehrenden des Institutes „nicht begründet" seien, und beließ es bei einer beschönigenden Namensänderung: Statt Rassenkunde wird nun ein Seminar „geographische Variabilität des Menschen" angeboten, die Inhalte bleiben die gleichen. Der Protest dagegen hoffentlich auch.

Deine Knochen - Deine Wirklichkeit. Texte gegen rassistische und sexistische Kontinuität in der Humanbiologie, AG gegen Rassenkunde (Hrsg.), Hamburg/Münster 1998, ISBN 3-928300-80-6, 16,80 DM